

So scheint mir dieses Modell derzeit sehr ausgewogen, durchsichtig, aber auch pädagogisch als sehr gut gewichtet. Ich kann somit fürs erste diesem Modell zustimmen.

Nur, jetzt möchte ich auf die Finanzierung und auf die finanzielle Belastung der Gemeinden eingehen.

Gott sei Dank wurde für das Jahr 1998 ein Zuschuß von zusätzlich 18 Millionen Schilling gewährt, und somit konnten wir ein Gesamtbudget von insgesamt 160 Millionen Schilling zur Verfügung stellen. Der gesetzliche Aufwand für die Leiter der Musikschulen voll und der Musiklehrer bis zu 50 Prozent konnte gedeckt werden. Viele Gemeinden hatten außerdem einen finanziellen Rettungsanker, und kleinere, dislozierte Schulen konnten dadurch auch erweitert werden.

Ich betrachte diese Aufstockung wirklich nur als ersten Schritt, und es müßte sofort eine umfassende Reform eingeleitet werden, unter der Bedingung, daß das Budget vom Land aufgestockt wird in einem Ausmaß, daß die Elternbeiträge und die Gemeindebeiträge angeglichen sind und angeglichen werden. Das heißt, der Personal- und Sachaufwand der Gemeinden sollte dann bei 20 Prozent liegen. Derzeit liegt der Personalaufwand bei 26 Prozent.

Wenn wir vom Gesamtbudget von 160 Millionen Schilling ausgehen, so wird in dem Modell beschrieben, bezahlt das Land 153 Millionen Schilling an Personalaufwand, 7,5 Millionen Schilling an Sachaufwand.

Die Gemeinden hätten – derzeit ist es nicht eruierbar und nur geschätzt und daher auch nicht ganz nachvollziehbar – einen Sachaufwand von 23 Millionen Schilling zu leisten und einen Personalaufwand von 88 Millionen Schilling, ebenso die Elternbeiträge von 62 Millionen Schilling. Ich plädiere hier für einen Ausgleich, daß Elternbeiträge und Gemeindebeiträge angeglichen und ausgeglichen werden.

Oberösterreich zum Beispiel stellt für die Musikerziehung 560 Millionen Schilling zur Verfügung. Die Gemeinden haben keine Personalkosten zu tragen. Oder im Vergleich, das Bundesland Kärnten übernimmt zur Gänze die Personalkosten, nur der Sachaufwand – unter Führungszeichen – ist von den Gemeinden zu tragen, auch eine Möglichkeit, die wir heranziehen und prüfen sollten vor allem, bevor endgültig das Organisations- und Finanzierungskonzept uns vorgelegt wird.

Konkret und kurz zusammengefaßt heißt das für die Steiermark, daß wir dieses Budget schrittweise aufstocken müssen.

Meine Damen und Herren, es ist das beste Modell nichts wert, wenn es nicht finanziert wird. Daher ersuche ich, daß erstens unsere Kinder und Jugendlichen eine flächendeckende Musikausbildung erhalten und zweitens, daß die Finanzierung sozial verträglich für Schüler, Eltern und Gemeinden erstellt wird. (Beifall bei der ÖVP. – 14.40 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Herrmann. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Herrmann (14.40 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Damen und Herren!

Ich bin schon ein bißchen verwundert, daß heute – 1998 – dieser Antrag gestellt wird und wo von einem Versäumnis gesprochen wird, obwohl die Partei der Antragsteller bis 1996 die Verantwortung für die Musikschulen getragen hat.

Schon 1975 hat der Landtag beschlossen, daß Förderrichtlinien erstellt werden sollen. Heute, glaube ich, sind nicht sehr viele da, die 1975 schon da waren. 1977 hat dann die Landesregierung eben diese Förderrichtlinien beschlossen. Dieser Wunsch des Landtages wird allerdings seit den ersten Förderrichtlinien 1977 – also seit rund 20 Jahren – in den Erläuterungen zum jeweiligen Landesvoranschlag als Begründung für eine entsprechende Budgetierung herangezogen.

Mit den 1977 beschlossenen Förderrichtlinien wurden den damaligen 37 Trägergemeinden die Förderungen der laut Dienstpostenplan mit Stichtag 1. Jänner 1997 angestellten Leiter und Lehrer zugesagt.

Diese Ausweitung des Dienstpostenplanes bedurfte der Zustimmung des Landes, um förderwirksam zu werden. Nach Erlassung dieser Richtlinien sollen die bereits bestehenden Musikschulen personell aufgestockt, als auch neue Musikschulen eingerichtet werden. Während die im jeweiligen Landesvoranschlag für die Refundierung der Personalkosten vorgesehenen Mittel nur mäßig stiegen, konnte vom Land nicht für alle Aufstockungen der Lehrerdienstposten die Zustimmung zur Refundierung gegeben werden. Unser zuständiger Referent, Landeshauptmannstellvertreter Peter Schachner, hat gesagt, so kann es nicht weitergehen, und er hat sich mit Landesmusikschuldirektor Josef Rauth im April einen Fachmann geholt. Dieser hat einmal die Ausgangssituation betrachtet, und für die 46 Musikschulen 700 Lehrer und 17.000 Schülerinnen und Schüler sind nur eine Büroangestellte und zwei Büroräume vorhanden gewesen. Das ist für ein professionelles Arbeiten sicher zu wenig. Und er hat sich aus dem Musikschulbereich Experten für die Mitarbeit geholt. Mag. Gerhard Freisinger, Lehrerfortbildung, Pädagogik und Hochschule, Mag. Walter Rehorska, Datenerfassung, Statistik, Planung, und Mag. Dr. Eberhard Schweighofer, Schul- und Dienstrecht, Organisationsstatut und Umsetzung.

Es wurde eine Analyse des Musikschulwesens in der Steiermark verfaßt, mit der permanenten und detaillierten Datenerfassung wurde sofort im Frühjahr 1997 begonnen. Bereits im Juli 1997 lagen die ersten zahlenmäßigen Grundlagen für die weitere Planung vor. In zahlreichen Gesprächen mit Gemeindevertretern, Eltern und Lehrern sowie mit den Rechts- und Fachexperten der Rechtsabteilung 6 und der FOKU wurden die Probleme des Musikschulwesens herausgearbeitet. Die Erhebungen ergaben, daß ohne eine Aufstockung der Landesmittel einzelne Musikschulstandorte ernsthaft und akut gefährdet sind, wie zum Beispiel Pöllau, Birkfeld und Ilz. Die Aufstockung der Landesförderung um 18 Millionen, von 142 auf 160 Millionen jährlich konnte die Situation spürbar entlasten und sogar die dringendsten Ausbaumaßnahmen befriedigen.

Personalmachbedeckung in Bad Waltersdorf. Hier wurde der Leiter eben angestellt, Pöllau und Leutschach.

Mit der im Landesvoranschlag 1998 vorgesehenen Erhöhung der Budgetmittel von 18 Millionen konnte die Personalrefundierung für alle Trägergemeinden der Musikschulen gleichmäßig mit 100 Prozent der Leiterkosten und 50 Prozent der Kosten aller beschäftigten Lehrer vorgenommen werden. Da das Verhältnis zwischen den Unterrichtsstunden und den geförderten, als auch tatsächlich geleisteten und damit erfaßten Schüleranzahl zwischen den Musikschulen der 46 Trägergemeinden stark variiert hat, war es unbedingt notwendig, ein Regulativ einzuziehen. Die Förderung der beschäftigten Lehrer in Abhängigkeit zu den unterrichteten Schülern im Ausmaß von eins zu eineinhalb, das heißt, in 100 geförderten Unterrichtsstunden müssen mindestens 150 Schüler unterrichtet werden, erfolgte äquivalent zu den nationalen und internationalen Schülerkopffquoten an Musiklehranstalten. Es wurden dann eben von Landesmusikschuldirektor Rauth neue Finanzierungsmodelle herausgearbeitet. Budgetiert waren für Gemeinden und Eltern zuzüglich Sachaufwand 127 Millionen, die Landesförderung 160 Millionen, insgesamt waren es 287 Millionen.

Es gibt nun drei verschiedene Möglichkeiten. Wenn es weitergegangen wäre wie bisher, dann hätten wir 160,426 Millionen für das Land gebraucht, und somit wäre kein Spielraum für den weiteren Ausbau vorhanden gewesen. Oder die Alternative, Förderung bei strikter Einhaltung des Wochenstundenschülerfaktors von eins zu eineinhalb und entsprechend dem Dienstpostenabbau beziehungsweise -aufbau, beträgt der Gesamtförderbedarf 149,140 Millionen. Dabei würden 17 Gemeinden um insgesamt 5,042 Millionen weniger als 1997 erhalten, aber 29 Gemeinden um 17,993 Millionen mehr. Oder es wäre noch eine dritte Möglichkeit, Förderung nach Berücksichtigung zusätzlicher Einflußfaktoren und in bezug zur Förderung 1997 unter Anwendung der Förderrichtlinien 91 könnten die Reduktionen entschärft werden. Der Mehrbedarf könnte sich in der Höhe an den tatsächlichen Landesförderungen von 97 an den einzelnen Gemeinden orientieren. Das heißt, nicht alle Wochenstunden könnten 1998 voll gefördert werden, aber in jedem Fall wesentlich mehr als 1997. Mit dieser Regelung wären auch noch Mittel zum weiteren Ausbau von Musikschulen möglich.

Abschließend möchte ich sagen, mit diesen 18 Millionen hat auch meine Gemeinde einen Vorteil gehabt, denn wir erhielten eine dislozierte Klasse und so auch die Nachbargemeinde Rohrbach von der Musikschule Hartberg. Und ich muß sagen, was hier festgestellt wurde, wir hatten keinen Nachteil, denn die geförderten Stunden erhält ja Hartberg, und wir bekommen eben nur den Rest. Ich möchte mich daher bei Landeshauptmannstellvertreter Peter Schachner und beim Landesmusikschuldirektor Sepp Rauth recht, recht herzlich bedanken, und meine Kollegen werden über die zukünftigen Richtlinien weiterberichten. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 14.48 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Straßberger. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Straßberger (14.48 Uhr):** Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren, Hohes Haus!

Dieser Antrag hat sicherlich große Wirkung gezeigt und hat das Musikschulwesen doch sehr bewegt. Die Ursache zu diesem Antrag war, da immer wieder die Klage gekommen ist, daß für die Gemeinden, in denen der dislozierte Unterricht stattgefunden hat oder stattfindet, die finanziellen Belastungen sehr hoch war und nach wie vor sind. Wir haben es gehört, die Aufstockung im Budget von 18 Millionen auf 160 Millionen Schilling ist sehr begrüßenswert. Und wir haben heute von den Vorrednern schon gehört, daß es in anderen Ländern diesbezüglich noch mehr Mittel gibt. Dann kann man nur sagen, genug ist etwas mehr, und wir müssen trachten, daß wir auch in der Zukunft für unsere Musikschulen noch Mittel zur Verfügung stellen. Es ist sehr erfreulich, in dieser Vorlage beziehungsweise in dieser Stellungnahme, die ja letztendlich nur ein Zwischenbericht ist, daß auch im Mariazeller Gebiet jetzt endlich eine Musikschule installiert wurde. Es hat hier Unstimmigkeit gegeben mit einer Dislozierung durch die Musikschule Mürrzusschlag oder auch bei der Leiterbestellung. Ich darf das so deutlich sagen, und hier haben alle mitgeholfen, daß jetzt letztendlich ein anständiges Modell dort stattfindet. Und gerade in Mariazell, weil schon Anfang der neunziger Jahre hier eine Dislozierung vorgesehen war, es ist damals um fünf Dienstposten, sprich Lehrkräfte, gegangen, diese wurden beantragt, aber von der Rechtsabteilung 10 nicht genehmigt. Heute sind wir Gott sei Dank so weit, daß das über die Bühne gegangen ist. (Abg. Schrittwieser: „Dank Schachner gibt es das!“) Es ist eine gute Sache, und wir können gerade in diesem Gebiet froh sein, daß unsere jungen Menschen dort einen Musikunterricht erfahren, und wie man weiß, ist der Zustrom dort sehr groß.

Was mich interessieren würde, ich weiß nicht, ob der Herr Landesmusikdirektor oder der Herr Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schachner-Blazizek mir das sagen kann. Es gibt jetzt ein System 100 geförderte Stunden für 150 Schülerinnen und Schüler.

Mir ist aber bekannt, daß gerade die großen Gemeinden diesen Schlüssel in der Vergangenheit nie eingehalten haben. Viele Musikschulen haben sogar weit darüber unterrichtet. Gerade die Musikschulen im Mürrztal haben sich diesbezüglich nicht daran gehalten, daher auch seinerzeit mein Antrag. Denn wenn ich heute 100 geförderte Stunden habe und letztendlich nur 115 oder 120 Schülerinnen und Schüler unterrichte, dann ist das natürlich ein anderer Kostenfaktor. Und das ist genau das, was letztendlich die Gemeinden, wo ein dislozierter Unterricht stattgefunden hat oder stattfindet, beklagen.

Es wäre sehr interessant, daß wir hier eine Aufstellung bekommen könnten, welche Gemeinden, Trägergemeinden, sich in der letzten Zeit daran gehalten haben beziehungsweise welche sich nicht daran gehalten haben.

Zum Zweiten gibt es auch ein Organisationsstatut für unsere Musikschulen, und das ist auch eine tolle Sache, denn wir wissen genau, daß letztendlich die Musikschulen eigentlich kein geordnetes Leistungssystem gehabt haben, und das ist jetzt in dem neuen Organisationsstatut festgehalten.

Ich stehe auch nicht an, Herrn Landesmusikdirektor Sepp Rauth zu danken – wir kennen uns ja aus unserer Musikerzeit von vielen Jahren vorher. Er hat das sehr wohl erkannt, daß hier auch in den Musikschulen gewisse Leistungsgruppen einzuziehen sind.

Was mich ganz besonders freut, ist das, daß auch die Blasmusik jetzt letztendlich im Lehrplan unserer steirischen Musikschulen Platz gefunden hat. Es hat auch immer wieder sehr große Differenzen mit dem Blasmusikverband und mit dem Musikschulwesen gegeben. Es ist sogar so weit gekommen, daß verschiedene Lehrkräfte gemeint haben, nach einer gewissen Ausbildungszeit in der Musikschule, wenn du zur Blasmusik gehst oder dort mitmusizierst, verlernst du das Musizieren. Es hat da große Aufregungen gegeben. Ich glaube, daß gerade jetzt mit diesem Schritt, daß auch die Blasmusik im Lehrplan festgehalten ist, das endlich ausgeräumt ist, denn letztendlich sind die Blasmusikkapellen und die Chöre die Hauptkulturträger unseres Landes und darüber hinaus. Und es ist kein einziger Berufsmusiker oder Opernmusiker sofort in die Hochschule eingestiegen, sondern er hat ganz von unten herauf in den Musikschulen angefangen, und dann hat er sich die sogenannte Orchesterroutine in den Bläs- und Streichorchestern angeeignet.

In diesem Sinne, verehrte Damen und Herren, darf ich schließen. Das ist ja ein Zwischenbericht. Die Vorlage ist ja unterwegs, die ist ja schon auf den Bänken, und auch das Organisationsstatut. Ich darf hier festhalten, daß letztendlich ein Schritt getan wurde in eine Richtung, wo Ordnung und Konzept vorhanden sind. Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit. (Beifall bei der ÖVP. – 14.55 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Schrittwieser. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Schrittwieser (14.55 Uhr):** Selbst völlig unmusikalisch, aber der Kollege Straßberger hat die Musikschule Mariazell bereits angeschnitten, darum muß ich mich hier auch zu Wort melden.

Ich bedanke mich sehr beim Herrn Landeshauptmann, weil wenn ich daran denke, wegen der Mariazeller Musikschule sind wir ungefähr drei Jahrzehnte, der Steiner Xandl, mein lieber Kollege aus Bruck, den Kulturreferenten – dem Herrn Landeshauptmann Krainer, dem Herrn Landeshauptmannstellvertreter Jungwirth – nachgelaufen und haben versucht, diese Musikschule zu bekommen. Es war nicht möglich, weil man hier keine Prioritäten gesetzt hat in diese Richtung.

Herr Landeshauptmann, wie wichtig das war, ist daran abzulesen, daß ich höre, daß es im Mariazeller Land bereits an die 200 Anmeldungen gibt. Mit dieser Mariazeller Musikschule ist eine Lücke geschlossen worden, vor allem die Chancengleichheit der Jugendlichen dort ist erhöht worden. Alle, die davon betroffen sind oder die eine Musikschule besuchen wollen, sind natürlich vollauf begeistert. Ich möchte daher wirklich danken, daß du so rasch – nachdem du die Funktion nicht ganz drei Jahre ausübst – reagiert und hier die Musikschule eingerichtet hast. Dafür namens der Bewohner des Mariazeller Landes herzlichen Dank! (Beifall bei der SPÖ. – 14.56 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Jetzt ist der Herr Abgeordnete Majcen am Wort.

**Abg. Majcen (14.57 Uhr):** Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Dieser Bericht ist nur ein Zwischenbericht, daher sollte man ihn jetzt vielleicht nicht so ausführlich in so vielen Wortmeldungen diskutieren.

Ich möchte trotzdem sagen, daß ich glaube, daß durch die Ankündigung des Landeskulturreferenten, sich mit dem Problem der Musikschulen besonders auseinandersetzen zu wollen, wir das zum Anlaß genommen haben zu sagen, wir möchten gerne, daß die Musikschulsituation in der Steiermark weiter verbessert wird. (Abg. Schrittwieser: „Wird ja!“)

Es gibt viele Dinge, die wir immer wieder weiter verbessern, und auch die Musikschulen werden weiter verbessert. Wenn wir zum Beispiel festgestellt haben, bei uns in Fürstenfeld, daß viele Schüler ins Burgenland gehen, weil im Burgenland die Musikschulen billiger sind, dann ist das ein Punkt, wo man darüber nachdenken kann und im Zuge einer Neuorganisation darüber reden soll, was man in der Steiermark tun kann.

Ich sehe in diesem Zwischenbericht eine Reihe von sehr positiven Ansätzen, wo es uns freuen würde, wenn das sich in diese Richtung entwickelt.

Wir haben gehört, daß gerade diese Standorte oder neugegründete dislozierte Standorte einen gewissen Mangel an Kapital aufgewiesen haben und daß das jetzt besser wird. So soll es sein, und das begrüßen wir ausdrücklich.

Trotzdem, muß man sagen, lassen sich aus dem jetzt vorliegenden Bericht noch keine endgültigen Berechnungen für eine Gemeinde ableiten. Daher nehmen wir ihn als Zwischenbericht zur Kenntnis und warten mit großer Spannung auf das, was dann als Endbericht da vorliegt, wenn die Punkte drei und vier geklärt sind. Wir werden uns jeder Maßnahme, die zu einer Verbesserung der Musikschulsituation in der Steiermark führt, mit Freude anschließen. (Beifall bei der ÖVP. – 14.59 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Vorläufig letzter in der Rednerliste der Damen und Herren Abgeordneten ist der Herr Kollege Huber. Er hat das Wort.

**Abg. Huber (14.59 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Es ist zwar nur ein Zwischenbericht über die Neuregelung der steirischen Musikschulförderung, trotzdem ist es ein wichtiger Schritt. Ich darf mich bei unserem Landeshauptmann und Kulturreferenten des Landes Steiermark für diese richtungsweisende Entwicklung in der Musikerziehung recht herzlich bedanken.

Es wird unter anderem geregelt, daß die Gemeinden, etwa Trärgemeinden von Musikschulen, Standortgemeinden mit disloziertem Unterricht sowie Nichtträrgemeinden den freien Zutritt von Musikschülerinnen und -schülern sämtlichen dem Modell beigetretenen Gemeinden zu den Musikschulen in den beigetretenen Trärgemeinden oder die Verpflichtung zur Einhebung eines in seiner Höhe

limitierten Eltern- beziehungsweise Gemeindebeitrages im Verhältnis der Gemeinden untereinander regeln.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn diese Regierungsvorlage so beschlossen wird, in diesem Sinne, so wird es sehr wohl für die Eltern als auch für die Gemeinden eine gerechtere Aufteilung und eine Deckelung bei den Beiträgen geben. Diese Deckelung soll dann immer wieder von der Landesregierung vorgegeben werden und wird so manchen Gemeinden und Eltern die Hälfte des bisherigen Beitrages ermöglichen.

Es ist wirklich bewundernswert, wenn sich unsere Kollegen von der ÖVP hier anschließen und dies befürworten, wo das Kulturressort bis 1996 doch in ÖVP-Hand war und so manches in dieser Richtung, das jetzt anscheinend auch von ihnen begrüßt und gefordert wird, nicht möglich war und jetzt doch möglich ist. (Beifall bei der SPÖ. - 15.01 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Ich bitte den Herrn Landesrat noch um ein wenig Geduld. In der Zwischenzeit hat sich der Herr Abgeordnete Schleich in die Rednerliste eingetragen.

**Abg. Schleich (15.01 Uhr):** Sehr geehrter Präsident, sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wenn sich alle drei sozialdemokratischen Bürgermeister im Landtag melden, dann hat das mit Sicherheit einen bewegten Grund, weil sie die Probleme der Eltern und Gemeinden kennen. Und ich kann es mir nicht verhalten, mein Erlebnis hier kundzugeben, das ich 1989 hatte, als ich Bürgermeister geworden bin und wir in einer dislozierten Musikschule in Bad Gleichenberg eingeschult waren und dort die Eltern voller Sorgen einen Termin beim damaligen Referenten, Landesrat oder damals Landeshauptmannstellvertreter Jungwirth hatten, mit dem Bürgermeister von Bad Gleichenberg, damals Dr. Pichler. Ich konnte dabei sein, damals als ganz frischer Bürgermeister, mit 21 Eltern, ich kann mich heute noch so gut erinnern, wie wir dort waren, wie wir aufgenommen wurden, wie wir unsere Probleme dort erzählt haben beziehungsweise die Eltern, daß die Musikschule nicht mehr zu bezahlen ist, da eben bei Musikschulen mit vielen Kindern natürlich der Elternanteil wesentlich höher wurde und es Musikschulen gab mit wenig Kindern, aber die waren eben schon lange bestehend, hatten es hier viel leichter. Die Antwort war damals - und jetzt horchen Sie zu, ich sage das hier wirklich so wie es war -, wenn die Eltern das nicht bezahlen können, dann müssen sie die Kinder eben zu Hause lassen. (Abg. Ing. Mag. Hohegger: „Das ist ein Schmä, aus dem Zusammenhang gerissen!“)

Liebe Kollegen aus der ÖVP, das ist kein Schmä, ich habe es selber gehört, und dafür kann ich dir 20 Zeugen bringen. Es muß für euch heute eine besondere Freude sein - ich bin damals mit einem ÖVP-Kollegen, mit dem Bürgermeister Pichler aus Bad Gleichenberg, und den Eltern in Gráz gewesen -, was von 1989 bis 1996 euch selbst nicht gelungen ist, obwohl damals auch alle überall interveniert haben, beim Abgeordneten Harntodt unseres Bezirkes und,

und, das ist jetzt gelungen und hat Landeshauptmann Dr. Schachner wahr gemacht. Ich danke ihm dafür. Das ist der richtige Schritt in die richtige Richtung! (Beifall bei der SPÖ. - 15.04 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Jetzt hören wir den Herrn Landesrat Schmid.

**Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (15.04 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Kollegen aus der Regierung, Hoher Landtag!

Als sozusagen Konsument oder politischer Verantwortlicher für die große Konsumentenschaft der Musikschulen nur ein kurzes Dankeschön, wobei ich schon einen persönlichen Eindruck mitgeben möchte. Als ich dieses Referat, die steirischen Blaskapellen, im Jahre 1991 übernommen habe, habe ich noch nicht diesen Einblick gehabt, den viele langjährige Musiker, die da sind, auch haben. Aber ich konnte durch meine vielen Kontakte wirklich eines feststellen, daß die Musikschulen so wahnsinnig viel dazu beigetragen haben, daß die Qualität dieser Blasorchester wirklich an der Weltspitze angelangt ist, in ihrer Summe, in ihrer Gemeinsamkeit. Und daher sage ich auch danke schön allen denen, die diese Idee geboren haben und die jahrelang für diese Idee gekämpft haben. Und daß das Ganze jetzt eine hervorragende Fortsetzung oder besser gesagt vielleicht einen weiteren Schub nach vorne kriegt, wird uns - und jetzt nicht nur den steirischen Blaskapellen, sondern dieser steirischen Gesellschaft - sehr gut tun.

Vielleicht einige Zahlen. Es gibt also hier Musikschulbereiche, wo 50 Prozent der schulpflichtigen Kinder die Musikschule freiwillig besuchen. Das muß man sich einmal vorstellen, wer geht schon gerne freiwillig in die Schule? Also an das erinnere ich mich auch noch, gar so freiwillig bin ich dort nicht hingelaufen. Aber zu diesem Spektrum der Musikschulen gibt es bis zu 50 Prozent Freiwillige. Und eine zweite Zahl. Es sind mehr als zwei Drittel der in den Blaskapellen organisierten Musiker, das sind 16.000, jünger als 23 Jahre. Zwei Drittel jünger als 23 Jahre! Und daß dieses Image, das man den Blaskapellen gerne als Unwissender noch zuordnet, daß dahier nur Märsche, Polka oder so etwas gespielt wird, längst nicht mehr stimmt, werden alle wissen, die sich alle in dieser Angelegenheit informieren, sich dieser Sache annehmen. Sie sind genauso in der Lage, konzertante, symphonische Sachen zu spielen. Die große WASBE-Konferenz in Schladming, der Herr Abgeordnete Flecker war ja als Abgeordneter von Schladming auch mehrfach dort, hat es bewiesen, die Krieglacher waren zum Beispiel oben, daß hier hervorragende und an der Weltspitze angesiedelte Musik gemacht wird. Allen ein herzliches Dankeschön im Namen der steirischen Blasmusiker, daß dieser Bereich, dieser gesellschaftliche und kulturelle Bereich im Namen der steirischen Blasmusiker hier jetzt einen Stellenwert erlangt, den er mit Sicherheit verdient. Danke schön! (Beifall bei der FPÖ und SPÖ. - 15.07 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Das Schlußwort hat Herr Landeshauptmannstellvertreter Dr. Schachner.

**Landeshauptmannstellvertreter DDr. Schächner-Blazizek** (15.07 Uhr): Hohes Haus, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte zur Klarstellung sagen, daß sich die Regierungsvorlage vom 14. September 1998 durch einen Regierungsbeschluß vom 9. November 1998 in Wirklichkeit als nicht mehr zeitgemäß herausstellt. Das heißt, wir haben am 9. November eine Neuregelung und umfassende Regelung in der Regierung beschlossen. Die Bürgermeister wurden informiert, und es hat die Anmerkung gegeben, daß man nicht genau weiß, wie sich was auswirkt. Und ich möchte festhalten, daß wir ein Steiermärkisches Musikschulmodell und die allgemeinen Richtlinien zur Förderung neu geordnet haben. Damit sind auch die Beiträge, wie wir sie vorsehen und wie sie budgetneutral gehalten wurden, festgelegt worden. Wenn man das Hauptfach hernimmt, ist der Elternbeitrag mit 4000 Schilling, der der Gemeinden mit 5600 Schilling festgelegt, beim Gruppenunterricht mit 2800 beziehungsweise 3920 Schilling und beim Kursunterricht für die Eltern mit 1600 Schilling und für die Gemeinden mit 2240 Schilling. Dieses Stück wurde Ihnen unmittelbar nach dem Regierungsbeschluß vom 9. November übermittelt und ist am 16. November an den Landtag ergangen. Das heißt, Sie müßten in Kenntnis dieser neuen Richtlinien der Regierung sein. Und in diesen neuen Richtlinien sind zum Beispiel diese Sätze bereits festgelegt. Das heißt, wir haben bereits ein einheitliches System.

Das Zweite ist, daß wir eine einheitliche Zugangsregelung und eine einheitliche Schultypenbildung haben, die einen Übergang und eine Querverbindung und Durchlässigkeit zu anderen Schultypen ermöglicht. Es ist in einer Zeit, die uns zur Verfügung gestanden hat, unglaublich schwierig, die Materialsammlung, die tatsächlichen Verhältnisse zu klären, die weißen Flecken auf der Landkarte festzustellen und alles da in einen neuen Guß zu bringen. Das ist eine unglaubliche Arbeit gewesen. Ich bedanke mich beim Direktorium, beim Landesmusikdirektor Sepp Rauth, bei den Direktoren Rehorska, Freisinger und Schweighofer, die diese gewaltige Arbeit hinter sich gebracht haben. Und ich bedanke mich bei der Landesregierung, daß sie diese Richtlinien einstimmig beschlossen hat. Ich sage auch dazu, daß es nach 20 Jahren nicht leicht war, einen solchen Schritt in der Intensität und in dem Umfang zu machen. Ich freue mich, daß ich vom Landtag einstimmig höre, daß weitere Budgetmittel zur Verfügung gestellt werden müssen. Das senkt natürlich den Elternbeitrag, das wünschen wir uns alle. Und daher sage ich, ich freue mich auf die nächsten Budgetverhandlungen, wo Sie dann alle dem erhöhten Finanzbedarf der Musikschulen freudig zustimmen werden. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 15.10 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor. Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichtstatters zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich darf die einstimmige Annahme des Antrages feststellen.

Wir kommen zu Punkt

**11. Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten über den Antrag, Einl.-Zahl 775/1, der Abgeordneten Dr. Brunner und Keshmiri, betreffend die Offenlegung von Verträgen des Landes.**

Berichterstatterin ist die Frau Abgeordnete Dr. Reinprecht. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Dr. Reinprecht** (15.10 Uhr): Der Ausschuß für Bildung, Schulen und Kindergärten hat in seiner Sitzung am 17. November 1998 über den Antrag, Einl.-Zahl 775/1, der Abgeordneten Dr. Brunner und Keshmiri, betreffend die Offenlegung von Verträgen des Landes, beraten.

Von den Abgeordneten des Liberalen Forums wurde der Antrag gestellt, die Verträge der Firma HS-Art Service, die im Zusammenhang mit der Impressionistenausstellung stehen, dem Landtag vorzulegen. Der Stellungnahme der Landesregierung sind diese Verträge bereits beigelegt.

Der Ausschuß für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen:

Der Bericht des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schulen und Kindergärten zum Antrag, Einl.-Zahl 775/1, der Abgeordneten Dr. Brunner und Keshmiri, betreffend die Offenlegung von Verträgen des Landes, wird zur Kenntnis genommen. (15.11 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Eine Wortmeldung zu diesem Tagesordnungspunkt liegt nicht vor.

Bei Zustimmung bitte ich die Damen und Herren um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Dieser Antrag ist einstimmig angenommen.

Wir kommen zu Punkt

**12. Bericht des Ausschusses für Bau, Wohnbau und Raumordnung über die Regierungsvorlage, Einl.-Zahl 552/8, zum Antrag der Abgeordneten Tasch, Ing. Kinsky, Riebenbauer und Dirnberger, betreffend die verstärkte Berücksichtigung von Holzfenstern im Wohnbau.**

Berichterstatter ist der Herr Abgeordneter Tasch. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Tasch** (15.12 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Der Antrag auf Initiative der ÖVP für den verstärkten Einsatz von Holzfenstern im Wohnbau.

Hiezu wurde von den verschiedenen Landesdienststellen Stellung genommen.

Seitens der Fachabteilung 1 wird festgestellt, daß der Baustoff Holz für den Fensterbau hervorragend geeignet ist, jedoch von einer Höherwertigkeit dieses Baustoffes im Vergleich zu anderen nicht ausgegangen werden kann.

Weiters ist ein generelles Vorschreiben von Holzfenstern auf „baugesetzlicher Ebene“ auf Grund des Artikels 6 der Bauprodukterrichtlinie nicht möglich.

Eine Festlegung von österreichischem Holz als Voraussetzung für eine Wohnbauförderung des Landes Steiermark wäre aus europarechtlichen Gründen sehr bedenklich.

Im Bereich der Landwirtschaft beziehungsweise auf dem Gebiet des Denkmalschutzes ist die Verwendung von Holzfenstern bevorzugt vorgesehen.

Aus europarechtlichen Gründen ist eine generelle Bevorzugung des Baustoffes Holz für den Fensterbau nicht möglich. Es erübrigt sich somit jede weitere Veranlassung seitens der Steiermärkischen Landesregierung. Ein verstärktes Hinweisen der Holzwirtschaft auf die Vorzüge ihrer Produkte steht dem nicht entgegen.

Ich glaube, meine sehr geehrten Damen und Herren, als Land, das Holz im Überfluß hat, so daß die Grünflächen von Wald zuwachsen, würde ich den Antrag stellen, daß man Holz in bewährter und vermehrter Weise für den Wohnbau verwendet. Ich bitte um Kenntnisnahme. (15.14 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Erster Redner ist der Herr Abgeordnete Kinsky. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Ing. Kinsky (15.14 Uhr):** Sehr verehrter Herr Präsident, meine geschätzten Damen und Herren!

Unseren Antrag, betreffs stärkerer Verwendung von Holzfenstern im Wohnbau, wo uns die Landesregierung mitteilt, daß hier Verordnungen und gesetzliche Maßnahmen nicht möglich sind, möchte ich dennoch zum Anlaß nehmen, einen Appell an alle Fraktionen zu richten, vorhandene Initiativen in der steirischen Holzwirtschaft noch stärker zu fördern.

Ich tue das deswegen, weil einerseits ich weiß, daß in der Urproduktion, das heißt in unserer steirischen Forstwirtschaft, jährlich ungefähr ein Drittel im Wald mehr Holz zuwächst als wir ernten. Wir haben zum Unterschied von der Landwirtschaft, wo dies nicht möglich ist, in der Forstwirtschaft den Vorteil, daß wir marktgerecht produzieren können. Das heißt, daß wir nicht mehr produzieren als der Markt aufnimmt. Faktum ist aber, daß wir in unseren Wäldern beachtliche Vorräte haben, die derzeit marktmäßig nicht untergebracht werden können.

Zum Zweiten, es dürfte auch bekannt sein, daß von der gesamten jährlichen steirischen Holzproduktion 64 Prozent exportiert werden. Es würde dem Land sicherlich zusätzlich eine ganze Reihe von Arbeitsplätzen bringen, wenn wir eine stärkere Finalproduktion dieses Rohstoffes Holz im eigenen Land durchführen könnten. Das heißt im konkreten, es macht eigentlich so wenig Sinn, wenn wir enorme Mengen an Holz im Rohstoff zum Beispiel nach Italien exportieren und von diesem Land das Fertigprodukt wieder importieren.

Aus diesem Grund hat sich die steirische Holzwirtschaft und vor allem hier die Organisation „Pro Holz“ in der Steiermark schon seit einiger Zeit intensiv mit

Grundstoffarbeit für einen steirischen Holzcluster beschäftigt und hier auch eine Reihe von Arbeiten und Expertisen vorgelegt.

Ich möchte den Appell an alle Fraktionen richten, diesen steirischen Holzcluster ernst zu nehmen, der von der Urproduktion, über die Holzforschung, über die stärkere Verwendung von Holz im Wohnbau bis zu einer größeren Finalproduktion auch im Bereich der Möbelindustrie sein könnte. Hier brauchen wir eine Vernetzung. Und wenn wir auf Grund einer schriftlichen Umfrage von seiten der Organisation „Pro Holz“ 300 steirische Betriebe, sowohl Finalproduktionsbetriebe, wie Verarbeitungsbetriebe, wie auch Forstbetriebe und Privatpersonen, schriftlich das Interesse an einem umfassenden Holzcluster der Steiermark bekundet haben, so ist, glaube ich, das durchaus positiv zu werten.

Wenn man bedenkt, daß in der gesamten steirischen Holzwirtschaft derzeit 50.000 Menschen ihren Lebensunterhalt finden, so ist das der größte Arbeitgeber der Steiermark. Es gibt keine andere Branche, die so viele Arbeitnehmer beschäftigt. Umso wichtiger ist es, diese Arbeitsplätze zu erhalten und wenn möglich auch auszubauen.

Aus diesem Grund, meine Damen und Herren, bringe ich zu diesem Tagesordnungspunkt einen Entschließungsantrag meiner Fraktion ein.

Entschließungsantrag gemäß Paragraph 51 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages, betreffend Realisierung eines Holzclusters in der Steiermark.

Das Industriewissenschaftliche Institut sieht in seiner Untersuchung zum „Wirtschaftsleitbild Steiermark“ im Dezember 1995 in der steirischen Forst- und Holzwirtschaft ein wesentliches Stärkefeld im Sinne eines „Potential Clusters“.

Aus diesem Grunde wurden bereits Untersuchungen in Auftrag gegeben, die sich einerseits mit der Suche nach den wichtigsten Ansatzpunkten für die Bildung eines steirischen Holzclusters sowie andererseits mit der Frage nach dem Vorhandensein von Unternehmen, die quantitativ und qualitativ hierfür in der Lage sind und zur aktiven Mitarbeit gewonnen werden können, beschäftigen.

Die durchwegs positiven Ergebnisse zeigten, daß mit Ende Oktober 1998 über 300 Holzbetriebe, Planungsbüros, Forschungseinrichtungen, Forstbetriebe und Einzelpersonen zur aktiven Mitarbeit bereit sind.

Demnach stehen viele Holzbaufachleute mit Projekten, Ansätzen und Ideen in den Startlöchern für die nächsten Ebenen der Vernetzung und Erhöhung der Wertschöpfung im Zuge eines steirischen Holzclusters.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, über das Wirtschaftsressort die Realisierung des Projektes „Holzcluster Steiermark“ voranzutreiben.

Ich ersuche die Damen und Herren, diesen Antrag anzunehmen. (Beifall bei der ÖVP. - 15.20 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Schinnerl.

**Abg. Schinnerl** (15.20 Uhr): Geschätzter Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Es gibt hier den Antrag für den verstärkten Einbau oder die verstärkte Berücksichtigung von Holzfenstern im Wohnbau. Dieser Antrag dient nach meinem Dafürhalten eigentlich nur, daß man wieder einmal oder endlich einmal eine Werbung macht für Holzfenster und für den Holzbau, denn von den verschiedenen Organisationen und besonders im Wohnbau wird der Baustoff Holz ja schon längst berücksichtigt. Es wird immer wieder darauf hingewiesen, wie wichtig es ist, gerade bei den verschiedenen Bauten, hier mit Holz zu arbeiten, nachdem wir ja – wir können das ohne weiters sagen – im Waldland Steiermark leben und daher genügend Rohstoff Holz uns in allen Belangen zur Verfügung steht.

Aber ich möchte dazu auch sagen, daß man nicht immer und überall Holzfenster verwenden kann. Wir sind in der glücklichen Lage, daß in der letzten Zeit, in den letzten zehn Jahren, eigentlich in der Fensterproduktion sehr viel passiert ist. Ich nenne hier nicht nur die Holzfenster, es ist in allen Belangen, auch bei den Kunststoffen, bei den Alufenstern ein wesentlicher Fortschritt erzielt worden. Wenn ich hier eigentlich an das beste Fenster denke, das Holzfenster mit Alu. Ich habe mich erkundigt, daß gerade bei den Landesbauten in erster Linie solche Fenster verwendet werden oder eingebaut werden. Es ist dies sicherlich die teuerste Variante, ein Holz-Alu-Fenster einzubauen. Alle können sich so teure Fenster sicher nicht leisten, daher greifen auch sehr viele Bauherren aus finanziellen Überlegungen oft zum Kunststofffenster. Und ich sehe das auch immer wieder in den Zeitungen und in der Werbung, daß nach meinem Dafürhalten für Kunststofffenster mehr geworben wird als für Holzfenster. Wir haben hier einen Aufholbedarf, und wir sollen hier in der Werbung für Holzfenster mehr tun. Es gibt auch noch die Alufenster, auch eine hervorragende Palette, und das Alufenster findet dort Verwendung, wo Holz und Kunststoff eigentlich auf Grund ihrer Verwendung – übergroße Fensterflügel und so weiter – nicht mehr brauchbar sind. Daher kann man sagen, daß man nicht immer fordern kann, im verstärkten Ausmaß das Holzfenster zu kaufen oder einzubauen, sondern daß man doch schauen muß, wie schaut es überhaupt einmal auch mit der finanziellen Grundlage aus. Auch das Finanzielle findet hier sehr oft Berücksichtigung, und es gibt eben gewisse Dinge, wo im Gesamtkonzept schon sehr sparsam kalkuliert wird und wo eben ein Holzfenster in Verbindung mit Alu aus finanziellen Gründen kaum mehr machbar ist. Ich möchte nur sagen, daß wir in der Steiermark – und das kann ich immer wieder beobachten – sehr viel mit Holz bauen. Es wird sehr viel mit Holz gebaut, und ich glaube, wir sind alle gut beraten, wenn wir in unserem eigenen Bereich und darüber hinaus weiterhin für den Baustoff Holz Werbung machen. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der FPÖ und ÖVP – 15.24 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Jetzt bitte ich den Herrn Abgeordneten Heibl ans Rednerpult. Ich habe die Änderung in der Reihenfolge deswegen vorgenommen, daß nicht zwei Abgeordnete derselben Fraktion sprechen, nicht deswegen, weil mich die Frau Kollegin Hartinger so charmant darum gebeten hätte.

**Abg. Heibl** (15.24 Uhr): Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich schließe mich dem Appell vom Kollegen Kinsky voll an, aber auch Kollege Schinnerl hat in die gleiche Kerbe geschlagen, daß wir mehr steirisches Holz verwenden sollten. Ich glaube, daß wir aus dem steirischen Holz eine größere Wertschöpfung erzielen könnten. Und ich glaube nicht nur, daß es um Fenster geht in unserem Bundesland betreffend den Wohnbau, sondern auch um Stiegenläufe zum Beispiel, über tragbare Teile im Wohnbau oder im Hochbau insgesamt, oder über Isolierplatten et cetera, das heißt, wir hätten viele Möglichkeiten im Bereich Holz, steirisches Holz zu verwenden. Holz als Rohstoff ist beinahe auch zugleich der Baustoff und ist in Fülle vorhanden. Und Kollege Kinsky hat das gesagt, daß wir wesentlich mehr Holz in unserem Bundesland haben als wir verbrauchen. Wir verbrauchen etwa 5,5 Millionen Festmeter in unserem Bundesland, und etwa 8,4 Millionen wachsen nach. Also wir hätten hier viele Möglichkeiten. Und du hast auch gesagt, daß etwa 50.000 Menschen in unserem Lande hauptberuflich oder nebenberuflich irgendwie von der ganzen Holzgeschichte aus dem Holzbereich leben und ihre Verdienste einbringen. Als Baustoff hat Holz, natürlich nicht nur steirisches, sondern jedes Holz, Vorteile, vor allem in der Ökobilanz. Im Bereich der Erzeugung schneiden, fräsen, was alles dazugehört, ist der Energiebedarf sehr gering. Und auch der Abfall, im Prinzip gibt es beinahe keinen Abfall, es ist kein Sondermüll, sondern der Abfall kann zu 100 Prozent wiederverwertet werden. Sogar, wenn wir Rückbauten durchführen, ist Holz zu 100 Prozent wiederverwertbar. Entweder verbrennen wir es thermisch, oder wir können es wiederverwenden. Es sind sogar alte Hölzer heute sehr gefragt. Holz hat noch andere Vorteile. Es hat weniger Gewicht, das ist im Bau natürlich von Bedeutung. Es erzeugt Wohlbefinden, natürlich auch Wohnzufriedenheit. Zur Wohnzufriedenheit gehört natürlich noch mehr dazu, aber diese Eigenschaften hat einfach Holz, und das kann niemand leugnen.

Angestrebt, meine Damen und Herren, wird insgesamt in Mitteleuropa und auch in unserem Bundesland ein 20prozentiger Anteil am Rohbau des Hochbaues als Ergänzung zu mineralischen Baustoffen. Und ich glaube nicht, daß es zu Differenzen mit den Ziegel- oder mit den Betonerzeugern kommt, sondern diese 20 Prozent sind einfach realistisch und möglich in unserem Land. Auch die Verbundteile zwischen Holz und anderen Bauteilen, anderen Materialien, bieten hier neue Chancen. Hier gibt es neue Techniken, wo wir Materialien, Holz und Stahl, Holz und Glas, heute wesentlich besser verbinden können wie noch vor einigen Jahren. Viele sagen, Holz hat ja nicht nur Vorteile, sondern es gibt auch einige Nachteile. Das stimmt schon. Manche sagen und was ist dann, wenn es brennt? Meine Damen und Herren, natürlich braucht Holz, wenn es im stärkeren Ausmaß im Wohnbau verwendet wird, ein durchdachtes Brandschutzkonzept, keine Frage. Aber nur, wenn es dieses Konzept gibt, ist Holz nicht gefährlicher als Massivbauten. 90 Prozent der Menschen, und das wissen Sie genauso wie ich, der tödlich endenden Wohnhausbrände sind ja nicht deswegen ums Leben gekommen, weil sie verbrannt sind, sondern durch Rauchgasentwicklung.

Das heißt, ein gutes Konzept in bezug auf den Brandschutz würde hier vollauf genügen, und Holz ist sicher nicht gefährlicher im Hochbau als andere mineralische Stoffe.

Das heißt, im Holzbau stecken für uns noch viele unausgeschöpfte Möglichkeiten. Und es ist sehr erfreulich, daß am 4. Dezember – und das habe ich jetzt dieser Tage gelesen – die Eröffnung des ersten Holzdesigninstitutes in Judenburg stattfinden wird. Eine Einrichtung der Forschungsgesellschaft Joanneum Research. Hervorragend! Und genau diese Einrichtungen müßten eigentlich im Mittelpunkt des Holzclusters, wenn wir einen installieren in der Steiermark, stehen. Denn das sind unsere Schwächen in Wirklichkeit, Formgebung, Design, da haben wir Schwächen in unserem Land, und das ist meiner Meinung nach für die Zukunft von großer Bedeutung, daß wir jetzt das erste Institut hier in der Steiermark haben. Und wir waren ja einmal vor Jahrzehnten oder Jahrhunderten führend im Holzbau. Ich erinnere auch, was die Möbel betrifft, ich erinnere an Thonet, ich erinnere an die Wiener Werkstätten, da waren wir die Besten in ganz Europa. Vielleicht gibt es eine Renaissance in unserem Bundesland betreffend Holz, auch im Bereich Möbel. Wir haben heute in der Früh im Rundfunk gehört, daß ein junger Tischler aus der Oststeiermark in Italien bei einem großen Möbelwettbewerb den ersten Preis gemacht hat, im momentan klassischen Land, was das Design betrifft. Vielleicht gibt es eine Renaissance auf allen Gebieten, nicht nur im Wohnbau, sondern auch im Möbelbau in unserem Lande und daß wir damit Beschäftigung und auch Wertschöpfung in einem hohen Ausmaß in unserem Lande behalten. Danke fürs Zuhören! (Beifall bei der SPÖ. – 15.31 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Schreiner. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Ing. Schreiner (15.31 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzte Damen und Herren!

Jetzt habe ich fast ein bißchen das Gefühl gehabt, ich sitze am Abend vor dem Fernseher, und die Abendsendung wird unterbrochen für eine Werbeveranstaltung „Pro Holz“. Man hat natürlich, wenn man vor dem Fernseher sitzt, nicht immer das Bedürfnis, durch eine Werbeveranstaltung unterbrochen zu werden. Hier in diesem Falle ist es aber gut. Man muß für das Produkt und für das Können, das in diesem Lande vorhanden ist, werben.

Ich möchte diese Werbeveranstaltung natürlich nicht fortsetzen, obwohl sie positiv ist, und doch vielleicht etwas zu diesem Entschließungsantrag bemerken, der sich mit dem Holzcluster befaßt.

Der Herr Landesrat Paierl befaßt sich, wie gesagt, seit eineinhalb Jahren damit – genau seit 10. Februar 1997. Er ist leider momentan nicht da, weil er bei einem Spatenstich in Lannach – Komponentenwerk Magna – teilnimmt. Ich hätte dort auch etwas zu tun.

Wenn sich der Herr Landesrat, wie gesagt, seit Februar 1997 mit dem Holzcluster beschäftigt, dann kommt er ja eigentlich einer Verpflichtung nach, nämlich der Verpflichtung, Möglichkeiten der wirtschaftlichen Belegung zu forcieren. Möglichkeiten, die in weiterer Folge Arbeitsplätze erhalten und auch

schaffen können. Es ist aber nicht notwendig, sich selbst durch die Abgeordneten der eigenen Fraktion zum Arbeiten aufzufordern. Im übrigen ist die Wirtschaft durchaus in der Lage, Partner zu finden und bessere Vermarktungschancen für ihre Produkte zu erreichen.

In Wirklichkeit ist Wirtschaftspolitik, wie wir sie hier im Lande betreiben, Trockenschwimmen. Eine bessere Entwicklung der österreichischen Wirtschaft, der steirischen Wirtschaft wird bundespolitisch, koalitionspolitisch verhindert. Man kann sich ausbreiten und man könnte eine endlose Palette dieser Verhinderungen aufzählen. Aber nur zwei Beispiele:

Steuerpolitik in Österreich. Sie ist zu kompliziert, das wissen wir alle, und sie ist eigentumsfeindlich. Eigenkapital, wie in vielen Diskussionen schon erwähnt, wird bestraft. Kreditzinsen werden begünstigt, Eigenkapital, wenn es in der Firma belassen wird, wenn es vom Unternehmer geschaffen wurde, wird bestraft. Diese Politik ist reiner Bankenlobbyismus. Banken waren auch politisch orientiert. Es gibt jetzt eine Großbank, die es nicht mehr ist.

Da entsteht dann folgendes: Immer wieder der politische Aufschrei in den Medien, ein österreichisches Unternehmen wird wieder verkauft. Wer ist der Käufer? Immer und in jedem Fall ein ausländisches Unternehmen. Ja, warum ist das so? Weil österreichische Unternehmen kein Eigenkapital haben und keine gefüllten Kriegskassen, um etwas kaufen zu können. Das ist das Problem unserer Wirtschaftspolitik. Das ist falsch!

Oder noch einen kleinen Einfluß – noch immer die Steuerpolitik betreffend –, wie kompliziert man in unserem Lande Steuer handhabt, Mehrwertsteuerprüfung aus dem eigenen Unternehmen. Ganz kurz, es dauert nur zwei Minuten. Wir haben einen Auftrag im Ausland als Generalunternehmer und beschäftigen einen Grazer Architekten mit der Detailplanung. Die Steuerbehörde sagt folgendes aus: Obwohl die Leistung dieses Architekten in Graz erbracht wurde, aber das Grundstück, wo dann die praktische Arbeit ausgeführt wird, das Bauwerk errichtet wird, im Ausland ist, ist diese Position, diese Verrechnungsposition nicht mehrwertsteuerabzugsfähig. Der Unternehmer, der Architekt hat uns die Rechnung gelegt mit der Mehrwertsteuer. Er hat die Mehrwertsteuer an das Finanzamt Graz abgeführt, und wir haben die Mehrwertsteuer – auch Finanzamt Graz – in Abzug gebracht. Jetzt wird das kritisiert bei der Prüfung und muß rückaufgerollt werden. Das heißt, wir müssen den Architekten anschreiben, er muß die Mehrwertsteuer vom Finanzamt Graz-Stadt wieder einfordern, muß das Geld uns auf Anforderung schicken, und wir schicken das Geld wieder an das Finanzamt Graz-Stadt. Das ist Schilda! Das ist Schilda, so kann es nicht funktionieren.

Ein zweites kleines Beispiel – Verwaltung, Krankenscheingebühren. Der Einhebungsmechanismus bedingt, daß Personal in jedem Unternehmen mehr belastet wird. Es wird teilweise unsinnig für diesen Zweck Personal aufgenommen. Dieses Personal ist nicht produktiv tätig. Die Wirtschaft ist gegen die Krankenscheingebühr. Ich verstehe dann aber gar nicht, warum die ÖVP heute beim Tagesordnungspunkt Nummer 6 bei der Abschaffung – da wurde die

Abschaffung diskutiert – der Krankenscheingebühr im landwirtschaftlichen Bereich für die Kinder dagegen ist. Mir fehlt da die Orientierung, ich kann da keine Orientierung feststellen.

Zur Verwaltung noch ein zweites Beispiel – ein sehr kleines: Bauarbeiter – Lohnabrechnung. Dies ist so kompliziert, daß es in Österreich nur ein einziges Unternehmen gibt, das ein Softwareprogramm hat, um diese Abrechnung durchzuführen. Namhafte europäische Hersteller beschäftigen sich damit gar nicht, mit unserer österreichischen Sonder- und Inzellösung, und das in Europa. Wir sind ja alle Befürworter von Europa – ihr, wir nicht, unter diesen Voraussetzungen.

Eine weitere Besonderheit – und deswegen sage ich, Wirtschaftspolitik ist Trockenschwimmen in unserem Land – ist in der Steiermark betreffend Verkehrserschließung, sowohl Schiene wie auch Straße, festzustellen. Diese ist ein Stückwerk. Wir haben nach wie vor Lücken zu schließen, wir diskutieren teilweise bis zu 25 Jahre darüber. Es wird auch am heutigen Tag wahrscheinlich wieder eine Semmeringbasistunnel Diskussion im Haus geben.

Das sind die wahren Probleme. Das sind wirtschaftsfeindliche und arbeitsplatzfeindliche Koalitionsprobleme. Die Problemverursacher sind daher die SPÖ und die ÖVP und sonst niemand. (Abg. Gennaro: „Zum Holzcluster!“)

Zurück zum Holzcluster – ich danke für die Aufförderung, so findet man wieder den Weg.

Dem Herrn Landesrat Paiarl geht es aber in Wirklichkeit bei diesem Antrag, den er da stellen hat lassen, um etwas ganz anderes. Es geht ihm darum, daß er 15 Millionen Schilling Budgetmittel lukrieren will, um diese Clustergeschichte weiter voranzutreiben und bewerben zu können. Er braucht dafür eine Nachbedeckung. Wieso braucht der Budgetchefverhandler der ÖVP, der sein Budget natürlich auch verhandelt, eine Nachbedeckung? Wäre dies bei vorhandenem Weitblick erforderlich? Diese Frage kann er sich selbst beantworten. Aber etwas können wir alle gemeinsam jetzt beantworten. Man hätte im Budget schon Vorsorge treffen können.

Aber, meine Damen und Herren, ich spreche jetzt speziell die Kollegen von der ÖVP an – Kollegin ist ja keine da –, wir werden diesem Entschließungsantrag zustimmen, und ich sage Ihnen auch warum. Er ist wesentlich weniger unsinnig als viele Ihrer anderen Vorhaben. Ich sage nur zum Abschluß: Haus der Wirtschaft und Umorganisation der Wirtschaftsabteilung. (Beifall bei der FPÖ. – 15.39 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nächster Redner ist der Herr Ingenieur Getzinger. Bevor er mit seinen Ausführungen beginnt, möchte ich sehr herzlich den Herrn Bürgermeister der Marktgemeinde Groß Sankt Florian Ing. Kurt Bauer mit 50 Bürgern und Bürgerinnen beziehungsweise Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern seiner Gemeinde herzlich begrüßen. (Allgemeiner Beifall.)

**Abg. Dipl.-Ing. Getzinger (15.40 Uhr):** Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Herr Landesrat, meine Damen und Herren!

Ich möchte die kritischen, aber durchaus auch konstruktiven Anmerkungen meiner Vorredner zum Holzcluster im einen oder anderen Bereich noch etwas zuspitzen, vielleicht auch vertiefen.

Ganz grundsätzlich muß man sagen, kann man gegen die Bemühungen, in einigen Bereichen der Wirtschaft, branchenübergreifend sozusagen, in der Steiermark Cluster oder Netzwerke herauszubilden, sozusagen nichtmonetäre Formen der Wirtschaftsförderung anzuwenden, ja nichts sagen.

Ich glaube, daß im Bereich Holz allerdings der Begriff des Clusters ein Stück weit verfehlt ist und zu sehr Propagandacharakter hat. Eigentlich sollte man im Bereich Holz eher von einer Netzwerkbildung sprechen, da doch einige Voraussetzungen zur Clusterbildung, zur Clusterbildung im eigentlichen Sinn, noch fehlen, noch zu schaffen sind. Nicht wirklich ist in der Steiermark im Bereich Holz eine starke Wertschöpfungskette erkennbar. Das ist eine unabdingbare Voraussetzung, um von einem Cluster im eigentlichen Sinn sprechen zu können. Diese Wertschöpfungskette ist erst zu entwickeln, sie ist erst in Ansätzen vorhanden.

Und auch eine zweite unabdingbare Voraussetzung für Cluster, nämlich Leitbetriebe. Große Leitbetriebe – diejenigen, die von Wirtschaft etwas verstehen, werden wissen, wovon ich spreche – gibt es in der Steiermark im Bereich Holz zumindest nicht in jenem Maße, wie sie im Bereich des Mobilitätsclusters – und dieser Cluster verdient diesen Begriff – vorhanden sind. Es besteht im Bereich Holz, im Bereich Holznetzwerk, Holzcluster meinetwegen, ein massives Forschungsdefizit jedenfalls, dem Landeshauptmannstellvertreter Schachner durch die Schaffung eines Institutes für Holzdesign und Holzbau in Judenburg im Rahmen von Joanneum Research massiv entgegengetreten ist, ein eklatantes Defizit, das schleunigst aufzufüllen ist, durch konkrete Projekte aufzufüllen ist. Es besteht auch ein Defizit im Bereich konkreter Bauprojekte. Erste positive Signale sind zwar erkennbar. Ich erinnere an einen wirklich sehr schönen Geschoßwohnbau aus Holz von Architekt Riess in Judenburg. Aber über diese ersten kleinen Ansätze, diese ersten Lichtblicke am Horizont sind wir derzeit noch kaum hinausgekommen. Dies, obwohl die Steiermark sicherlich eine der hölzfreundlichsten Bauordnungen, Baugesetze aufzuweisen hat im Vergleich zu anderen Bundesländern. In anderen Bundesländern darf ich aber auf Vorarlberg verweisen, Kollege Schreiner, Sie wissen, daß Vorarlberg sicherlich wesentlich besser dasteht im Bereich Holzbau als die Steiermark. Ich denke, wir sollten hier die Nummer eins werden, wir sollten versuchen, hier uns an die Spitze zu setzen. Ich glaube, daß hier die Bauträger, wo auch immer sie sein mögen, gemeinnützige Bauträger gefordert sind, aber selbstverständlich wie gesagt auch die Holzforschung. Hier haben wir ein Institut geschaffen.

Meine Damen und Herren, ich glaube, daß es nicht damit getan ist, bloße Vernetzungsarbeit zu leisten, sondern es geht darum, Vernetzungsarbeit anhand konkreter Projekte zu leisten. Wie der Name schon sagt, ein Cluster besteht nicht aus einer Person, ist keine One-man-Show. Landesrat Paiarl scheint mir auch in diesem Bereich ein wenig ein verfehltes Verständnis von Cluster zu haben. Auch im Bereich der

politischen Darstellung und Vermittlung ist ein Cluster ein Gemeinschaftsprojekt, ist Cluster ein Vernetzungsprojekt. Ich glaube, daß jene, die glauben, daß Cluster, auch der Holzcluster, sich auf die Fahne von nur einer Person schreiben läßt, jene Fraktionen - ich darf es so formulieren - der Sache schaden, der Sache des Holzes in der Steiermark schaden und letztendlich der steirischen Wirtschaft schaden. Ich danke für die Aufmerksamkeit!

Ich darf noch einen Antrag einbringen.

Unselbständiger Entschließungsantrag der Abgeordneten Getzinger, Korp und Heibl.

Wie durch mehrere Studien untermauert, liegt in den Bereichen des innovativen Holzbaus ein großes Potential (Wohnungsbau, mehrgeschossiger Wohnbau, öffentliche Bauten, Hallen, Brücken und so weiter), das durch ein zielgerichtetes Förderprogramm unter besonderer Berücksichtigung des Forschungsbedarfs ergänzt und gestärkt werden soll (Erhöhung der Marktchancen und Wettbewerbsfähigkeit für Unternehmen).

Auf Grund der bereits vorhandenen Strukturen, die für eine Netzwerk- und Clusterbildung gut geeignet sind, soll der innovative Holzbau durch konkrete Projekte vorangetrieben werden. Dadurch ist zu erwarten, daß die steirische Holzwirtschaft in einem selbstorganisierten Prozeß wertvoll und wesentliche Impulse erhält, die einer wirtschaftlichen Weiterentwicklung der gesamten Branche dienen.

Es wird daher der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, konkrete Projekte vorzulegen, die eine entsprechende Netzwerk- und Clusterbildung, insbesondere aber den innovativen steirischen Holzbau, vorantreiben. (Beifall bei der SPÖ. - 15.45 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Das Wort hat Herr Landesrat Schmid.

**Landesrat Dipl.-Ing. Schmid (15.46 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, werte Regierungskolleginnen und -kollegen, Hoher Landtag!

Zu diesem Thema vorweg, weil die Frau Abgeordnete Mag. Zitz gerade hereingekommen ist, eine Richtigstellung. (Abg. Mag. Zitz: „Ich bin hier!“)

Ja, ich habe direkt auf Sie gewartet, das muß ich ausnahmsweise zugeben, bitte nehmen Sie es nicht zu persönlich, das würde unser gespanntes Verhältnis beeinträchtigen. (Beifall bei den Grünen.) Aber Sie haben gemeint, daß bezüglich dieser Sauriergeschichte in Bad Gleichenberg ein einstimmiger Regierungsbeschuß da ist. Bitte schauen Sie es sich wirklich an, der ist nicht einstimmig, der ist immer gegen meine Stimme zustande gekommen. Bitte auch in den weiteren Verbreitungen mich mit dieser Horroridee nicht zu identifizieren. Ich werde mich auch zukünftig gegen diese Form der Tourismuspolitik aussprechen, weil ich nichts davon halte. Ist das jetzt damit klargestellt?

Dann zum eigentlichen Thema dieses Tagesordnungspunktes. Es freut mich, daß ich nach einem doch siebenjährigen Kampf um das Holzfenster und den Holzbau auch hier anscheinend massive Verbündete

finde. Ich möchte das ganz bewußt und in aller Deutlichkeit gerade beim Holzfenster festhalten. Meine Mitarbeiter in den Abteilungen werden vor Ort bis zum heutigen Tage, ich sage es auf gut steirisch, durch die Landschaft gewatscht, weil wir Holzfenster bei der umfassenden Sanierung, dort haben wir einen Zugang zur Erhaltung des Erscheinungsbildes, vorschreiben. Über die Vorfälle könnte ich Bücher schreiben, auch meine eigenen Gemeinderäte, die Bürgermeister und die Bauträger. Es war erst am vorigen Donnerstag ein ÖVP-Bürgermeister flehend, die Hände ringend, bei mir, ob er da nicht die Holzfenster hinausgeschmeißen und durch Kunststofffenster ersetzen könne. Ich nenne den Namen nicht, er kann nichts dafür. Ich will damit nur darauf hinweisen, ich bitte euch wirklich inständig, das ernst zu nehmen - du schaust mich gerade so an, das Beispiel Pöllau ist, glaube ich, landesweit bekannt gewesen, und ich habe schon gesagt, wo nach Intervention meinerseits zuerst einmal mein Sekretär hinauskomplimentiert worden ist und dann auch die Holzfenster bei der alten Schule hinausgeschmissen worden sind, obwohl gerade in Pöllau ein steirisches Leitunternehmen im Holzfensterbau sitzt. Nur als Beispiel, ich mache jetzt gar keine Schuldzuweisung, aber ist wahnsinnig schwer. Ich sehe auch schon in Zweierreihen die Bauträger anmarschieren, wenn es um die Preissituation geht. Ich sage es ja immer wieder und lege es den Genossenschaften nahe, doch ein Holzfenster zu verwenden, das kostet viel Geld.

Judenburg, hat der Herr Kollege Getzinger heute schon angesprochen. Einen Schmarren kostet das zuviel. 16.100 Schilling pro Quadratmeter Nutzfläche tutti quanti, inklusive Holzfenster, gescheite Systeme, inklusive Holzstiegenhaus und vieles andere mehr. Also ich ersuche euch und alle, die in den öffentlichen und halböffentlichen Bereichen tätig sind, diesen Antrag, der da hier eingebracht worden ist, auch vor Ort massiv zu unterstützen, und wenn man dann in der Kostenrelation das Ganze gegenüberstellt, hat man eine Wertschöpfung, die auch unser Bundesland betrifft. Daß wir keine gesetzliche Regelung, keine Verordnung zustandebringen, ist uns allzeit bewußt. Ich erinnere noch an den Bauchfleck, den wir mit der steirischen Schafwollämmung da hier erlebt haben, weil die von euch allen so herbeigesehnte EU, Brüssel - nicht von mir herbeigesehnt, ich sage es noch ein-mal -, uns da hier einen Riegel vorschiebt, daß wir unsere eigenen Interessen nicht so vertreten können, wie wir es wollen. Wir haben auch im Holzbau eine Vorreiterrolle, und da haben ja viele, die in der letzten Legislaturperiode auch schon hier waren, daran mitgearbeitet, das ist die Änderung der Bauordnung. Und die Änderung dieser Bauordnung hat die Diskriminierung des Baustoffes Holz einmal beseitigt. Und wenn ich ein bißchen in die Geschichte schaue, auch schon vorher im übrigen bei der Verordnung zur Nutzflächenberechnung, Otto Heibl, du wirst es wissen, haben wir die Wände immer dazugezählt, damit möglichst dicke Wände kommen und man dadurch kostengünstiger bauen kann. Die Geschichte ist ja auch nicht so einfach gewesen. Wir haben ja dann mit dem Versicherungsapparat natürlich auch mit den Ziegelerzeugern und mit der Betonindustrie unsere

Dispute gehabt, aber es hat jeder gesehen, es geht, man kann miteinander leben, und alles hat hier seinen Stellenwert.

Vorreiterrolle im Baugesetz, Vorreiterrolle auch in der Wohnbauförderung, und dann war es aber wirklich nicht einfach. Ich sage euch, die Projekte, die allgemein bekannt sind, sind eigentlich nur durch sanften Druck, manche behaupten böswillig durch kalte Erpressung entstanden, indem man Wohnbauförderungsmittel davon abhängig gemacht hat von meiner Seite, wenn man in Holz dieses Bauvorhaben durchführt. Und das Musterprojekt in Judenburg oben wurde ja von der WAG Linz umgesetzt. Weil die eigenen, ich denke da an die Streitereien in Gaisorn, doch lieber die schon vorproduzierten Details zur Ausführung bringen wollen. Ein eigenes Know-how würde natürlich einen zusätzlichen Aufwand bedeuten.

Aber wir sind einen Schritt weiter, Judenburg, Herr Kollege Getzinger, hat absolut Wirkung gezeigt. Wir haben also jetzt in etwa überschlagen über 100 Wohnungen, die im Holzgeschoßbau im Entstehen sind. Es gibt weitere Projekte – ich glaube, in Krieglach wird demnächst eines kommen. In der Geramb-Auszeichnung haben wir heuer zwei Holzprojekte dabei gehabt – einen Geschoßbau und ein Einfamilienhaus, ein wunderschönes. Wir sind da ein beträchtliches Stück weitergekommen.

Ich denke auch, daß in Lassing der Beweis angetreten worden ist, wo dann wirklich auch ein Vorteil, ein zusätzlicher Vorteil drinnen liegt, nämlich in der Möglichkeit der Vorproduktion und in der Geschwindigkeit. Und Lassing, diese zwei Wohnhäuser, eines mit fünf und eines mit vier Wohnungen, in 50 Arbeitstagen fix und fertig.

Aber man soll es nicht verallgemeinern.

Und wenn wir jetzt philosophieren, nur mehr Holzbau zu machen, müssen wir uns bewußt sein, daß die Infrastruktur unserer Betriebe leider Gottes noch nicht so weit ist und daß vor allem die Aufarbeitung des technischen Know-how notwendig ist. Ich sage jetzt die Aufarbeitung des technischen Know-how, denn wir brauchen den Holzbau nicht erfinden. Das war der erste Baustoff in der Steiermark, den unsere Ururnen verwendet haben. Gehen wir einmal davon aus, die Fenster, die da drinnen sind, sind 500 Jahre alt, ich weiß nicht, ob ein Kunststofffenster jemals dieses Leben erreichen wird. Das auch nur einmal im Klartext, aber wir müssen es logisch aufarbeiten, dieses technische Know-how, die Kenntnis der Bauphysik, das ist alles da und funktioniert bestens. Wie gesagt, Judenburg, als who is who des Geschoßholzbaues in ganz Europa, wie viele Experten bestätigen, beweist das. Hier werden wir weitermachen.

Jetzt komme ich zu einem weiteren Punkt. Es sind dies die Anträge, die heute da sind, und vor allem auch eine Berichterstattung, die von seiten der Österreichischen Volkspartei, von seiten meines Kollegen Ressel, der nicht da ist, erfolgt sind, die ich einfach so nicht hinnehme. Die sind also in der gleichen Art, wie wir miteinander umgehen, wie zum Beispiel bei der Pelletsheizung, wo Pörtl und Genossen heute noch durch die Gegend rennen und sagen, der Schmid ist gegen die Pelletsheizung gewesen. Ihr alle, die ihr da

sitzt. Ich kenne eure Berichte in den Bezirken, kenne eure Veröffentlichungen, es ist einfach falsch. Ich habe in der Regierung und meine Fraktion hat dem hier im Landtag zugestimmt. Und da ein Wirtschaftsmensch auch noch hier ist, wir haben lediglich darauf hingewiesen, daß im Sinne einer Gleichbehandlung auch jene Leute, die jetzt eine andere Heizung haben, unter Umständen in den Vorteil einer selben Förderung kommen – das ist ja wohl berechtigt. Es gibt also Zehntausende Häuslbesitzer, die auch ihren Kessel austauschen wollen und die auch einen verbesserten Umweltbereich haben wollen. Im übrigen sieht das die Wirtschaftskammer auch so. Ich stehe hinter dieser Pelletsheizung, ich bin immer dazu gestanden. Ich lasse nicht zu, daß hier die Freiheitlichen jetzt durch eine Kampagne der Unwahrheit als Verhinderer hingestellt werden.

Das gleiche passiert jetzt mit dem Cluster. Da rennen Sie draußen schon herum und sagen, der Schmid sei gegen den Holzbau. Also, bitte, wer hat denn die Bauordnung geändert? Wer hat denn die Holzgeschoßbauten in der Steiermark mit sanftem Druck, mit kalter Erpressung weitergebracht? Der, der jetzt dagegen sein soll?

Ich habe nur ein Problem: Der Herr Paiarl arbeitet seit zwei Jahren an einem Holzcluster – es sei ihm unbenommen, Gott sei Dank tut er etwas Gescheites, bin ich ja dafür, und ich applaudiere ihm auch –, aber zwei Jahre oder eindreiviertel Jahre lang hat mit mir kein Mensch ein Wort gesprochen. Ich habe nur irgendwann einmal so eine Voruntersuchung auf den Tisch bekommen über einen Freund, nicht über das Ressort – damit da auch kein falscher Eindruck entsteht. Ich kommentiere das jetzt weiter nicht. Da ist drinnen gestanden, die steirische Bauordnung müsse holzfreundlich gemacht werden. Da habe ich gesagt, liebe Freunde, ihr seid am falschen Dampfer, wir haben österreichweit die Musterbauordnung in bezug auf Holzfreundlichkeit.

Dann kommen halt jetzt neue Anträge, daß man den Cluster machen und über zwei Ressorts je 5 Millionen Schilling aufbringen soll. Da habe ich ein Problem!

Jeder soll, bitte, seine eigene Arbeit machen. Ein Zusammenarbeiten, ein Zusammenspiel, ja selbstverständlich, gibt es doch in allen anderen Bereichen. Wenn ich zum Beispiel mit der Regionalplanung oder Landesplanung hausieren gehe zu jedem Ressort, zahlts etwas dazu, damit ich arbeiten kann, dann kann man ja unseren ganzen Laden zusperrern. Jedes Ressort hat ein Budget, soll seine Arbeit machen. Und das ist die wirtschaftliche Aufbereitung, die Vernetzung der einzelnen Betriebe. Wir bauen, wir bauen im Landeshochbau, im Bundeshochbau, im Wohnbau, in der Revitalisierung, wo immer sonst noch, das ist unser Bereich. Wir werden dafür auch weiterhin Sorge tragen, daß das Produkt Holz hier einen Stellenwert erreicht, wie es ihn schon längst verdient. Aber der Zusammenschluß des Firmenbereiches ist doch nicht Sache des Wohnbauressorts. Ich weiß nicht, wieso ich jeweils einen Antrag in der Regierung einbringen muß und daß der Verdacht dann aufkommt, daß die 15 Millionen Schilling, wo der Dr. Schachner 5 und ich 5 zahlen soll, für eine Werbekampagne gebraucht werden, wenn man vorher, bei all diesen Ausarbeitungen,

nie mit uns gesprochen hat. Nun, das ist ja wohl berechtigt. Quod erat demonstrandum, wir werden es beweisen. Jetzt und pro futuro.

Aber ich sage noch einmal, ich bin dafür, daß der Herr Kollege Paierl arbeitet, ich bin dafür, daß der Herr Kollege Paierl für das Holz und für die Holzwirtschaft arbeitet. Wir werden also selbstverständlich daher diese Anträge unterstützen, aber wir werden mit großer Sicherheit und vorausseilend, wie in den letzten Jahren, dem Produkt Holz unsere Möglichkeiten, sprich Wohnbauförderung et cetera, zur Verfügung stellen. Danke für die Aufmerksamkeit! (Beifall bei der FPÖ. – 15.57 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Eine weitere Wortmeldung liegt nicht vor.

Die Damen und Herren, die dem Antrag des Herrn Berichterstatters zustimmen, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Ferner liegen dem Hohen Haus zwei Entschliessungsanträge vor.

Zunächst lasse ich abstimmen über den Entschliessungsantrag der Abgeordneten Schützenhöfer und Kollegen, der auch die Unterstützung der Abgeordneten Brünner und Wabl trägt.

Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Ich darf auch hier die einstimmige Annahme des Antrages feststellen.

Schließlich Entschliessungsantrag der Abgeordneten Getzinger, Korp und Heibl.

Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe!

Der Antrag ist mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen nunmehr zur Behandlung der Dringlichen Anfrage der FPÖ an den Herrn Landesrat Erich Pörtl, betreffend existentielle Bedrohung des steirischen Schweinebauern.

Ich erteile der Frau Landtagsabgeordneten Dietrich das Wort zur Begründung der Dringlichen Anfrage der FPÖ.

**Abg. Dietrich (16.00 Uhr):** Geschätzter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, Herr Landesrat, Hoher Landtag, meine Damen und Herren!

Auf Grund der drastischen Preissituation am Schweinesektor und der damit verbundenen Existenzbedrohung vieler bäuerlicher steirischer landwirtschaftlicher Betriebe sehen wir es als unsere Pflicht, im Sinne der Solidarität mit den Bauern, dieses Thema zu aktualisieren und politische Verantwortung einzufordern.

Der große Markt in einer ausschließlich kapitalistisch orientierten EU, einer EU, gegen die wir uns immer gewehrt haben, macht es den bäuerlichen Betrieben zunehmend schwieriger, ihre Existenz zu erhalten.

Wir Waldbauern, wir waren schon seit Jahren mit den Gesetzen des freien Marktes konfrontiert. Für uns war der EU-Beitritt keine große Aufregung.

Anders aber in den Bereichen der Rinder- und Schweinehaltung. Dort mußte man von einem planwirtschaftlich geführten Regime weg, den nassen, kalten Sprung in die freie Marktwirtschaft verkraften. Der Schweinebereich war bis 1991 durch das Viehwirtschaftsgesetz geregelt, die Bestandesobergrenzen genau definiert, und erst im Vorfeld der EU ist es zu Lockerungen gekommen.

Aber dann, nach der Öffnung des freien Marktes, waren unsere bäuerlichen Kleinbetriebe plötzlich mit den großen Agrarindustrien der anderen europäischen Länder konfrontiert, riesige Strukturen, die weiterhin wachsen und denen wir in keiner Weise nachkommen können. In der EU hielten zum Beispiel 1980 44 Prozent der Betriebe mehr als 400 Mastschweine, und 1993 waren es bereits drei Viertel der Betriebe, die mehr als 400 Mastschweine hielten. Und diese Tendenz der Konzentration ist weiterhin steigend.

Noch eine Zahl, die uns zu denken geben sollte, nämlich die 1,8 Prozent der größten Schweinehalter mit mehr als 1000 Stück Schweinebestand, die haben nahezu die Hälfte des gesamten Schweinebestandes, nämlich 47,7 Prozent, in der EU.

Deutschland, die Niederlande und Frankreich allein haben den halben Schweinebestand EU-weit. In der Steiermark haben wir eben auf Grund unserer bäuerlichen Kleinstruktur viele Produktionsanteile. Wir haben hohe Produktionskosten, unsere Vermarktung, unser Marketing läßt noch zu wünschen übrig. Zur Zeit haben wir gerade den Streit zwischen Billa und Styrian-Bread. Alles Dinge, die unserer Schweineproduktion und der Vermarktung mit Sicherheit nicht guttun. Wir haben auch steigende Umwelt- und Tierschutzaufgaben und sehr hohe Einheitswertzuschläge bei Schweinemastbetrieben. Umgerechnet bedeuten diese Zuschläge, daß jedes Mastschwein mit 10 Schilling zusätzlicher Steuer belastet wird, und die Sozialversicherungsbeiträge werden sogar 13 Schilling je Mastschwein ausmachen. Betriebswirtschaftlich gesehen gilt, daß die größte Kostendegression bei Stallbauten bei Bestandesgrößen von mindestens 600 Mastschweinen oder 100 Zuchtsauen erreicht sind.

Und nach diesen enormen Horrorzahlen jetzt einmal ein Blick auf unsere steirische Landwirtschaft. Wir haben von den 57.000 landwirtschaftlichen Betrieben 27.900 Schweinehalter gehabt, die insgesamt 1.020.000 Schweine gehalten haben 1997. Wir haben zwar die Bestände aufstocken können, aber jetzt noch immer erst einen Durchschnittsbestand von 34 Stück je Betrieb. Man kann sich dann vorstellen, daß wir einfach im Vergleich zu diesen großen Agrarindustrien nie und nimmer kostendeckend, kostengünstig, wettbewerbsfähig produzieren können. Spitzenreiter in der Steiermark, was den Bestand betrifft, sind die Bezirke Radkersburg mit 74 Stück, Leibnitz mit 72 Stück und Feldbach. Der Schweinepreis hat sich schon immer in Wellenform entwickelt, und Fachleute bezeichnen das mit dem Fachterminus „Schweinezyklus“. Es war auch bekannt, daß die Täler und Berge analog in Österreich wie in der EU in etwa zur gleichen Zeit erfolgten, aber man hätte auch wissen und vor allem sagen müssen, daß die Täler in der EU meistens doppelt so lang und noch tiefer waren. So war der Abbau der letzten beiden Schweineberge

EU-weit erst dann möglich, als der Deckungsbeitrag bei den mittleren Betrieben auf Null beziehungsweise bei vielen Betrieben negativ war.

Wo sind nun die Ursachen dieser Schweinekrise und der verheerenden Folgen für unsere Betriebe? EU-weit hat eine Produktionsausdehnung stattgefunden, allein 1258 um 5 Prozent, die Wirtschaftskrise in Rußland – Rußland hat übrigens 32 Prozent der EU-Überschüsse abgenommen, die große Ungewißheit, wie es in Rußland weitergehen wird, dann die Asienkrise – Korea und Japan sind im Moment als Abnehmer für den europäischen Markt nicht vorhanden – und auch die USA hat eine Produktionsausdehnung vorgenommen. Bei uns in der Steiermark schaut es so aus, daß die Ferkel zur Zeit nicht absetzbar sind und daß die Holländer um 320 beziehungsweise 350 Schilling je Ferkel frei Grenze anbieten. Mastschweine müssen, wenn sie überhaupt verkauft werden können, zum Schleuderpreis, gewiß nicht kostendeckend, abgegeben werden. In der EU, einem ausschließlich kapitalistisch orientierten System, müssen Marktregulative eingesetzt werden, die meines Erachtens nach moralisch nicht immer unbedenklich sind. Ich erinnere an die Herodesprämie im Rinderbereich, wo Gelder bezahlt werden, damit die Kälber nach der Geburt getötet werden, wo man weiß, daß rund eine Milliarde Menschen verhungern, und der Bildschirm liefert uns täglich dieses Horrorszenerario ins Haus. Es ist nicht gelungen, die Nahrungsmittelverteilung weltweit zu regeln. Die Wertigkeit unserer Bauern, unserer steirischen Bauern, die Freude an der Arbeit, die Freude an den Tieren und die Achtung in der Gesellschaft sinkt von Tag zu Tag.

Geschätzter Herr Landesrat, die Situation der Landwirtschaft in Österreich und vor allem in der Steiermark ist uns ein ernstes Anliegen, und wir fürchten darum, daß die bäuerliche Landwirtschaft, die unsere Steiermark so liebenswert gemacht hat, die die Wurzel unserer Gesellschaft ist, dem Untergang preisgegeben wird. Und auch im Hinblick auf die drohende EU-Osterweiterung sehen wir große Gefahren. Allein, wenn wir daran denken, daß pro Einwohner doppelt so viele Flächen als im restlichen Europa vorhanden sind, dann kann man sich schon vorstellen, welche Potentiale hier schlummern, die über kurz oder lang auf uns zukommen.

Die Landwirtschaft ist wie kein anderer Bereich in Österreich, von der Bezirkskammer beginnend, über die Landeskammer, bis zu dir, geschätzter Herr Landesrat, bis zum Bundesminister Molterer hinweg zum Kommissar Fischler ÖVP-dominiert. Alles in einer Hand. Und ich nehme wohl an, daß du, Herr Landesrat, in Strategien, in Entscheidungen, betreffend die schwierige Situation der Schweinebauern, eingebunden sein wirst.

Ich stelle deshalb an dich die Dringliche Anfrage gemäß Paragraph 68 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages der Abgeordneten Mag. Bleckmann, Dipl.-Ing. Vesko, Ing. Peinhaupt, Dietrich, Mag. Hartinger, Ing. Schreiner, Schinnerl, List, Porta und Wiedner, betreffend existentielle Bedrohung der steirischen Schweinebauern.

März 1994: „In der EU sind gute Preise möglich“, so der Titel eines Gastkommentars von Herrn Landesrat Pörtl in der „Steirischen Wochenpost“.

Frühjahr 1996: „Bauern beginnen, sich in der EU wohl zu fühlen“, stellt Landwirtschaftsminister Molterer die Situation nach einem Jahr EU-Mitgliedschaft in der „Kleinen Zeitung“ dar.

Februar 1998: „Der EU-Beitritt ist ein Segen für die Bauern“, erkennt Minister Schüssel in der Zeitung „Bayrisches Wochenblatt“.

Herbst 1998: Täglich sind drei steirische Schweinezuchtbetriebe gezwungen, ihre Tätigkeit aufzugeben. Der Preis, den die steirischen Schweinebauern für ihr Produkt am Markt erzielen, ist auf das Niveau des Jahres 1953 abgestürzt.

In ihrer Existenz bedrohte Schweinebauern demonstrieren am Grazer Hauptplatz, um auf ihre immer kritischer werdende Situation aufmerksam zu machen.

#### Dringliche Anfrage:

Erstens: Wie erklären Sie den steirischen Schweinebauern, daß sie mit den größten Preiseinbußen seit dem Jahre 1945 konfrontiert sind, gerade in einer Zeit, zu der Landwirtschaftsminister Molterer Vorsitzender des Ministerrates und der Österreicher Fischler Agrarkommissar in Brüssel sind?

Zweitens: Welche marktwirtschaftlichen Verbesserungen haben die bisher ausgeschütteten EU-Förderungen für die steirischen Schweinebauern gebracht?

Drittens: Wie viele steirische Bauern wurden über das Sonderförderungsprogramm für Schweinehaltung seit 1995 gefördert?

Viertens: Wie hoch ist die Summe der Gesamtsubventionen, die es seit dem EU-Beitritt für die steirischen Schweinebauern gegeben hat?

Fünftens: Welche Produktionssteigerung, in Stückzahlen ausgedrückt, konnte durch die beanspruchten Förderungsmaßnahmen in der Steiermark erreicht werden?

Sechstens: Von der Interessenvertretung wurde die Schweinezucht/Schweinemast als die gewinnbringendste Alternative für die Landwirtschaft propagiert. Welche Marktprognosen über die künftige Entwicklung des Schweinepreises nach einem Beitritt zur EU wurde dieser Empfehlung der Interessenvertretung der steirischen Bauern zugrundegelegt?

Siebtens: Der Bundesparteiohmann der ÖVP, Schüssel, spricht sich für eine möglichst rasche EU-Osterweiterung aus. Wie beurteilen Sie in Anbetracht der existenzbedrohenden Situation der steirischen Schweinebauern diese Bestrebungen, insbesondere in Anbetracht der Tatsache, daß im Falle der EU-Osterweiterung 50 Prozent mehr Produktion einem nur 29prozentigen Anstieg des Konsums gegenüberstehen?

Achtens: Vor dem EU-Beitritt propagierte die Bundesregierung den Slogan: „Österreich wird Feinkostladen in der Europäischen Union werden.“ Welche Überlebenschancen sehen Sie heute nach dem EU-Beitritt für die steirischen Schweinebauern, die sogar in steirischen Schlachthöfen holländischer Konkurrenz aus Massentierhaltung ausgesetzt sind?

Neuntens: Sehen Sie sich als steirischer Landesrat für Landwirtschaft angesichts der derzeitigen Rahmenbedingungen imstande, den steirischen

Schweinebauern zumindest so zu helfen, daß eine Kostendeckung in der Produktion (18 Schilling je Kilogramm) gewährleistet ist? Wenn ja, mit welchen Maßnahmen und wenn nein, welche Hinderungsgründe stehen dagegen?

Gemäß Paragraph 68 Absatz 4 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages wird die Abhaltung einer Wechselrede beantragt. (Beifall bei der FPÖ. – 16.13 Uhr.)

**Präsident Dipl.-Ing. Hasiba:** Nunmehr, meine Damen und Herren, darf ich als vierte und für heute letzte Gruppe der Hasnerplatzstudentinnen und -studenten 17 junge Damen und Herren hier begrüßen. (Allgemeiner Beifall.)

Zur Beantwortung dieser vorgetragenen Dringlichen Anfrage darf ich nunmehr dem Herrn Landesrat Pörtl das Wort erteilen.

**Landesrat Pörtl (16.14 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Ich möchte in dieser Beantwortung nicht auf die Einleitung und Erklärungen der Frau Kollegin Dietrich unmittelbar eingehen, sondern diese neun Fragen gemäß Paragraph 68 der Geschäftsordnung des Steiermärkischen Landtages vom freiheitlichen Landtagsklub, betreffend existentielle Bedrohung der steirischen Schweinebauern, folgend beantworten.

Zur Frage eins stelle ich fest, daß die Schweineproduktion in Österreich und in der EU ein zu hohes Angebot nach wie vor aufweist, momentan 400.000 Schweine in der Woche zuviel. Als Auslöser dieser Produktionsausweitung gelten in erster Linie die Nachfrage- und Preisanreize, die durch die BSE-Krise auf dem Rindersektor ausgelöst wurden. Auch ist nach größeren Schweinepestfällen, zum Beispiel in Holland und Norddeutschland, die Produktion wieder voll aufgenommen worden.

Wesentlicher Auslöser und auslösender Grund der jetzigen Preissituation ist die plötzliche Änderung auf dem Weltmarkt. Beispielsweise ist es nur schwer möglich, die Exporte aus der EU im südostasiatischen Raum zu halten und ist durch die zum Stillstand gekommenen Rußlandexporte derzeit ein Überangebot am europäischen Markt gegeben. Die Rußlandexporte betragen beispielsweise 350.000 Tonnen. Das sind bei einem durchschnittlichen Schlachtgewicht von 90 Kilogramm rund 3,9 Millionen Stück. Über die steirischen Erzeugnisse wurden im Vergleich dazu im Jahre 1997 550.000 Stück vermarktet, das ist ein Siebentel der damaligen Rußlandexporte.

Ein zeitlicher Zusammenhang mit der derzeitigen Vorsitzführung von Landwirtschaftsminister Mag. Molterer im Agrarministerrat und der Tatsache, daß Österreich durch Herrn Dipl.-Ing. Franz Fischler den Agrarkommissär in Brüssel stellt, ist mit der aktuellen Lage auf dem europäischen und internationalen Schweinemarkt nicht herstellbar.

Zur Frage zwei: Laut den Auswertungen der Viehzählungsergebnisse in der Steiermark im Grünen Bericht 1996/97 ist der Schweinebestand seit 1995 annähernd stabil. Der Bestand umfaßte 1995 1,022 Millionen Stück, im Jahre 1996 1,016 Millionen Stück

und im Jahre 1997 1,023 Millionen Stück. Die Schweinezwischenzählung vom 1. August 1998 weist, unter anderem auch saisonal bedingt, einen Bestand von 1,084 Millionen Stück auf. Die Zahl der Schweinehalter im selben Zeitraum hat sich von 31.292 im Jahr 1995 auf 29.087 im Jahr 1996 und im Jahr 1997 auf 27.954 verringert. Diese Strukturanpassung wird auch künftighin weitergehen. Rückblickend ist es gelungen, seit dem EU-Beitritt das Produktionsvolumen zu halten und auch ganz geringfügig auszubauen.

Zur Frage drei: Im Rahmen des Sonderinvestitionsprogrammes 1995 bis 1998 wurden 440 Förderfälle positiv erledigt. Der Zuschuß betrug rund 61 Millionen Schilling, davon 37 Millionen Schilling Bundesmittel und 24 Millionen Schilling Landesmittel. Daneben wurde in 160 Fällen ein AIK-Volumen von insgesamt 114 Millionen Schilling gewährt.

Zur Frage vier: Die Gesamtsumme der Förderung für die steirische Landwirtschaft setzt sich zusammen aus Marktordnungsmaßnahmen, Strukturförderungen, Übergangshilfen und ergänzende nationale Maßnahmen. Für die steirische Landwirtschaft wurden im Jahr 1995 4,7 Milliarden Schilling, im Jahr 1996 4,3 Milliarden Schilling und im Jahr 1997 3,7 Milliarden Schilling an öffentlichen Förderungen vergeben. Die Rücknahme ist vor allem durch die degressiven Ausgleichszahlungen begründet. Im Jahr 1997 setzt sich dieser Aufwand zusammen aus 1,5 Milliarden Schilling EU-Mitteln, 1,4 Milliarden Schilling Bundesmitteln und 0,8 Milliarden Schilling Landesmitteln. Eine detaillierte Darstellung ist mit dem dritten Vierteljahresbericht 1998 an den Steiermärkischen Landtag über den Stand der europäischen Integration (Teil Landwirtschaft) gegeben. Eine Auseinanderrechnung in Produktionsparten ist vor allem auch wegen der vielen gemischt wirtschaftenden Betriebe aus statistischen Gründen leider nicht möglich.

Zur Frage fünf: Wie unter Punkt zwei bereits angeführt, könnte durch die beanspruchten Fördermaßnahmen das Produktionsvolumen im Schweinesektor gehalten werden. Anhand der Schlachtungsstatistik läßt sich dies wie folgt belegen: 1994 – 1,57 Millionen geschlachtete Schweine, 1995 – 1,46 Millionen geschlachtete Schweine, 1996 – 1,56 Millionen geschlachtete Schweine, 1997 – 1,46 Millionen geschlachtete Schweine. Der Vergleich des ersten bis dritten Quartals 1997 mit jenem des Jahres 1998 zeigt, daß mit 1,14 Millionen geschlachteten Schweinen im Jahr 1998 gegenüber 1,08 Millionen im Jahr 1997 in diesem Jahr mit stärkerem Anfall zu rechnen ist. Das entspricht einem Zweijahresrhythmus – 1994 gegenüber 1993 und 1996 gegenüber 1995.

Zur Frage sechs: Die Interessenvertretung hat die Schweinezucht nicht als die gewinnbringendste Alternative propagiert. Vielmehr wurde darauf hingewiesen, daß die Schweinehaltung auf Grund der Aufbauarbeit in den letzten 30 Jahren zu einem wichtigen Einkommensträger der steirischen Bauern geworden ist und in den letzten Jahren fast ein Drittel der gesamten landwirtschaftlichen Wertschöpfung erbracht hat. Die Interessenvertretung hat vor dem EU-Beitritt von deutlich geringeren Schweinepreisen gesprochen, als sie, mit einigen Ausnahmen, in den Jahren von 1995 bis Mitte 1998 eingetreten sind.

Zur Frage sieben: Diese Fragestellung wird der WIFO-Presseinformation vom 20. November 1998 inhaltlich entnommen, wobei folgende Klarstellung notwendig ist: Das WIFO legt in ihrer Einschätzung einen Beitritt aller zehn assoziierten MOEL, das heißt mittel- und osteuropäische Länder, zur EU zugrunde. Korrekterweise muß darauf hingewiesen werden, daß die konkreten Beitrittsverhandlungen nunmehr mit fünf MOEL begonnen haben.

Prof. Schneider kommt in seinem „Bericht zur Landwirtschaft als kritischer Bereich der EU-Osterweiterung“, veröffentlicht im WIFO-Monatsbericht 11/98, zu folgender Schlußbemerkung, die vollinhaltlich von meiner Seite unterstützt wird: „Für die Landwirtschaft sind eine gezielte Vorbereitung auf die EU-Osterweiterung und ausreichend lange Übergangsfristen anzustreben. Der freie Verkehr mit Agrarwaren ist erst dann zu empfehlen, wenn die hohen Gesundheits- und Umweltstandards der Gemeinschaft in den Beitrittsländern wirksam umgesetzt werden können.“ Ähnliche Ansätze beziehungsweise dieselbe Position gibt es selbstverständlich auch in weiten Bereichen der Arbeitnehmervertretung unseres Landes, soweit mir das zur Kenntnis vorliegt. Auf die vom Landwirtschaftsbeirat ausgesprochenen Empfehlungen bei der Erstellung des Grünen Berichtes (Punkt 8.2 auf Seite 280) darf in diesem Zusammenhang besonders verwiesen werden.

Zur Frage acht: Die Herstellung der Konkurrenzfähigkeit der steirischen Schweinewirtschaft im Vergleich zu den europäischen Mitbewerbern ist entscheidend für die Weiterentwicklung und Sicherung der Wettbewerbsfähigkeit. Dazu ist der eingeschlagene Weg der Qualitätssteigerung wie folgt fortzusetzen: höhere Qualifizierung der Betriebsführer, wie dies derzeit im Beratungsprogramm der Kammer umgesetzt wird, tierfreundliche, umweltgerechte Haltungformen, um vor allem dem Konsumenten in einer Form gegenüberzutreten, daß er dies als Motivation des Verzehres betrachtet, Vergrößerung der Produktionseinheiten, bessere Kooperation mit den Schlachtbetrieben, Bildung eines regelrechten Schweineverbundes.

Auf das notwendige Kooperationserfordernis der landwirtschaftlichen Betriebe, der Handelsfirmen und der Schlachthöfe muß in diesem Zusammenhang ganz besonders appelliert werden.

Zur Frage neun:

Im Rahmen der Europäischen Union, in der es einheitliche Agrarmärkte gibt, ist es nicht möglich, in einer einzelnen Region Maßnahmen zu setzen, die die Wirkungen des Marktes insgesamt aufheben.

Wie eingangs festgestellt wurde, ist die derzeitige Schweinemarktsituation keine steirische Erscheinung, sondern hat eine europäische beziehungsweise welt-handelspolitische Dimension. Neben den gängigen Maßnahmen auf EU-Ebene, wie zum Beispiel Einlagerungen und Anpassung der Exporterstattung, kommt der Wiederaufnahme der Rußlandexporte – von einem Sofortkontingent von 100.000 Tonnen Schweinefleisch ist die Rede – entscheidende Bedeutung zu. Der Agrarministerrat hat unter Vorsitz von Herrn Bundesminister Molterer am heutigen Tage zur Lage auf dem Schweinemarkt folgende Schlußbemerkungen festgestellt:

„Der Rat hat die Europäische Kommission aufgefordert, weiterhin mit allem Nachdruck dafür zu sorgen, daß es rasch zu einer Entlastung des Marktes und damit einer Entspannung des Sektors kommt, wobei insbesondere im Bereich der Exporterstattungen weitere Schritte als erforderlich angesehen werden und ein besonderer Schwerpunkt im Bereich der Lieferungen nach Rußland zu sehen sein wird – in diesem Zusammenhang begrüßte der Rat die von der Europäischen Kommission beabsichtigten Maßnahmen.“

„Die Beratungen des Rates haben zudem ergeben, daß eine Mehrheit von Delegationen marktlenkende Maßnahmen für notwendig erachtet und man sich in den weiteren Beratungen auf einige wenige Maßnahmen konzentrieren müsse.“

Das ist die Antwort auf diese zehn Fragen, die unmittelbar vorher als Dringliche Anfrage an mich gestellt wurden. (Beifall bei der ÖVP. – 16.25 Uhr.)

**Präsident:** Wir eröffnen nunmehr die Wechselrede zu dieser Dringlichen Anfrage, wobei ich auf Paragraph 68 Absatz 5 unserer Geschäftsordnung hinweise, wonach die Redezeit maximal 20 Minuten beträgt.

Als erstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Ing. Peinhaupt das Wort.

**Abg. Ing. Peinhaupt** (16.26 Uhr): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Landeshauptfrau, lieber Landesrat, meine Damen und Herren!

Ich bin zumindest froh, daß auch die Landeshauptfrau anwesend ist, denn als Klubobfrau der ÖVP ist sie für so manche Entscheidung, die hier in diesem Hause gefallen ist, sicherlich auch mitverantwortlich.

Wenn ich die Anfragebeantwortung durch den Landesrat mir genüsslich auf der Zunge zergehen lasse, so drängt sich der Verdacht auf, so kann nur einer antworten, der nicht antworten will oder zweitens, einer, der nicht kann. Ich halte es mit dem letzteren. Denn in dieser Sache ist es viel zu ernst, sich mit einfachen Floskeln aus der Verantwortung zu flüchten, wie auch der Punkt neun der Anfragebeantwortung, wo es dezidiert heißt: „Was können Sie als steirischer Landesrat für die Schweinebauern machen? Der Herr Landesrat hat großartig ausgeführt, das ist der Welthandel, das ist Europa, das ist der Herr Minister, nur nicht ich. Ich meine, so kann es doch nicht gehen, weil dann brauchen wir Landesrat auch keinen, wenn es einmal eng zusammengeht bei den Bauern. (Beifall bei der FPÖ.)

Meine Damen und Herren, das nächste, was in dem Zusammenhang der Anfragebeantwortung zu hinterfragen war, ist die berechtigte Protestkundgebung der steirischen Schweinebauern, die auf sich aufmerksam machen wollten, auf ihre Probleme aufmerksam machen wollten, um sie vielleicht auch dem Volk verständlich darzubringen. Nur, ich traute meinen Augen nicht, einer, der mitverantwortlich ist, wie der Judas bei den zwölf Aposteln, geht auch der Herr Landesrat mit. Wo ich dann die berechtigte Frage stellen muß, ja bitte Herr Landesrat gegen wenn hast denn protestiert? Gegen dich? Gegen den Herrn Molterer? Gegen den Herrn Fischler? Oder gegen die ganze ÖVP-Agrarlobby? Weil dort sehe ich keinen drinnen, der

von einer anderen Fraktion wäre. Nur, wie weit es der Bauernbund mit seinem Bauernschwund gebracht hat, möge auch einmal erklärt sein. Wir haben uns eingependelt bei einem Preisniveau vom Jahr 1953. Nur, meine Damen und Herren, und vielleicht auch ein bißchen auf die Seite der Sozialdemokratie, damals hat der Bauer für sein Schweindl 11 Schilling bekommen, er hat allerdings für die Maurerstunde unter dem Meister auch nur 11 Schilling bezahlt. Heute bekommt er fürs Schweindl weniger als die Ungarn unten – das soll nämlich auch einmal gesagt werden, dort ist der Schweinepreis nämlich höher als bei uns –, er bekommt 10,50 Schilling, aber die Maurerstunde unter dem Meister kostet mindestens 550 Schilling. (Abg. Gennaro: „Eine gute Gewerkschaft!“) Ich trete ja schon immer ein für die Bauerngewerkschaft, und nicht für die Kammer, du hast vollkommen recht, Kurt. Eine anständige Bauerngewerkschaft wie in Frankreich, die hinfährt und die Sau auf die Straßen hinleert, so was gehört her! (Beifall bei der FPÖ.) Aber nicht Fahnenflucht, wo man sich dann versucht in der Masse zu verstecken. Es heißt normalerweise, in der Masse gehen, aber über der Masse stehen, aber nicht in der Masse gehen und unter die Masse kommen.

Und wenn heute schon gesagt wird in der Anfragebeantwortung, wie urplötzlich diese Entwicklung am Markt Platz gegriffen hat, so muß ich eines sagen, lieber Erich, liest du den eigenen Förderungsdienst vom Bundesministerium nicht? Dort ist bereits Anfang 1996 nachzulesen, daß Schneider eindringlichst vor einem Preisabsturz bei den Schweinebauern gewarnt hat. Und da ja du derjenige bist und immer warst, der gesagt hat, liebe Freunde, eigentlich bin ich froh, daß die Bauern so abgestimmt haben, die EU war das geringere Übel, und letztendlich auch die Hoffnung für den großen Markt ausgedrückt hat. Ich möchte dich nicht mit dem schnellen Zitat konfrontieren: „Der große Markt, die große Chance. Die Bauern stehen da ohne Hos'." Und so weit sind wir nämlich jetzt. Dieser große Markt, den du uns versprochen hast, den nehmen nämlich auch jene, die in einem 352 Millionen starken Gebiet produzieren, auch für sich in Anspruch. Und ich habe schon immer gesagt, der Große wird den Größeren in dieser Entwicklung nicht gewachsen sein. Genausowenig wie der Erich Pörtl dem Größeren, dem Fischler, nicht gewachsen sein wird in der Umsetzung seiner Forderung. Aber jetzt zu etwas Ernstem und wo ich dich dann schon mitverantwortlich mache. (Abg. Riebenbauer: „War es bis jetzt nicht ernst?“) Jetzt laß mich einmal ausreden, weil ernst ist es mir darum, wenn Verantwortung, die von euch verantwortet werden müßte, auf Grund eurer Aussagen nicht wahrgenommen wird, und das sollen auch einmal die Bauern draußen hören. (Beifall bei der FPÖ.)

Ich bin aber gerne bereit, euch den Spiegel auch einmal vor das Gesicht zu halten.

Bauernaufstand bei Pörtl-Auftritt: Schweinebauern brüllten Landesrat nieder, Schmerzgrenze nunmehr erreicht, Bauern wollen sich wehren; Bauernaufstand in Deutsch-Goritz: Pörtl ausgepiffen.

Meine lieben Freunde, die Bauern haben recht, sie haben recht, weil sie sich nicht mehr vertrete und auch nicht mehr verstanden fühlen in diesem Klientel.

Und, lieber Kollege Riebenbauer, wenn du so von deiner Macht, deiner Ohnmacht sprichst, so möchte ich euch wohl auch eines sagen: Am 19. Mai 1998, als der Schweinepreis gesunken ist auf 14 Schilling, hat die freiheitliche Fraktion einen Antrag gestellt bezüglich Exporterstattungen und Soforthilfe für die steirischen Schweinebauern, um ein Kostendeckungsprinzip zu erreichen. Und nicht so, daß der Bauer, so wie heute, Eintritt zahlen muß in seinen Stall, wenn er überhaupt arbeiten geht. (Beifall bei der FPÖ.)

Nur diesen Antrag, meine Freunde, habt ihr von der ÖVP abgelehnt. (Abg. Riebenbauer: „Leute, die anders denken als du, nennst du dumm!“)

Die Exporterstattungen, die der Herr Minister Molterer gemacht und erreicht hat, haben mit jeder Phase der Erhöhung zu einem weiteren Preisschwund geführt. Und weißt du auch warum, lieber Freund? Nein, das kannst du nicht verstehen, weil so weit liest du wahrscheinlich nicht.

Weißt was, komme nach mir heraus, weil sonst komme ich mit meiner Zeit nicht zusammen, daß ich dir den Sachverhalt auch dementsprechend erklären kann.

Wir haben auch noch dementsprechende Anträge gestellt, mit denen ihr heute hausieren geht und sagt, unbedingt notwendig die Mehrwertsteuerpauschale, die Bauern haben einen Nachteil, 1,7 Milliarden Schilling im Jahr – 15. April 1998 ÖVP im Nationalrat nein. Drei Monate später habt ihr die Frechheit und schreibt an die Bauern die Briefe hinaus und fordert es als unabdingbar ein, das muß unbedingt geschehen. Liebe Freunde, so könnt ihr keine Politik mit den Bauern machen, so könnt ihr sie nur gegen die Bauern machen. Ihr sollt endlich einmal dazu stehen, was ihr auch immer draußen vorgaukelt, nicht da herinnen anders entscheiden und draußen anders reden. Das ist nicht die Art und Weise, wie man sich in diesem Hause zu bewegen hat.

Meine Damen und Herren, der große Hintergrund, und darum habe ich den Erich Pörtl als Lobbyisten der EU hingestellt, ist ja eigentlich das, was er euch nicht gesagt hat vor dem Beitritt zur Europäischen Union, daß nämlich die Ergebnisse der GATT-Uruguay-Runde bis 1. Jänner 2001 einzufordern sind. Das heißt mengenmäßige Kürzung, die subventionierten Exporte um 21 Prozent, die Exporterstattung in Drittländer um 36 Prozent. Das sind die Rahmenbedingungen der Europäischen Union, wo der Herr Landesrat gesagt hat, die EU schützt uns vor dem GATT. Na bitte, jetzt schlägt das GATT aber vollkommen durch.

Und wenn der Herr Landesrat vielleicht vergessen haben sollte, was er mit seiner Fraktion in Brüssel verhandelt hat, so werde ich es in Erinnerung rufen. Er darf nämlich nur, weil seine Forderungen nicht erreicht wurden, fördern, degressiv, das heißt sukzessive abnehmend fördern, unter der Voraussetzung, daß es keine Ausweitung der Kapazitäten gibt, daß die Beachtung der festzulegenden Kapazitäten dementsprechend einzufordern ist und daß es einen stufenweisen Abbau der Beihilfen gibt. (Abg. Riebenbauer: „Immer noch besser als die 8 Prozent, die Haider verlangt hat!“)

Das sind alles Rahmenbedingungen einer Europäischen Union, die man akzeptiert hat und die man jetzt versucht, einfach auf die Seite zu schieben.

Volle Solidarität mit den heimischen Bauern und volles Einfordern dementsprechender Handlungen und Maßnahmen, die auch hier in unserer Verantwortung umgesetzt werden können. Und nur eines, bitte ÖVP, liegt euch nicht wieder gegenseitig im Weg, steht einmal zu dem, und machen wir einmal etwas gemeinsam, womit wir auch der Hoffnung Ausdruck verleihen können, unseren Bauern eine dementsprechende Unterstützung zukommen zu lassen.

Was der liebe Herr Landesrat auch nicht gesagt hat, ist, daß die Marktordnungsinstrumente einer Europäischen Union versagen, daß sie nicht mehr greifen: Die Exporterstattung – mit jeder Erhöhung ist der Schweinepreis gefallen, die Lagerhaltung – 70.000 Tonnen zu 1100 Schilling die Tonne. 290 Millionen Schilling werden dafür verwendet, damit Ende Februar, Anfang März diese 70.000 Tonnen auf dem Markt kommen, weil so lange ist es befristet. Und bei diesem Schweinepreis eine nochmalige Belastung des Marktes mit 70.000 Tonnen ist ein weiterer Preis einbruch. Das sollte man fairerweise, wenn man sich immer wieder auf Brüssel beruft, auch den heimischen Bauern sagen.

Aber er haltet es ja ganz gut mit dem Herrn Fischler. Der Herr Fischler, der sagt, das ist überhaupt kein Problem für mich, wir werden entweder die Nitratrichtlinie dementsprechend einfordern, dann werden sowieso weniger Bauern, oder mit der „Agenda 2000“ verdient ihr eh noch mehr. Nur damit ihr mehr verdient, meine lieben Bauern, müssen halt im Jahr 2,5 Prozent weniger werden. Das hat der Herr Fischler gesagt.

Und daß der Herr Riebenbauer sich leichter tut, darf ich dir von deinem Kollegen Auer etwas vorhalten: „Jetzt reicht es, Herr Kommissar.“ Uns reicht es schon lange, uns hat es schon gereicht, daß er überhaupt nach Brüssel gekommen ist.

Nur, eines muß man da auch einmal feststellen, haben wir nicht die Ratspräsidentschaft, und ist der Herr Molterer nicht Vorsitzender des Agrarministerates, und ist er in dieser Funktion nicht so quasi der Chef des Herrn Fischler? Denn nur jene Bereiche, die im Agrarministerrat beschlossen werden, werden auch von der Kommission vollzogen. Warum schaut man zu, Herr Kollege Riebenbauer, nicht so lieb, wie du jetzt, sondern traurig, daß Amerika mit einer aggressiven Exportpolitik, unter dem Deckmantel des GATT selbstverständlich, hinausgeht und in Rußland unseren Markt wegnimmt? Da schaut die EU in Unschlüssigkeit zu, weil der Herr Fischler nicht weiß, ob er am linken oder am rechten Fuß steht, statt daß er Maßnahmen setzt.

Kinder, für Entscheidungsunfähigkeit – (Abg. Riebenbauer: „Kinder!“)

Für manche ist es eine Ehre, Kollege Riebenbauer. Aber die Problematik darüber ist zu ernst, ob man sie als Sandkastenspiel oder von wirklich strategischen Positionen her betrachtet.

Meine Damen und Herren, es gibt Ansätze, wie wir in Eigenverantwortung zumindest eine mittelfristige, gekoppelt mit langfristigen Maßnahmen treffen kön-

nen. Sie kennen vielleicht die Pilotprojekte, die in Frankreich unter der Bauerngewerkschaft, lieber Kurt, stattgefunden haben, wo man hergegangen ist und gesagt hat, na ja, wenn wir unseren Schweineberg absetzen müssen, dann brauchen wir Solidarität mit den Konsumenten. Allerdings verstehe ich den Konsumenten auch, wenn er sagt, lieber Freund, der Bauer kriegt für das Kilogramm Schweinefleisch nicht einmal die Hälfte von dem, was ein Verlängerter im Kaffeehaus kostet, und ich muß aber das Vierfache in der Handelskette dafür bezahlen. Daß sich der Konsument nach der Decke streckt, ist mir schon klar. Aber es gibt Möglichkeiten – und Frankreich hat das bewiesen –, mit gezielten Absatzförderungen und damit der Deklaration von regionalspezifischen Produkten, das heißt einheimischen Produkten, den Bauern zu bedienen, den Konsumenten zu bedienen und gleichzeitig über eine 10-Prozent-Hürde den ausländischen Markt nicht hereinkommen zu lassen.

Denn Sie wissen eh, holländische Schweine, geschlachtet in Graz, für die Zukunft der Bauern ist schwarz, und zu dem sollten wir auch dementsprechende Maßnahmen ergreifen, daß das nicht der Fall sein wird und auch nicht eintreten wird. Wir können es schaffen, wir müssen nur gemeinsam vorgehen, wir müssen den gemeinsamen Willen bekunden, das zu erreichen, was andere – sicherlich nicht national, aber in Regionen – erreicht haben. Und wenn der Bauernbund auch den Mut aufbringt zu dem, was er da herinnen vielleicht sagt, auch noch zu stehen, dann könnte dieses Unternehmen gelingen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn der Erich Pörtl gesagt hat, die große internationale Lage ist schuld, daß der Preis kaputt ist, hat er schon recht, zum Teil ist sie schuld daran, nur, eines muß auch gesagt werden – und die Zahlen stammen nicht von mir –, daß die heimische Produktion in der Steiermark um 8 Prozent gestiegen ist, vom Oktober des Vorjahres bis jetzt, im gleichen Zeitraum der Pro-Kopf-Verzehr um 2 Prozent zurückgegangen ist.

Also nützen wir die Chance, den eigenen Markt zu bedienen, bevor wir nach Rußland das Fleisch verschicken. Und ich sage Ihnen nur ein Beispiel. Wenn wir den Mut haben, eine gezielte Absatzförderung unter Garantie der steirischen Schweineproduktion hier zu installieren, dann heißt es, daß 10 Prozent weniger Preis 3 Prozent mehr Konsum bedeutet. Sie schütteln den Kopf, Frau Kollegin Karisch, das sind Studien, das können Sie in jedem Lehrbuch nachlesen, Sie brauchen nicht versuchen, mir hier das Gegenteil zu beweisen. Diese 3 Prozent wären 1,5 Millionen Kilogramm Fleisch in der Steiermark, damit hätten wir den Berg weg und könnten über flankierende Maßnahmen mit Sicherheit garantieren, daß der Bauer nicht Tag für Tag seinen Eintritt in den Stall zu bezahlen hat.

Meine Damen und Herren, nachdem die ÖVP nach Lust und Liebe – sie hat ja auch keinen Ehrentext beschlossen, weil zum Schummeln habt ihr nur mehr die Legitimation in der ÖVP, so schaut es aus – in der steirischen Breite den Wankelmut bekunden, erlaube ich mir, nun einen Entschließungsantrag der Freiheitslichen einzubringen, der lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens folgende Maßnahmen in die Wege zu leiten: Aufforderung der Veterinärbehörde, strikt gegen alle Versuche vorzugehen, Ferkel aus Regionen, welche gesundheitlich nicht ausreichend geprüft sind, zu importieren, Durchführung einer geförderten Betriebsmittelkreditaktion, ähnlich der Agrarinvestitionskredite, Senkung der Tierkörperverwertungs- und Beschaugebühren.

Zweitens an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, um folgende Maßnahmen zu erwirken: keine Erhöhung der Energiesteuer auf Strom - ich erinnere, daß wir einen Antrag gestellt haben wegen Anlagentrennung in der Steiermark, bis heute nicht behandelt, Änderung des Tierärztegesetzes dahin gehend, daß Mykoplasmenimpfungen von den Bauern selbst durchgeführt werden dürfen, rasche Auszahlung der zugesagten Förderungszuschüsse, Schaffung der Möglichkeit der Stundung, der Tilgung von Agrarinvestitionskrediten, Anhebung des Vorsteuerpauschales für pauschalierte Landwirte auf 13 Prozent - und da bitte ich die ÖVP, nicht in Begleitung des Dr. Alzheimer nach Wien zu fahren, um diese Forderung einzumahnen, Auszahlung von degressiven Förderungen für Zuchtsauen sowie Aufnahme von Verhandlungen mit der Europäischen Kommission, um diese Zahlungen auch für 1999 zu gewähren, Einführung des „grünen“ Diesels - wir haben ihn im Ausschuß beschlossen, nachdem der Landesrat Pörtl es zwei Jahre lang nicht der Mühe wert gefunden hat, den freiheitlichen Antrag überhaupt zu behandeln - für die Landwirtschaft und eine damit verbundene Mineralölsteuerbefreiung.

Erich, das stimmt, das ist im Mai 1996 eingebracht worden, du hast bist heute - wie sagt man so schön - kein Ohrwaschl gerührt, damit den Bauern geholfen werden kann.

Ich darf aber ad zwei einen Beschlusantrag einbringen, an dem mir persönlich sehr viel liegt, denn wir werden das Problem in der Steiermark nur dann lösen können, wenn wir gemeinsam mit dem Handel und mit dem Konsumenten eine starke Einheit erreichen, bitte keinen Schweinecluster, um den steirischen Bauern zu helfen.

Die Landesregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zur Verbesserung der Situation der steirischen Schweinebauern zu ergreifen und dadurch geeignete Aktionen, wie zum Beispiel Schweinepreisabsatzaktionen, zu bewerkstelligen, daß dem heimischen Konsumenten steirisches Qualitätsschweinefleisch günstiger weitergegeben werden kann als die Ware der ausländischen Konkurrenz.

Im Sinne der Solidarität mit den heimischen Bauern, im Sinne eines einheitlichen Vorgehens in Anbetracht der tristen Situation, denn Sie haben gehört, alle Tage müssen drei zusperrern, bitte ich Sie, diese Anträge zu unterstützen, nicht nur zu unterstützen, weil der Erich Pörtl ist bekannt dafür, daß Anträge dieses Hauses - ich denke an den Transportkostenzuschuß - zwar beschlossen und zur Kenntnis genommen werden, und dann geht der Erich her und sagt, die Freiheitlichen haben eh keine Legitimation, daß sie überhaupt etwas sagen, weil sie haben das Budget nicht mitbeschlossen. Lieber Erich, du sollst endlich einmal

zur Kenntnis nehmen, daß wir das Budget deshalb nicht mitbeschlossen haben, weil du ein Budget erstellt hast, das den Anforderungen der steirischen Bauernschaft nicht gerecht wird. (Beifall bei der FPÖ. - 16.46 Uhr.)

**Präsident:** Ich erteile dem Herrn Landesrat Pörtl das Wort, was nach der Geschäftsordnung für ein Regierungsmitglied möglich ist.

**Landesrat Pörtl (16.46 Uhr):** Herr Präsident, meine Damen und Herren!

Ich will die Wortmeldung damit nicht aufwerten, aber wenn man ein derartiges Konzentrat an Superbegriffen wie Judas, Wankelmut, Alzheimer hineinbricht, dann muß ich ganz ehrlich sagen, bewegt sich in mir schon der massive Gedanke, daß in weiten Bereichen Sandkastenköpfler unterwegs sind. Ist ein Problem vorhanden, puff, wird hineingeköpft in den Sandkasten. Und du hast dich ja selbst verraten, selbst verraten in der Frage der GATT-Entscheidung, die Chancen der österreichischen Exportmöglichkeiten im Milchbereich, im Rinderbereich, im Getreidebereich. Es gibt keine Chance unter diesen Voraussetzungen, außer mit unseren Hauptpartnern im Rahmen dieses EU-Beitrittes einen Außenhandel zu betreiben, an und für sich die Exportmärkte nicht mehr vorhanden gewesen wären und die eigenen Produktionschancen zusammengebrochen wären. Und du kannst ruhig eine Expedition in die Schweiz machen, wo die hohen Loblieder des Erfolges momentan gesungen werden über diese GATT-Fakten, über die GATT-Entscheidungen. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Erich, was haben sie in der Schweiz für einen Milchpreis? Sag das einmal, damit es alle hören!“) Ja, aber du mußt schon die Gesamtkosten sehen, mein Sohn. Du hast von den Kindern geredet, da können wir ruhig so weiterreden.

Nur, eines steht schon fest, punkto Wankelmut ist der Jörg Haider nie zu schlagen. (Abg. Mag. Bleckmann: „Wir reden jetzt von den Bauern und von eurem ÖVP-Bund bitte!“) Geh, Magda, tu nicht so, mach keine Hektik. Ich zitiere, selbst erlebt in Eichberg beim Eichbergerstadl, hat der Herr Jörg Haider dort als Politiker gesagt (Landesrat Schmid: „Wann war das?“) 1988.

Ganz wichtig, na tu nur warten, da kommt was ganz anderes, du mußt dir Zeit lassen, es kommt alles.

1988 hat dein Vater gar keine Chance gehabt, das zu hören. 1988 hat er gesagt, liebe Bauern, über das Massengrab der EU werden die Bauern in Österreich vernichtet. (Abg. Mag. Bleckmann: „Ja, das ist ja schon passiert!“) Moment, ihr seid so ungeduldig. Paß auf, den Salto mußt du dir jetzt anhören. Ich bin beim Präsidenten der Kammer für Land- und Forstwirtschaft, am nächsten Tag bin ich unten bei der Eröffnung der Klagenfurter Holzmesse, dort fährt der Jörg Haider als „LH 1“ ein. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „1989 ist er LH geworden!“) Dann war es halt 1989, das ist mir gleich. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Nur um die Glaubwürdigkeit deiner Aussage ins richtige Licht zu stellen!“) Ja, bitte, ich bin neugierig, ob du deine Daten alle im Kasten hast. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Und mit LH 1 ist er auch nie gefahren!“) Ihr könnt mich nicht irritieren. Er

geht ans Rednerpult und sagt: „Es ist wirklich nachlässig und typisch für diese große Regierung, diese Elefanten, die da herumtanzen, wir müßten schon längst in diesen dynamischen europäischen Wirtschaftsraum hinein, Südtalien, Oberitalien und der süddeutsche Raum – eine unheimliche Chance.“ Das heißt, innerhalb von einem Tag ist der Wankelmut von hinunter auf hinauf mit freiem Auge sichtbar. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Mit LH 1 fährt er auch nicht. Das stimmt alles nicht! – Abg. Mag. Bleckmann: „Was hat die ÖVP den Bauern alles versprochen?“)

Ich kann noch zitieren, wenn ihr wollt, ich habe die Zeitungsartikel. Ich kann noch zitieren, das ist aber nicht das Hauptthema. (Abg. Mag. Bleckmann: „Die Bauern sind zur Zeit das Hauptthema!“) Nur, ich werde da als Regierungsmitglied beschimpft, daß ich Wankelmut-, Alzheimer-, Judas-Paraden mache, und in Wahrheit (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Das ist bitte so nicht gesagt worden, daß du Alzheimerparaden machst!“) Moment! Wir haben dann eh das Protokoll, ich bin da relativ gelassen. Nur, eines steht fest: Du würdest dir härter beim Köpfeln tun, weil dich hätte es schneller bei den Haaren. (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ich zitiere so, was war in diesem Zusammenhang. Tu dir also nicht jetzt wieder selber Asche aufs Haupt streuen!“) Ich bin da direkt. Ich weiß nicht, du bist sehr dünnhäutig geworden. Wenn bei dir ein wenig jemand etwas sagt, hupfst du auf, und ich soll mich da abwatschn lassen und sagen danke, die demokratischen Übungen müssen das auch erlauben. Ich bin auch ein Mensch aus Fleisch und Blut und stelle mich auch solchen Auseinandersetzungen. (Beifall bei der ÖVP.) Ich sage euch ehrlich, der Forderungskatalog, den du da heruntergelesen hast, das ist unser Forderungskatalog, damit das klar ist – sensationell. (Abg. Mag. Bleckmann: „Nein!“ – Heiterkeit bei der FPÖ.)

Und darf ich folgendes sagen: Wir haben bereits die (Landesrat Dipl.-Ing. Schmid: „Ja, ihr werdet jetzt zustimmen müssen!“) Exporterstattungen längst gemacht. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Deshalb seid ihr im Mai aufgefordert worden!“) Ich sage ganz ehrlich, wir haben die Aufgabe, von ganz konkreten Fakten konkrete Entscheidungen zu treffen.

Für uns war es sehr klar, daß einfach diese Produktionssparte in dem Hochpreissog durch keine Beratung in der Investition, in der betrieblichen Entscheidung, im Grunde praktisch aufhaltbar ist. Das war ein wahnsinnig schwieriger Versuch, dort und da einzuleiten, daß auf Dauer eine solche Preisentwicklung schwer zu halten ist. Und sehr, sehr viele haben gesagt, um Gottes willen, der Preis geht in eine Dimension, wo selbstverständlich niemand in der Lage ist, solche Marktsituationen so abzuschätzen.

Meine Damen und Herren, eine Behauptung ist in den Raum gestellt worden, daß die Holländer um 320 bis 350 Schilling die Ferkel verkaufen. Es werden keine Ferkel in der Steiermark verkauft. Es gilt nach der Veterinärregel in der Steiermark, daß keine Lebendferkel da verkauft werden. Und ich bitte um Adressen. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Das stimmt auch nicht, du hast das wieder falsch verstanden, Erich. Um 350 Schilling werden sie an die Grenze gestellt. Das

hat die Kollegin Dietrich gesagt, und nicht mehr und nicht weniger!“) Ja, aber sie kommen nicht in die Steiermark herein.

Nach unseren Regeln, wie derzeit im veterinärpolitischen Bereich die Entscheidungen getroffen werden. Das ist eine Annahme, die können ruhig an der Grenze stehen, aber haben in der Steiermark keine Chance, importiert zu werden.

Ich glaube daher, daß in der Phase einer solchen Diskussion, wie wir sie derzeit abhandeln, es selbstverständlich wichtig ist, daß die Öffentlichkeit davon erfährt, daß das Faktum des Marktes und das Faktum der Produktion und das Faktum der Produktionssteuerung ganz speziell im Bereich der Schweine sparte ein Dauerproblem in der Europäischen Union bleiben muß. Und vielleicht ist sogar mit diesem Unglück in der Schweinebranche die riesige Gefahr des Verlustes der Kontingentierung im Milchbereich im Grunde das Verständnis gewachsen, daß manche Länder nicht in eine Richtung marschieren, wo der Glaube an den Welthandel sozusagen für die Lösung solcher Formen des Wirtschaftens für die Zukunft damit außer Kraft gesetzt wird. (Beifall bei der ÖVP. – 16.55 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Kaufmann, der ich es erteile.

**Abg. Kaufmann (16.55 Uhr):** Ich weiß nicht, Herr Landesrat, ob es sich auszahlt, daß du dich hinsetzt, weil ich nehme an, du wirst auch nach meiner Wortmeldung aufstehen, nur wird es nicht so gehen, daß du mit ein paar lustigen Sprüchen so einfach drüberbantzt über das Ganze und die Verantwortung einfach abschiebst.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Frau Landeshauptmann!

1983 war der Schweinepreis auf 22 Schilling. Es hat einen Aufruf vom Bauernbund gegeben zu einer Demonstration der Schweinebauern in Wien vorm Landwirtschaftsministerium. Damals war ein SPÖler Landwirtschaftsminister, es war Landwirtschaftsminister Haiden. Es hat eine lautstarke Demonstration über den Katastrophenpreis gegeben, und es hat einen Schuldigen gegeben: Schuld war der Herr Minister.

1998 – 15 Jahre später –, der Schweinepreis ist auf 10,50 Schilling. Der Bauernbund ruft wieder auf zu einer Demonstration der Schweinebauern, aber diesmal in Graz. Jetzt ist zwar das Landwirtschaftsministerium noch in Wien, es ist nicht übersiedelt worden nach Graz, nur gibt es jetzt einen Landwirtschaftsminister Molterer, und der gehört der ÖVP. Und es gibt auch einen Schuldigen – Rußland, USA, Weltmarkt und weiß Gott, wer noch alles.

Und das, meine Damen und Herren, das ist Bauernbundpolitik. Da werden Bauern am politischen Gängelbandl durch die Gegend geführt. Und ich habe es auch ein bißchen als komisch gefunden, wenn man weiß, daß seit 1945 die ÖVP hauptsächlich die Agrarpolitik macht – bis auf ein kurzes Zwischenspiel –, daß vom Bauernbundobmann bis zum EU-Kommissar Fischler in Brüssel alles in ÖVP-Hand ist, und, wie gesagt, ich habe es ein bißchen komisch gefunden, wie

ich dann sehe, daß der Herr Landesrat Pörtl vorne mit den Demonstranten mitmarschiert und demonstriert und voraus fortgeht. Gegen wen – die Frage stellt sich wirklich, – gegen wen hat er dort demonstriert? Gegen seine eigene Politik, gegen die Politik des Bauernbundes? Ein Landwirtschaftsminister Molterer ist gar nicht gekommen. 3000 Bauern, die in ihrer Not keine andere Möglichkeit haben, als auf die Straße zu gehen, haben ihn nicht gar so gereizt. Vielleicht hat er auch Angst gehabt, daß er Vorwürfe bekommt, oder vielleicht hat er keine Zeit gehabt, weil er ist ja schließlich immer schwer beschäftigt mit Medien, mit Beamten, ja, mit höheren politischen Sachen. Er hat halt sehr wenig Zeit für die Bauern. Für ihn ist Agrarpolitik eine Nebensache, für ihn sind Bauern einfach ein Sprungbrett für höhere Ämter. Und das ist ja nicht das erste Mal. Ganz gleich hat es auch der jetzige EU-Kommissar Fischler gemacht.

Auch die Kammer als Bauernvertretung war eigentlich sehr ruhig und hat sich sehr zurückgehalten bei dem Ganzen. Wenn ich mir anschau, wie andere Berufsvertretungen für ihre Sachen, für ihre Klientel eintreten, wenn ich da schau, die Ärzte oder die Lehrer, dann kann ich mir schon vorstellen, daß die Bauern zornig sind, und dann kann ich es auch verstehen, daß sie zornig sind. Und sie sind mit Recht zornig.

Der Bauer hat für sein Schweinefleisch – es ist heute schon angeklungen – 1953 10,50 Schilling bekommen. Der Konsument hat im Jahr 1953 für Schweinefleisch im Durchschnitt 24 Schilling bezahlt. Der Bauer heute, 1998 – 45 Jahre später – kriegt noch immer oder wieder 10,50 Schilling, nur, der Konsument zahlt im Durchschnitt am Grazer Markt 118 Schilling. Da liegen Welten dazwischen. Das sind Spannen – 1953 eine Spanne von 13,50 Schilling, und 1998 ist die Spanne auf 107,50 Schilling gestiegen. Da drängt sich für mich schon der Vergleich auf, und ich sehe da ein Bild vor mir – wie die Bauern demonstrieren, weil sie keinen Preis haben, wie der Wirtschaftsbund in der Mitte ist und kassiert und am anderen Ende der Konsument, der zahlt. Es ist jetzt gar nicht so der Wirtschaftsbund, den ich verteufeln möchte, weil es ist ja legitim, billig zu kaufen, wenn die Produkte da sind, wenn der Markt da ist, nur, wo bleibt da der Aufschrei vom Bauernbund? Warum läßt er immer wieder zu, daß die Interessen der Landwirtschaft der Wirtschaft untergeordnet werden? (Beifall bei der SPÖ.)

Wo, bitte, waren der Bauernbund und die Kammer beim Zusammenschluß der großen Handelsketten? Wo war da ein Aufschrei, weil jetzt auf einmal nur mehr drei oder vier den Preis für uns Bauern diktieren, weil sie uns abhängig machen – siehe das Beispiel Billa, wo über Nacht Verträge aufgekündigt worden sind, wo über Nacht kein Schweinefleisch mehr gekauft worden ist. Wir sind von denen abhängig. Da hat es vom Bauernbund keinen Aufschrei gegeben und auch nicht von der Kammer.

Ich glaube, es ist einfach unvereinbar, wenn die Interessen der Wirtschaft und die Interessen der Landwirtschaft (Abg. Tasch: „Das ist jetzt ein bißchen unfair, Monika, weil der Zusammenschluß der großen Handelsketten, der wird von den roten Bürgermeistern

permanent betrieben und von der Wirtschaftskammer permanent betrieben!“ – Glockenzeichen des Präsidenten.)

Lieber Kollege Tasch, du kannst dich sehr gerne nach mir zu Wort melden. (Abg. Tasch: „Ich wollte nur sagen, daß das nicht wahr ist!“)

Nur, es wird nie gut gehen, wenn die Interessen von Wirtschaftsbund und Bauernbund in einer Partei sind, weil diese Interessen werden sich immer widersprechen.

Das kann nicht gut gehen. Dort werden immer die Kleinen auf der Strecke bleiben, die kleinen Gewerbetreibenden genauso wie die kleinen Bauern. (Beifall bei der SPÖ.)

Der Bauernbund zeigt mit seinem Aufruf zur Demonstration, wie hilflos er den Problemen gegenübersteht, gleich hilflos wie die Kammer. Beide haben den Bauern nichts anzubieten. Sie haben keine Hoffnung anzubieten, sie haben keine Ideen anzubieten, und sie haben keine Konzepte anzubieten. Es ist nicht wirklich ein Konzept, wenn der ÖVP-Bauernbund jetzt verlangt, die Mineralölsteuer wieder einzuführen, die ihr abgeschafft habt im Jahre 1990 im vorausseilenden Gehorsam zur EU gegen unseren Willen. Wir haben damals gesagt, so etwas, was praktisch überhaupt keine Administration braucht, was den Bauern hilft, sollte man nicht abschaffen. Ihr habt gesagt, es wird durch die Fruchtfolgeförderung vollkommen ersetzt. Heute verlangt ihr es selbst wieder, weil ihr seht, daß das damals ein Blödsinn war. Es ist auch nicht unbedingt das beste Konzept, wenn man sagt, die Sozialversicherungsbeiträge für die Jungunternehmer sollen bezahlt werden. Das ist ein Problem vor sich herschieben. Die Jungübernehmer werden einmal die Sozialversicherungsbeiträge zahlen müssen. Das ist nur ein Hinausschieben. Es muß auch einmal erst in Einklang gebracht werden mit eurem ÖAAB. Ich habe das letzte Mal bei der Ausschusssitzung, als der Antrag gekommen ist, gesehen, wie Herr Kollege Purr bei Gott keine Begeisterung gezeigt hat, als ihr mit dem Vorschlag gekommen seid. Außerdem gibt es gerade in der Sozialversicherungsanstalt der Bauern, die auch von euch dominiert wird, genug Dinge, die zu ändern wären, wo die Änderungen den Bauern genauso helfen würden.

Ich darf dazu ein Beispiel nennen: Ich habe von einem Bauern, der zu mir gekommen ist, und das war erst vor ein paar Tagen, folgendes erfahren: Er hat ein Quartal lang seine Sozialversicherungsbeiträge nicht bezahlen können – aus wirtschaftlichen Gründen. Ich nehme an, es wird sehr vielen Bauern jetzt so gehen. Er hat die Sozialversicherungsbeiträge ein Quartal lang nicht bezahlt, und er hat Verzugszinsen in der Höhe von 700 Schilling bezahlt. Der Bauer ist aber gleichzeitig bei der Gewerbeversicherung versichert und hat auch dort das ein Quartal lang nicht bezahlt und hat dort 150 Schilling an Verzugszinsen bezahlt. Da frage ich mich, wenn die Sozialversicherungsanstalt der Bauern in den Händen der ÖVP ist, wie wäre es, wenn die Beiträge gestundet werden würden, ohne Verzugszinsen bezahlen zu müssen? Die Bauern zahlen ja nicht, weil sie jetzt gerade nicht wollen, sondern weil sie nicht können. Wäre das nicht auch ein Vorschlag, der den Bauern wirklich helfen würde? Oder wie wäre es mit unserem Vorschlag: Die

Sozialversicherungsbeiträge werden so berechnet, und da ist die Sozialversicherungsanstalt der Bauern die einzige Anstalt, die nicht nach einem tatsächlichen Einkommen die Beiträge kassiert, sondern nach einem willkürlichen – ich sage bewußt willkürlichen – eingezogenen Versicherungswert. Der Versicherungswert läuft so, daß der kleine Bauer prozentuell viel mehr an Beiträgen bezahlt als der große Bauer. Da hat man nämlich das genauso verkehrt nachgedreht. Wir wäre es, wenn man den Vorschlag einmal aufgreifen würde? Würde man da nicht den Bauern helfen? (Beifall bei der SPÖ.)

Nun dort, wo ihr etwas ändern könntet, seid ihr gar nicht bereit, irgend etwas anzugreifen, und es wird immer nur von den anderen verlangt. Herr Landesrat Pörtl hat bei den Versammlungen und auch über die Medien vorgerechnet, daß er den Bauern in der Steiermark 3,5 Milliarden Schilling gebracht hat. Jetzt ist das zum Teil richtig, weil nicht er es gebracht hat, sondern weil es den Bauern zusteht, weil die Bauern damit Unterstützung bekommen. Sie haben dafür Tausende von Seiten an Anträgen ausgefüllt und haben Hunderte von Auflagen erfüllt. Ich, Herr Landesrat, rechne dir heute vor, daß in den letzten Jahren Milliarden Schilling, die den Bauern als Budget angerechnet worden sind, verplempert worden sind, und ich sage bewußt verplempert, für Lagerbauten, für riesige Silobauten, für Molkereien, die alle gefördert wurden und heute zugesperrt haben und leerstehen, die niemand mehr braucht. Für die Schaffung und für die Erhaltung von Genossenschaften, die heute zum Teil ihren Zweck nicht mehr erfüllen, wo man neben den Genossenschaften Nebengenossenschaften und Gemeinschaften gründen muß, und die einen Haufen Geld gehabt haben. Man hat sicher damit viele „ÖVP-Gschäftluaba“ bezahlen können, so nach dem Motto: jeder Bauernbündler soll ein bezahltes Amterl haben. Trotz der Milliarden, trotz der Investitionen ist es in den ganzen Jahren nicht gelungen, ein marktfähiges Produkt hervorzubringen. Es ist nie gelungen. (Landesrat Dipl.-Ing. Paierl: „Was ist mit dem steirischen Wein?“) Das ist eine große Ausnahme. Die Weinbauern haben sich freigespielt. Jedes Produkt ist zutodeverwaltet worden und zu einem billigen Massenprodukt geworden, ob das jetzt Styria Beef ist, ob das Styria Breed ist, und wie sie alle heißen.

Die Bauern müssen strenge Auflagen einhalten und bekommen letztendlich für ihr Produkt nichts und haben einen ganz schlechten Preis. Ich denke beim Styria Beef daran, daß das Tier genau ein bestimmtes Gewicht haben muß. Alles, was darüber ist, muß der Bauer verschenken und bekommt dafür keinen Preis. Ich würde gerne sehen, wie die Herren, die solche Vorschriften machen, auf die Alm hinausgehen, um die Tiere abzuwiegen. Das würde ich gerne einmal sehen. Genau das ist jetzt mit den Schweinen passiert. Was bringt eine Erzeugergemeinschaft, wenn das Produkt keinen Markt und damit auch keinen Preis hat? Handelsketten, und ich habe es schon gesagt, die vom Wirtschaftsbund dominiert werden, kaufen dort ein, wo es am billigsten ist. Eure Schlachthöfe kaufen dort ein, wo es am billigsten ist. Die Franzosen, die Deutschen, die Dänen, die Niederländer, sie alle sind größer und sie alle produzieren zuviel – um 15 Prozent.

Jetzt kann man sich natürlich fragen, was sagt EU-Kommissär Fischler dazu? Was hört man jetzt von ihm? Wir haben gehört, daß EU-Kommissär Fischler gesagt hat, es sind um 15 Prozent zuviel, und der Markt soll sich selbst bereinigen. Das ist das, was Herr EU-Kommissär Fischler und ehemaligen Landwirtschaftsminister von Österreich dazu einfällt – der Markt soll sich selbst bereinigen. Das heißt, die Bauern sollen halt aufhören, und es wäre ihm am liebsten, wenn möglichst viele aufhören. Nur, so kann es nicht sein, und so darf es nicht sein. So geht man bitte mit einem Berufsstand nicht um. Meine sehr geehrten Damen und Herren, jetzt nur der Rußlandkrise und nur dem fehlenden Asienexporten die Schuld zu geben, das ist zum Teil richtig. Das ist mir aber zu billig und ist zum anderen Teil falsch. Es müssen die hausgemachten Probleme angesprochen werden. Die ständige „Loch-auf-Loch-zu-Methode“, wie die ÖVP die Agrarprobleme vor sich herschiebt, bringt nichts. Wer gerade schreit, bekommt ein paar Millionen, und damit hat man wieder eine Ruhe. Gestern waren es die Rinderbauern, heute sind es die Schweinebauern. Wen von den Bauern wird es morgen treffen?

Durch Förderungssysteme, wie sie bei uns laufen, je mehr Hektar, je mehr Stück ein Bauer hat, desto mehr Förderung bekommt er, hat man die Bauern in die Produktion getrieben. Durch Sonderinvestitionsprogramme wird der Produktionszwang nur noch verstärkt. Die Beratung hat den Bauern gesagt, du mußt größer werden. Auch das geht in eine falsche Richtung, weil den EU-Konkurrenzkampf, groß mit noch größer, werden wir nicht gewinnen. Natürlich wird der Finanzminister wieder einspringen, und natürlich wird Finanzlandesrat Ressel jetzt wieder helfen, wie er es immer tut, wenn die Bauern in Not sind, und natürlich werden wir und meine Fraktion jetzt Aufgaben übernehmen, die eigentlich von denen erledigt werden sollten, die gewählt und die dafür auch bezahlt worden sind. Wo ist die Interessenvertretung, die Konzepte liefern müßte und keine hat? Wir haben Konzepte, und diese schauen so aus, daß nicht die Produktion, sondern die Arbeit, der Arbeitsaufwand, gefördert werden soll. Nicht Stück und Hektar, sondern der Arbeitsplatz am Bauernhof soll ausschlaggebend für eine Förderung sein. Das kann ein Arbeitsplatz sein, das können zwei sein, je nachdem, was für eine Arbeit dort erledigt wird, wo der Betrieb eben steht und was für ein Arbeitsaufwand notwendig ist. Das wäre gerecht und wäre sozial. Es ist schon klar, daß ein Herr Esterhazy damit keine Freude haben wird, unter Umständen auch ein Herr Mayr-Melnhof nicht, wenn er für seinen Grund keine Förderung mehr kassieren kann. Nur, die Bauern, die auf ihrem Betrieb arbeiten und rackern draußen, denen wird es zugute kommen.

Der zweite Punkt: Nur Erzeugergemeinschaften, nur produzieren, ohne einen Markt dafür zu haben, das ist falsch. Solange wir Bauern immer nur billige Rohproduzenten sind, werden wir immer die Letzten in der Kalkulation sein. Was wir brauchen sind Verarbeitungsgemeinschaften in jeder nur möglichen Form. Dazu müssen wir aber auch Möglichkeiten bekommen. Die Gewerbeordnung, und ich habe es hier schon sehr oft verlangt, muß gelockert werden.

Die Gewerbeordnung schützt genau die, die uns brotlos machen. Und mit uns meine ich nicht nur die Bauern, da meine ich auch die kleinen Gewerbetreibenden. Die Gewerbeordnung schützt die vier bis fünf Handelsketten, die uns im Prinzip nichts abkaufen und uns den Preis diktieren. Innovative Bauern, und von diesen haben wir genug, wir haben Bauern mit Ideen, wir haben Bauern, die sich etwas trauen, die abseits von den eingefahrenen Produktionsgeleisen etwas produzieren wollen, denen müssen wir helfen, ob es durch Verfahrensvereinfachung ist, ob es jetzt dadurch ist, daß man Möglichkeiten unterstützt. Es gibt einfach zu viele Verbote, Gebote, Verordnungen, die denen im Weg stehen. Herr Landesrat Pörtl, ich weiß schon, daß die Bauern ein Gewerbe anmelden können, das ist mir schon klar. Ich weiß aber auch das, was dann nachkommt, zweimal Sozialversicherung zahlen, zweimal Kammerbeiträge zahlen. Es muß doch eine Möglichkeit geben, wo beide Kammern, beide Versicherungen in einer Hand sind. Er muß nicht in zwei Versicherungen einsteigen. Und da, Herr Landesrat Pörtl, hab ich schon oft hier über die Möglichkeit geredet, was passiert, wenn der Bauer eine einfache Buchhaltung machen würde, er hätte dadurch mehr Möglichkeiten, er könnte Investitionen abschreiben. Ich habe dich schon ein paarmal ersucht, Herr Landesrat Pörtl, darüber eine Studie in Auftrag zu geben. Es sind 3,5 Milliarden Schilling im Agrarbudget, da muß es doch möglich sein, für eine Investition in die Zukunft, für so eine Studie, ein Geld dafür locker zu machen. Ich glaube, es fehlt hier nur am Willen. Wir alle kennen die angespannte Lage am Arbeitsmarkt. Wir kennen auch die angespannte Lage in der Landwirtschaft. Wir haben viele Betriebe, die keinen Nachfolger haben, auf diesen Betrieben muß zur Zeit weiter gewirtschaftet werden, muß weiter produziert werden, obwohl wir mit diesen Produkten gar nicht wissen wohin, nur weil der Betriebsführer noch nicht im Pensionsalter ist. Warum gibt man diesen Menschen nicht die Möglichkeit, in Würde ihr Berufsleben zu beenden? Die EU bietet auch für die Landwirtschaft eine Vorruhestandsregelung an, nur Österreich nimmt die Möglichkeit nicht in Anspruch. Herr Landesrat Pörtl, ich ersuche dich um eine Antwort. Warum wird die Vorruhestandsregelung der EU nicht auch für die österreichischen Bauern angewendet? Und was mir noch komplett fehlt, das sind Projekte für die Jugend. Herr Landesrat Pörtl hat gesagt, die Landwirtschaftsschulen sind voll. Das stimmt. Aber wir wissen auch, daß die Schulen nur zu einem minimalen Prozentsatz Lohn ausbilden, daß die Schulen zum Großteil als Übergangshilfen genommen werden. Das heißt, Schüler, die noch keinen Lehrplatz haben, gerade bei Mädchen sagt man: „Gehst halt ein Jahr in die ländliche Hauswirtschaftsschule, bevor du auf der Straße stehst.“ Nur, die kommen raus aus den Schulen, und was passiert dann? Da fehlen mir Konzepte. Wir brauchen unbedingt Andockmöglichkeiten an die neue Offensive der Landesregierung. „Job 2000“ muß auch für die bäuerliche Jugend gelten, ich weiß, es bietet Möglichkeiten. (Beifall bei der SPÖ.)

Eine Frage an dich, Herr Landesrat Pörtl, hast du Projekte für die Jugend? Gibt es bereits Projekte? Ich ersuche dich um Antwort. Ich finde den Antrag von der FPÖ etwas komisch, weil er komplett gleich ist wie der

von der ÖVP, nur, wir gehen mit, damit der Antrag endlich einmal die Mehrheit bekommt, weil ich nehme an, die ÖVP wird ja wieder gegen ihren eigenen Antrag stimmen. Danke schön! (Beifall bei der SPÖ. – 17.15 Uhr.)

**Präsident:** Zu Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Alfred Prutsch, Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Alfred Prutsch (17.16 Uhr):** Herr Präsident! Geschätzte Damen und Herren!

Ich glaube, es wird niemanden in diesem Hohen Hause geben, der leugnen würde, daß es sicherlich eine triste Situation ist, in der sich unsere Bauern und im besonderen unsere Schweinebauern befinden. Und wir haben auch schon gehört, welche Wirkungen eben dieser große europäische Markt auch bei uns hier in der Steiermark hat. Aber ich möchte auf ein paar Dinge eingehen, die meine Vorredner hier am Rednerpult dargelegt haben. Und es ist soviel von Solidarität gesprochen worden. Es hat Kollegin Dietrich von Solidarität gesprochen, es hat Kollege Peinhaupt von Solidarität gesprochen. In der Wirklichkeit schaut es aber ganz anders aus. Gerade aus dieser Fraktion, die von Solidarität spricht, bemerkt man gerade in dieser schwierigen Situation, daß es keine Solidarität gibt von der freiheitlichen Fraktion, ob das im Bund oder im Land ist. Bei der BSE-Krise wurde zugunsten der Rinderbauern auf die degressive Ausgleichszahlung des Bundes und des Landes für die Schweinebauern verzichtet, hat immerhin 300 Millionen ausgemacht. In dieser schwierigen Situation, wo sich jetzt die Schweinebauern befinden, möchte man dieses Geld lukrieren, wobei auch das nicht ausschlaggebend sein wird auf diesen niedrigen Preis. Hier hat die freiheitliche Fraktion im Budget-Ausschuß gegen diese Maßnahme gestimmt. Ist das Solidarität, meine Damen und Herren? Meiner Meinung nach ist das keine Solidarität in dieser schwierigen Situation für unsere Bauern. (Beifall bei der ÖVP.)

Und ich bin ja fast zum Lachen gekommen, als der Agrarsprecher der Freiheitlichen Partei diesen Entschließungsantrag heute eingebracht hat, der fast wortwörtlich von unserem abgeschrieben worden ist (Abg. Ing. Peinhaupt: „Wo ist der Antrag?“), den wir unter Tagesordnungspunkt 40 zum Tierschutzbericht damals eingebracht haben und der dann irgendwo geschäftsordnungsmäßig nicht zur Abstimmung gekommen ist. Und heute wird hier dieser Antrag eingebracht, genau das gleiche: Mikroplasmaimpfung, grüner Diesel und, und, und. Also das ist keine Solidarität. (Abg. Schinnerl: „Wie gehts den Schweinebauern?“) Ich möchte auch, vielleicht kann ich aufklärend wirken, weil das zweimal angesprochen worden ist von der Kollegin Kaufmann, dieser Zwist oder Streit zwischen Billa, Rewe und der Styriabrid, und auch von der Kollegin Dietrich ist das angesprochen worden. Meine Damen und Herren, und einige Vorredner haben auch diese große Marktkonzentration angesprochen. Das ist natürlich auch eine Auswirkung auf diesen niedrigen Preis, der jetzt bei den Schweinen gerade vorherrscht, weil diese großen Konzentrationen und diese großen Anbieter auf dem Markt wirklich eben alle unter Druck setzen können. Und wenn Kollegin Kaufmann von der Erzeugergemeinschaft ge-

sprochen hat, daß diese auf dem Markt keine Wirkung hätte, diese Erzeugergemeinschaften sind bei uns in der Steiermark innerhalb der Styriabrid angesiedelt, wo immerhin 2700 Betriebe mitmachen und 50 Prozent der Schweineproduktion aus dieser Hand angeboten wird, weil ich glaube schon, daß man hier ein Marktregulativ hat für unseren Markt. Ich glaube, da kann man nicht so tun, daß dies nichts wäre, weil auch die Europäische Union gerade solche Erzeugergemeinschaften für die Zukunft vermehrt vorschlägt und auch fördert. Nur gemeinsam werden wir in Zukunft stärker auf dem Markt sein können, dann wird das auch irgendwo Auswirkungen auf diesen Markt haben. Zum Bauernparlament möchte ich festhalten – diese Diskussion in Deutsch Goritz mit unserem Landesrat Erich Pörtl und mit uns, die eben Verantwortung tragen, natürlich war sie hart. Aber wir sind bereit, daß wir uns in einer so schwierigen Situation der Diskussion unseren Bauern gegenüber treten getrauen. (Abg. Schinnerl: „Welche Konzepte habt ihr?“) Landesrat Erich Pörtl hat einiges als Agrarlandesrat gerade in der Vergangenheit leisten können. Wir wissen auch alle, wie schwierig es ist, wenn es um die finanziellen Mittel geht, wenn es um das Budget geht, das notwendig ist, daß man gewisse erleichternde Maßnahmen umsetzen kann. Ich glaube, hier ist er wirklich sehr stark unterwegs. Er bräuchte auch hier mehr Solidarität, auch von den anderen. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn die Freiheitlichen bis dato noch nie einem Budget in diesem Hohen Haus zugestimmt haben, auch nicht dem Agrarbudget, dann frage ich mich schon, was hier die wirkliche Politik von euch ist. Es kann nicht nur Populismus und Parteipolitik sein, weil das wird in der Zukunft überhaupt nicht gefragt sein. Davon bin ich fest überzeugt, meine sehr verehrten Damen und Herren!

Wenn diese Großmarktkette Billa, Rewe inseriert, 10 Prozent zählen wir bei Schweinen mehr für unsere Bauern, so ist das zu begrüßen. Man muß aber auch wissen, wie schwierig es war, daß man für diese Bauern überhaupt diese 10 Prozent bekommen hat, weil verschiedene Kriterien zu erfüllen waren. Das hat schätzungsweise 4,2 Millionen Schilling unseren Bauern mehr gebracht. Ich möchte einen Betrag nennen: Allein die Styriabrid wird in diesem Jahr einen Betrag von zirka 20 Millionen Schilling an Mehrerlös für Qualitätsprogramme ihren Mitgliedern bezahlen. Also 20 Millionen Schilling zahlt die Styriabrid für Qualitätsschweine mehr. Daher nochmals: Ich bin überzeugt, daß sich gerade die Erzeugergemeinschaften in der Zukunft verstärkt bilden müssen. Es kann nicht so sein, daß freiheitliche Funktionäre, wie Landeskammerrat Schellnegger, von Solidarität sprechen und nicht einmal dieser Organisation angehören. So kann es nicht sein, meine Damen und Herren. Wir können nur stärker werden, wenn wir zusammenhalten und wenn diese Erzeugergemeinschaften in Zukunft gestärkt werden. (Beifall bei der ÖVP. – 17.24 Uhr.)

**Präsident:** Als nächste Rednerin hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Zitz zu Wort gemeldet. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Mag. Zitz (17.24 Uhr):** Herr Präsident, sehr geehrte Regierungsmitglieder, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste!

Es werden sich jetzt einige von Ihnen denken, was sagt denn jetzt eine Grüne zu diesem Thema, wo ganz klar ist, daß die Grünen, was nitratverseuchte Gegenden in der Steiermark betrifft, die durch die Koppelung von Maisanbau und Schweinewirtschaft zustandekommen, immer sehr stark aufgetreten sind? Ich möchte jetzt einmal einige allgemeine Bemerkungen voranstellen und muß sagen, daß ich mich sehr gewundert habe, daß die SPÖ nicht bereit war, die Ausführungen von der Kollegin Kaufmann mehr mit Applaus zu unterstützen. Ich glaube, daß das, was sie gebracht hat, über weite Strecken tatsächlich in eine Richtung Landwirtschaftspolitik geht, die nachhaltig ist, in eine Richtung Landwirtschaftspolitik geht, die sozial verträglich ist, und in eine Richtung Landwirtschaftspolitik geht, die außerdem fragt, welche Art von agrarischer Produktion schafft es, Arbeitsplätze in Österreich und in der Steiermark zu sichern. Zwei Zahlen: Die Agrarstrukturhebung 1997 hält fest, daß in Österreich noch 252.000 Betriebe bestehen und in nur zwei Jahren, nämlich interessanterweise ab dem Jahr 1995, 11.400 Betriebe eingegangen sind. Das waren kleine Betriebe, das waren Betriebe, die es einfach nicht geschafft haben, die Art von Fördersystem, das ihnen aufgebürdet wurde, für sich zu nutzen, und das waren Betriebe, die sehr arbeitskräfteintensiv gewesen sind. Noch eine Zahl, die mich besonders gereizt hat: Wir haben recherchiert, wie die EU bestimmte Agrarsubventionen ausschüttet, und sind da auf eine sehr bedenkliche Zahl gekommen, nämlich die gezahlten Subventionen in Millionen Ecu für Obst und Gemüse innerhalb der EU. Da wird angegeben, wieviel Millionen Ecu die EU für die Vernichtung von Obst und Gemüse bereitstellt, also nicht nur für die Lagerhaltung, was der Kollege Peinhaupt und die Kollegin Kaufmann angesprochen haben, für die Exportbeihilfen, für diese klassischen Formen von Stützung, sondern für Rücknahmen inklusive Vernichtung. 1992 187 Millionen Ecu, 1995 460 Millionen Ecu. Ich glaube, wenn man sich das anschaut und gleichzeitig spiegelt mit dem Rückgang von agrarischen Betrieben, so sieht man, daß die ÖVP auf allen Ebenen das Copyright für eine völlig verfehlte Agrarpolitik hat, für eine völlig verfehlte Wirtschaftspolitik hat und eine völlig verfehlte Landwirtschaftspolitik hat.

Das Zweite: Landesrat Pörtl – er hat mich vorher überrascht und ist ein mächtiger Mann in der Regierung – hat gesagt, er beantwortet die Anfrage der Freiheitlichen so, daß er auf die Ausführungen von der Kollegin Dietrich inhaltlich nicht eingeht und nur die Fragen beantwortet. Das heißt, er ist nicht bereit, einen Zusammenhang zwischen seiner Machtposition als Agrarlandesrat und der strukturellen Fehlleistung, die die Schweinebauern derzeit in der Steiermark erleben, mit aller Kritik, die ich an bestimmten Produktionsformen hier habe, einen Zusammenhang zu sehen zwischen seiner landesrätlichen Agenda und dem Rückgang an Biobauern, die wir derzeit in der Steiermark haben. Er ist nicht bereit, darauf einzugehen, daß seine ÖVP zusammen mit der SPÖ Österreich in eine EU gelockt hat, die ganz bestimmten Betriebsformen und einem ganz bestimmten Wirtschaftsdenken Vor-

schub leistet – auf allen Ebenen. Noch ein Thema: Ich habe mir auch überlegt, welches inhaltliche Angebot können Grüne machen, wenn wir uns in diese Debatte einschalten. Ich habe mir dabei den 1997 erstmals erschienenen Lebensmittelbericht Österreich vom Landwirtschaftsministerium angeschaut. Da steht auf Seite 34: Es gibt eine deutliche Unterversorgung bei Biorindfleisch. Im Berichtsjahr wurden zirka 5000 Bioschweine direkt und zirka 1000 indirekt vermarktet. Auf Grund des geringen Angebotes ist der Preis für Bioschweinefleisch sehr hoch. Ich stelle deswegen den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zur Umstellung hin zu Bioschweinefleisch zu unterstützen. Wie schon gesagt die Kritik von uns lautet, daß das Fördersystem, für das die ÖVP das Copyright auf allen Ebenen hat, auf der Bürgermeisterebene in vielen steirischen Gemeinden, auf der Landesregierungsebene, auf der Bundesregierungsebene durch Molterer (und Bartenstein) und auf der EU-Ebene durch Fischler, die Bauern, die arbeitskräfteintensiv arbeiten und die ökologisch nachhaltig arbeiten, in eine schwere Krise geführt hat, in eine Überproduktionskrise, die die nächste ablöst, daß diese ÖVP bereit gewesen ist, Förderstrukturen zu schaffen, die in Richtung Monokulturen gehen, in Richtung Produktionseinstellung auf genau die Bereiche, die international leider Gottes nicht marktfähig sind, weil sowohl aus den USA als auch aus anderen Staaten hier entsprechend weitere überproduktionssteigernde Maßnahmen gesetzt werden. Und dieses Copyright ist zu durchbrechen. Es ist dadurch zu durchbrechen, daß einerseits Bauern, die anders wirtschaften wollen, massiv unterstützt werden, und es ist zweitens dadurch zu durchbrechen, Herr Landesrat, daß Sie bereit sind, die politische Verantwortung, für die Sie hier gewählt wurden und für die Sie übrigens von zwei Regierungsparteien in diesem Haus Anfang 1996 in dieses Amt gewählt wurden, endlich aufzunehmen. Ich ersuche die anderen Fraktionen im Landtag, unseren Antrag zur Umstellung in Richtung Bioschweinefleisch als eine Miniaturmaßnahme, die wir von grüner Seite forcieren wollen, anzunehmen. Danke schön! (17.31 Uhr.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Dipl.-Ing. Vesko das Wort.

**Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko (17.31 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident! Herr Landesrat! Meine Damen und Herren!

Ich möchte Sie nach dieser heftigen Debatte ein paar Jahre zurückführen in das Jahr 1993, in das Jahr 1994, wo es darum gegangen ist, die Situation der österreichischen Bauern im Zusammenhang mit einem allfälligen EU-Beitritt zu sehen. Und ich kann mich noch erinnern, mit welch wunderschönen Bildern man den Feinkostladen Österreich abgestellt hat. Die österreichische Landwirtschaft wird dem allen widerstehen, weil sie so hervorragende Produkte hat und weil sie sich so gut vermarkten kann und das, was uns wirklich der Markt an Schwierigkeiten bringt, wird man innerösterreichisch abfedern, und es wird uns nichts passieren, ganz im Gegenteil, wir gehen einer goldenen Zukunft entgegen. Und es war schon so weit, meine Damen und Herren, daß man solchen Veranstaltungen

nicht mehr beiwohnen konnte, weil man von den Visionen der Herren Landwirtschaftskammerfunktionäre allein beim Zuhören dick geworden ist, wie gut es unseren Bauern einmal gehen wird. Und sie haben alle Warnungen in den Wind geschlagen, und heute sind wir in der Situation, daß genau jene Dinge eintreten, vor denen wir immer gewarnt haben, und zwar mit der Brutalität eintreten, die kein Mensch erwartet hat. Kein Mensch hat das von den Funktionären der ÖVP erwartet, weil das ja eine Wichtigkeit war, die eine ganz andere Dimension gehabt hat. Und jetzt stehen wir da, und jetzt müssen wir uns überlegen, wie wir aus der Malaise, aus der Misere herauskommen. Und wenn ich mir die Bauernfunktionäre anhöre, vom Herrn Landesrat herunter über alle anderen Kammerfunktionäre, dann ist das – ich höre sehr gerne zu, obwohl es mir manchmal schwerfällt, aber nachdem ich mitten in der Gesellschaft drinnen sitze, kann ich auch nicht so rasch aufstehen und hinausgehen, aber ich höre es mir sehr sorgfältig an, weil es auch für mich wichtig ist, da ich aus einem Bereich komme, wo es ebenfalls Bauern gibt, die nicht zu den großen Hörndl- und nicht zu den großen Körndlbauern gehören, die sicherlich – und das gebe ich zu – die Liebkinder des Bauernbundes sind, denen man ja auch den Staubzucker in den Hintern bläst. Das ist keine Frage. Dort wird ja auch gut gearbeitet. Aber, meine Damen und Herren, das Entscheidende für mich ist heute, daß wir uns Gedanken machen darüber, was wir tun sollen. Und da kam der Vorwurf unseres Kollegen Prutsch, der gesagt hat, was habt ihr zu der Solidarität mit den Bauern beigetragen? Und jetzt werde ich dem Kollegen Prutsch einmal erklären, wie das System in der Steiermark funktioniert. Ich bin überzeugt davon, daß es viele andere Bundesländer gibt, wo die ÖVP-dominierte Bauernkammer und alles, was dazugehört, in dem Landtag nach demselben Prinzip arbeitet. Eine Fraktion, die nicht ÖVP heißt, bringt einen Antrag im Landtag ein, um in irgendeinem Bereich für die Landwirtschaft etwas zu erreichen. Nicht, daß man sagt, das ist ein Blödsinn und so weiter, nichts, gar nichts, der Antrag verschwindet auf mehrere Monate, um nicht zu sagen Jahre in den Kernenaten des Herrn Landesrates für Landwirtschaft oder vielleicht ist es woanders eine Landesrätin, ich weiß es nicht, und taucht nicht mehr auf. Irgendwann einmal dazwischen drinnen, nachdem, was in den Kammerversammlungen irgendwo abgesichert ist, sieht man allerdings – und das ist wieder das Positive daran –, daß doch die Dinge, die wir eigentlich wollen, dann auch umgesetzt werden. Das ist das Interessante daran. Und ich muß dazu sagen, die Frau Kollegin Kaufmann hat das gerade vorher bestätigt und die Frau Kollegin Zitz und andere Fraktionen werden mir recht geben, die machen dieselben Erfahrungen. Ihr betreibt hier brutale Parteipolitik auf dem Rücken der bäuerlichen Bevölkerung. Diese Klientel, die ihr da hier oft mit Füßen tretet, das sage ich auch dazu, diese Klientel ist einmal bereit aufzustehen. Aufzustehen und zu sagen, wir können uns das nicht mehr gefallen lassen. Und das ist in vielen Bereichen der Fall, nicht nur bei den Schweinebauern. Das haben wir auch bei anderen erlebt. (Abg. Majcen: „Noch ein bißchen aufhetzen!“) Ich will nicht aufhetzen, ich sage nur, wie die Realität ist. Und dann kommen diese Maßnahmen, und dann kommen diese Bauern und beschweren sich und versuchen, aus ihrer

Misere herauszufinden. Und dann stellt man sich an die Spitze der Bewegung und sagt, selbstverständlich, wir werden alles tun. Und schuld sind die anderen, und der Herr Landesrat zieht ein Gespräch aus dem Jahre 1988 raus, weil ihm nichts Gescheiteres einfällt. (Landesrat Pörtl: „Auf die Vorwürfe des Herrn Kollegen!“) Ich höre! Auf die Vorwürfe des Herrn Kollegen. Die Vorwürfe, die hier niedergebracht werden, sind ein klares Versagen der Landwirtschaftspolitik in Österreich und in der Steiermark, Herr Landesrat. Und jetzt sage ich euch auch, warum wir in manchen Bereichen dem Landwirtschaftsbudget nicht zustimmen. Wenn ihr euch einmal anschaut, was der Herr Landesrat alles nicht budgetiert, von dem er draußen herumrennt und erzählt, daß es gemacht wird, dann müßte ich allein aus diesem Grunde das Budget ablehnen. Nur, es ist nicht das Entscheidende. Wir haben das Budget nicht zu Fall gebracht. Ihr habt mit eurem Budget operieren können wie ihr wollen habt, nur zusammengebracht habt ihr nichts, werte Herren Bauernfunktionäre. In Wahrheit ist es so. Wir müssen, wenn wir wollen, daß diese bäuerliche Bevölkerung nicht zu Schäden kommt, dann müssen wir etwas tun. Und da ist es nicht damit abgetan, daß ich dann sage, wenn sie sich auf den Fuß getreten fühlen, dann sage ich, ich stelle mich vorne in der Mitte hinein, sondern dann muß ich etwas tun. Und hier sind klare, konkrete Vorschläge durch den Kollegen Peinhaupt eingebracht worden, was man dazu tun kann. Und jetzt möchte ich gerne wissen, ob der Herr Landesrat bereit ist, diese Maßnahmen plus all die vielen guten Ideen, die er sagt zu haben, einzubringen und diesem Bevölkerungsstand, den Bauern, zu helfen. Wenn das der Fall ist, dann haben wir eine Solidarität. Wenn ihr wieder herumgeht und mit lustigen Scherzen, wie es der Herr Landesrat in seiner blumenreichen Sprache, die ich bewundere, das muß ich dazusagen, auch seine Wortbildungen zollen tiefen Respekt, und ich kann auch gerne einmal lachen darüber, nur, da hier geht es um etwas anderes, hier geht es um die Bekämpfung eines Problems. Und das nächste Problem steht schon vor der Tür. Gott sei Dank werden auch unsere Bauern schlauer und lassen sich nimmer wieder mit dem Rudel einfangen und glauben nicht immer euren Versprechungen. Wir müssen einmal den Bauern soweit helfen, daß sie auch von sich aus mit ihrer Leistung und der Arbeit, die sie leisten, ein Auskommen haben und auch nicht schließlich immer wieder an der Fördernadel hängen und sonst nicht überleben können, und bei jedem kleinsten Wind, der bläst, kommt ein Berufsstand in Schwierigkeiten. Das kann auf die Dauer nicht funktionieren und wird auch nicht funktionieren. Und da gibt es eine Solidarität. Da kann es eine Solidarität geben zwischen allen Fraktionen, denn was die Frau Kollegin Kaufmann gesagt hat, ist im Prinzip genau dasselbe, und sie sagt, wir sind gerne bereit mitzutun. Aber es muß auf einer Basis stattfinden, auf der man auch etwas gemeinsam erledigen kann und nicht immer alle mit dem Rücken zur Wand stehen, damit sie kein Hackel ins Kreuz bekommen. Noch einmal: Wenn wir wollen, daß den Bauern kurzfristig geholfen wird, dann sind zwei Maßnahmen zu setzen: Erstens ist dafür zu sorgen, daß die Absatzchancen unserer Bauernschaft steigen: Hier hat Kollege Peinhaupt einen guten Vorschlag eingebracht, den auch andere durchaus übernehmen können, und wir sind gerne be-

reit, den Urheberanspruch abzugehen, wenn damit erreicht wird, daß es auch zustande kommt, und in weiterer Folge müssen wir uns überlegen, wie wir von Anfang an diese Probleme verhindern, und nicht erst allen sagen, wunderbar, es wird euch nichts passieren. Die Realität – und wie habt ihr gesagt – die Wirkungen des Marktes in Europa haben uns erdrückt. Natürlich haben sie euch erdrückt, aber zu sagen, daß ihr nicht gewußt habt, daß diese Wirkungen kommen, das wäre Blasphemie. Also schauen wir, daß wir mit diesen Maßnahmen, die hier sind, und durchaus Maßnahmen, die der Herr Landesrat Pörtl noch hat, den Schweinebauern helfen können, und schauen wir auch, daß wir in Zukunft diese Dinge von vornherein verhindern können, und versteckt euch nicht immer hinter parteipolitischen Argumenten, sondern kommt heraus und schauen wir, daß wir etwas tun. Glück auf! (Beifall bei der FPÖ. – 17.41 Uhr.)

**Präsident:** Zur Wort gemeldet hat sich der Herr Abgeordnete Rieser. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Rieser (17.41 Uhr):** Sehr geehrter Herr Präsident, Frau Landeshauptmann, sehr verehrte Mitglieder der Landesregierung, Hohes Haus!

Diese Diskussion ist schon sehr bemerkenswert. Ich möchte zuerst einmal auf die Frau Kollegin Kaufmann eingehen. Seit 28 Jahren haben wir in Österreich eine sozialdemokratische Finanzpolitik. Seit 28 Jahren haben wir eine sozialdemokratische Steuerpolitik, eine Ausgabenpolitik, eine Förderungspolitik, eine Verteilungspolitik, und seit 28 Jahren haben wir auch eine sozialdemokratische Budgetpolitik in diesem Bund.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! 1982 hat die Marktordnung die Gültigkeit gehabt. Es war damals ganz berechtigt, daß die Bauern nach Wien gegangen sind und dort beim Landwirtschaftsminister Haiden demonstriert haben. Wenn der Preis gut war, hat er die Schleusen aufgemacht, damit Fleisch nach Österreich hereingekommen ist, damit hier in Österreich unsere Produzenten den Preis verloren haben. 1998, lieber Herr Kollege Gennaro, und zwar am vergangenen Freitag, ist es darum gegangen, daß wir der Öffentlichkeit, den Bürgern dieses Landes sagen wollten, daß wir in einer sehr schwierigen Phase sind. Lieber Kollege Peinhaupt, du hast vorhin das Angebot gemacht, gemeinsam für die Landwirtschaft etwas zu tun, und Präsident Vesko hat uns auch aufgefordert. Eine Frage seit ihr uns schuldig, nämlich, was war in diesem Budget-Ausschuß am 17. November, wo deine Fraktion und die Liberalen gegen die Stimmen der Regierungsparteien gestimmt haben. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Bei was?“) Dort ist es um die 150 Millionen Schilling zur Behebung der Schweinekrise gegangen. Damit hätten auch, wenn sich nicht die Regierungsparteien durchgesetzt hätten, die Länder die 150 Millionen Schilling nicht bezahlen müssen, weil das ja junktimiert ist. Und gerade eure Fraktion, die so groß für die Schweinebauern auftritt, und ihr habt es ja auch überall versprochen, hat im Budget-Ausschuß dagegengestimmt. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Was war denn am 12. November?“) Am 17. November war diese Budget-Ausschußsitzung, und ihr habt dort dagegengestimmt. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Am 12. November wurde ein Antrag gestellt!“) Herbert, in

diesem Gesetz waren natürlich auch die 30 Millionen Schilling für die Rindermäster mit drinnen. Es waren auch die 80 Millionen Schilling drinnen, meine sehr verehrten Damen und Herren, die für die Frostschadenbekämpfung flüssiggestellt werden müssen. Ich glaube und ich bin der Auffassung, daß wir nicht predigen sollen, sondern gerade auch eure Fraktion sollte den Kollegen in Wien auf die Finger klopfen. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 17.45 Uhr.)

**Präsident:** Als nächster Redner hat sich der Herr Abgeordnete Huber gemeldet. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Huber (17.45 Uhr):** Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren!

Unter dem Motto „lang ist es her“: Die Bauern in Österreich waren einmal das Rückgrat der ÖVP und vor langer Zeit auch eventuell umgekehrt, die ÖVP der Bauern. Die Bauern haben zwar noch ein Rückgrat, auch wenn sich inzwischen sehr viele von der ÖVP abgewendet haben, nur das Rückgrat der ÖVP können wir heute nicht mehr feststellen. Schlagworte, wie ökosozialer Weg, Herr Abgeordneter Purr, ökologisch vielleicht einige Ansätze, sozial, die ganze Förderpolitik in der Landwirtschaft – komplett vorbei. Das beinhaltet überhaupt nichts Soziales, und ihr wart nie bereit, auf unsere Forderungen einzugehen. Herr Abgeordneter Rieser, es sind keine 28 Jahre her, aber doch schon eine sehr lange Zeit, da hat es noch einen SPÖ-Landwirtschaftsminister gegeben, nicht nur die Demonstration in Wien. Damals haben die Bauernbundfunktionäre bei ihren Versammlungen groß geschrien, wir hätten das Konzept im Tischladl, nur zu lassen müßt uns. Ich weiß nicht, anscheinend habt ihr den Schlüssel verloren, denn seit damals ist es in der Agrarpolitik nur mehr bergab gegangen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Die Wirtschaft hat sich in allen Belangen bei den Interessen gegenüber den Bauern durchgesetzt. Die ÖVP hat immer wieder – leider muß ich sagen – stärker die Wirtschaft unterstützt als die Bauern, ob das die Gewerbeordnung war und, und, und. Oder, wo war die ÖVP bei den Stilllegungen der Molkereien, bei den Zusammenschlüssen der großen Handelsketten? Heute bestimmen drei Handelsketten in Österreich den Markt und den Preis. Die Agrarpolitik in Österreich gestaltet nicht mehr, sie reagiert nur mehr, und das zu langsam und meistens leider falsch. Das nächste: Entsendung Landwirtschaftsminister Fischler zum EU-Agrarkommissär nach Brüssel – die große Hoffnung, die große österreichische Hoffnung. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wie geschieht es denn, unsere Lebensmittel Tausende von Kilometern durch Europa zu transportieren? Wie geschieht ist das, wenn es bei uns wächst, wenn es bei uns gezüchtet wird und wahrscheinlich eine bessere Qualität hat? Ich will jetzt gar nicht mehr vom Feinkostladen anfangen, der propagiert worden ist. Was haben wir wirklich erreicht? Wo sind die Preise, was passiert in der EU? Ich glaube, der Druck nach Europa muß stärker werden. Wir brauchen Regelmechanismen, damit nicht alles quer durch Europa transportiert wird, die Qualität darunter leidet. Die Fracht ist leider zu billig, denn der Transport kostet ja nichts. Und so haben wir auch aus Holland

Fleisch bei uns in Österreich. Es ist auch schon einige Zeit her, aber noch nicht so lange, wo in den Landwirtschaftlichen Mitteilungen auch unsere Frau Landeshauptmann mit Foto abgebildet war, und dabei stand, sie setzt sich für die Bauern ein. Ich wäre wirklich froh, wenn ich heute sagen könnte, daß Sie etwas gemacht haben, und unsere Bauern haben spürbar etwas gemerkt davon. Das vermissen ich bisher, und aus dem Grund hoffe ich auch, daß Sie nicht die Patenschaft für die Bauern übernehmen. Danke! (Beifall bei der SPÖ. – 17.49 Uhr.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten List das Wort.

**Abg. List (17.50 Uhr):** Herr Präsident, Frau Landeshauptfrau, Frau Landesrat, sehr geehrter Herr Landesrat Erich Pörtl!

Ich werde mich bemühen, vorsichtig formulieren und nicht hetzen, ausschließlich jene Worte verwenden, die beim Aufschrei der Bauern verwendet wurden. Ich werde heute auch keine Show abziehen, denn der Showmaster bist sicherlich du, Herr Landesrat. Zurück jetzt zum traurigen Thema: Die Schweinekrise hat betroffene Bauern letzten Freitag nach Graz getrieben. Obwohl nicht unmittelbar betroffen, bin ich heute hier, weil ich den Aufmarsch und die Demonstration am Hauptplatz interessiert verfolgt habe. Herr Klubobmann Schützenhöfer, du hast gesagt, sehr intensiv. Natürlich habe ich sehr intensiv und begeistert mit Aufmerksamkeit diese Sache verfolgt. Und ich mußte dort folgende Stimmungslage, folgendes Szenario feststellen: Ein Kompliment an Sie von der ÖVP. Der Schweigemarsch durch die Innenstadt war wirklich ein organisatorischer Erfolg vom ÖVP-Bauernbund. Es ist schon lange her, die Volkspartei kann sich wahrscheinlich nicht mehr daran erinnern, daß sie so viele Getreuen auf einem öffentlichen Platz zusammengetrommelt hat.

Außer sich dort am letzten Freitag am Hauptplatz den eigenen Unmut abzureagieren, dürfte diese gesamte Versammlung sehr, sehr wenig gebracht haben für die einzelnen Teilnehmer. Aber auf zahlreichen Transparenten haben die betroffenen Schweinezüchter sehr massiv ihren Unmut und ihre Existenzängste dargestellt. So konnten wir alle, die dort anwesend waren, vielleicht auch der Kollege Prutsch kann sich noch erinnern, Kollege Riebenbauer, Kinsky und wie sie alle heißen, auch der Klubobmann Schützenhöfer, lesen: Heute Billigmilch, morgen keine Milch. Oder die Bauern: Wir haben keine Geduld mehr. Und „Preise im Keller – Bauern sterben schneller.“ Alles, geschätzte Damen und Herren dieses Hauses, sehr aussagekräftige und auch vollberechtigte Argumente und Fakten, von denen wir Freiheitliche bereits vor dem Beitritt zur Europäischen Union sehr eindringlich gewarnt haben. Unsere Warnungen damals vor den möglichen negativen Folgen für die heimische Landwirtschaft wurden massivst von den Sozialdemokraten und der Volkspartei bekämpft. Es gäbe nur Vorteile für die Landwirtschaft in der Europäischen Union, unsere Bauern fühlen sich dort sicherlich wohl, heute muß ich sagen, so wohl, daß sie auf die Straße gehen und demonstrieren müssen. Leider, für uns alle haben sich unsere Befürchtungen,

der Arbeitsplatz Bauernhof ist entscheidend gefährdet, bewahrt. Geschätzte Damen und Herren, in den Demonstrationsbeiträgen habe ich aber einiges vermisst. Unter anderem vorerst einmal, gegen wen wird hier eigentlich demonstriert, gegen wen sollte demonstriert werden? Wer trägt die Schuld an der Schweinemisere? Jetzt schimpfen die verantwortlichen Bauernvertreter, an der Spitze du, Herr Landesrat Erich Pörtl, als Bauernbundobmann, Wladkowsky und Kowald, und wie alle die Herren heißen, vom Traktoranhänger aus am Hauptplatz über die Europäische Union. Diese sei doch schuld am Verfall des Schweinpreises in Österreich. Wir Freiheitliche sagen dazu, verantwortlich und schuld für die besorgniserregende Situation bei den Schweinebauern sind alle die, die am Anhänger den Protest führten. Und das sind die Verantwortlichen in der ÖVP. Sie alle sind es, und auch damals die Sozialdemokraten, die den österreichischen Bauern an die Europäische Union ohne Wenn und Aber verkauft haben. Der Beitritt zur Europäischen Union wurde vollzogen, ohne entsprechende Konditionen für die heimische Landwirtschaft auszuverhandeln. Das war falsch. Hoffentlich, geschätzte Damen und Herren, bemerken es auch die Bauern und beantworten den Fragebogen des Bauernbundes entsprechend und schicken ihre Mitgliedskarten zurück. Die zu erwartenden Nachteile haben uns sehr rasch eingeholt, bedauerlicherweise und leider. Bei dieser Versammlung – und jetzt geht es ums Eingemachte, um die Gefühle der Menschen und der Bauern, die dort demonstriert haben – hat ein interessierter Beobachter festgestellt, hier demonstriert doch der Bauernbund gegen sich selbst. Schuld am Desaster sind doch die Vertreter und die Kämmerer. Sie haben uns der Europäischen Union ausgeliefert. Ungefähr ähnlich waren seine Worte. Ich kann nur sagen mitten drinnen, vollkommen richtig erkannt. Deshalb – geschätzte Damen und Herren – war auch echt spärlich dein Auftrittsapplaus, Herr Landesrat Erich Pörtl, du hast dort gesagt vom Traktoranhänger: Aus Überzeugung für den Arbeitsplatz in der ländlichen Region werde ich mich einsetzen. Das glauben dir nur mehr die wenigsten deiner Getreuen. Auch das Ablenkungsmanöver auf dem Wagen, die heimische Wirtschaft jetzt zur Verantwortung zu ziehen und auf diese die Verantwortung abzuwälzen und dabei Druck zu machen, dürfte gescheitert sein. Die Solidarität der Schuldigen mit den Geschädigten, Kollege Prutsch, war äußerst schwach. Die Inszenierung, Herr Landesrat, war kein großer Erfolg, das bestätigte auch die Unruhe unter den Demonstranten. So hat beispielsweise ein Bauer kurz mit eurem LandesparteiSekretär Dr. Lopátka diskutiert, nachdem er ihn bemerkte. Ich weiß nicht, ob es an dir vorübergegangen ist. Vielleicht bist du schon so engstirnig und siehst das gar nicht mehr, was die Bauern draußen betrifft. Auf alle Fälle hat er festgestellt, daß ihr LandesparteiSekretär auch unter den Anwesenden war. Das Gespräch verlief ungefähr so oder ähnlich: „Sie sind ja der Herr Lopátka von der ÖVP?“ Mühevoll, schweren Herzens hat sich der Herr LandesparteiSekretär zu erkennen gegeben: „Ja.“ Dann sagt der Betroffene: „Seit 1945, dem Krieg, vertritt uns doch die ÖVP. So schlecht wie heute ist es uns noch nie gegangen. Es ist eh schon alles Wurscht, wir haben keine Chance mehr.“ Und dazu gestikuliert der Bauer bittend und hilflos.

Ich als Abgeordneter dieses Hauses mußte feststellen, daß es dem Herrn LandesparteiSekretär sehr unangenehm war. Die Situation war ihm peinlich, logisch auch seine Handlung, sich in der Anonymität davonzuschleichen. Tragisch jetzt für einen Vertreter der heimischen Landwirtschaft, für einen Abgeordneten der Volkspartei, als Interessevertreter der Bauern für die Existenzängste der Bauern mitverantwortlich zu sein. Weitere kurze Gespräche, geschätzte Damen und Herren, mit den betroffenen Bauern spiegelten echte Existenzängste wider. Ein Tropfen hier auf dem heißen Stein dürfte die kurzfristige Hilfestellung, die zugesagten 300 Millionen vom Bund für eine Förderung der Schweinebauern, sein. Gleichzeitig sollen 100.000 Tonnen für die Ausfuhr nach Rußland bestimmt sein. Vielleicht kann der Herr Landesrat dazu einiges mehr sagen. Ich frage den Herrn Landesrat, wie diese Ausfuhr überhaupt finanziert werden soll? Vermutlich ebenfalls aus den landwirtschaftlichen Mitteln, weil im Rahmen des Budgets keine Zusatzmittel für diese Aktion vorhanden sind. Damit, geschätzte Damen und Herren, werden wieder Gelder den Bauern weggenommen. Sollte das nicht der Fall sein, Herr Landesrat, wirst du mich sicherlich anschließend korrigieren.

Geschätzte Damen und Herren dieses Hauses, ich stelle fest, während dieser Veranstaltung, daß eigentlich der proklamierte und gedrohte Aufstand der Schweinebauern auf begrenztes Verständnis in Brüssel stößt. Die Solidarität Brüssels mit den krisengeschüttelten landwirtschaftlichen Betrieben ist mehr als gering. Die Lage auf dem Schweinmarkt ist so dramatisch, daß sogar unorthodoxe Forderungen Hochkonjunktur haben, wie aus einem Artikel einer heutigen Tageszeitung zu entnehmen war. So verlangen etwa die Spanier EU-Subventionen für die Tötung neugeborener Ferkel. Das ist eigentlich ein Wahnsinn oder ein Skandal, ich muß das hier feststellen. Unsere Bauern sind auf Gedeih und Verderb der Europäischen Union ausgeliefert. Keine langfristigen Konzepte für die Schweinproduktion sind in Sicht. Sollte das etwa gleich der letzte Aufschrei der Bauern sein oder der Todesstoß für die Schweinproduzenten in der Steiermark? Geschätzte Damen und Herren, Sie von der Volkspartei haben bereits Ihre, unsere Schweinebauern ans Messer geliefert. Mehrmals wurden ihre verantwortlichen Vertreter dafür aber auch ausgepiffen und niedergebrüllt. Ich weiß, daß du, Herr Landesrat, vor kurzem das in Deutsch Goritz im Bezirk Radkersburg miterlebt hast. Aber ich glaube, am Hauptplatz wurde das wirklich versäumt. Hier wäre es angebracht gewesen, das noch einmal zu tun. Die Ursache glaube ich auch zu kennen. Vermutlich wurde hier bereits das Requiem zelebriert für die steirischen Bauern. Nicht zutreffender, geschätzte Damen und Herren, könnte ein Transparent sein, das mir besonders aufgefallen ist, das lautete nämlich: „Stirbt der Bauer, stirbt das Land.“ Ich als freiheitlicher Mandatar ergänze dieses Transparent folgend: „Verantwortlich, geschätzte Damen und Herren, dafür sind die Befürworter der Europäischen Union in den Reihen von SPÖ und ÖVP, die gleichzeitig eine rasche Osterweiterung fordern und damit zum Totengräber der steirischen Schweinebauern werden.“ (Beifall bei der FPÖ – 18.00 Uhr.)

**Präsident:** Als nächstem Redner erteile ich dem Herrn Abgeordneten Schützenhöfer das Wort.

**Abg. Schützenhöfer (18.00 Uhr):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Es ist möglicherweise ungewöhnlich, daß ich mich zu diesem Tagesordnungspunkt kurz melde. Aber ich tue es, weil viele bäuerliche Familien in diesem Land im Existenzkampf stehen. Und, meine Damen und Herren, was sich hier in den letzten eineinhalb Stunden insbesondere von der FPÖ abgespielt hat, ist eine Polemik auf dem Rücken der Bauern, die wir nicht so zur Kenntnis nehmen. (Beifall bei der ÖVP.)

Sie und auch die sogenannte Landesbäuerin der SPÖ werden nicht müde, so zu tun, als sei der hiesige Agrarlandesrat für die Schweinepreise und für weiß was ich sonst noch welche Preise verantwortlich. (Abg. Mag. Bleckmann: „Wer ist denn dann verantwortlich?“) Ich sage Ihnen eines (Abg. Mag. Bleckmann: „Wer ist es dann?“), und da können Sie in Ihren Reihen schreien wie Sie wollen, es gibt in ganz Österreich keinen Agrarlandesrat, der Tag und Nacht für die Existenzen der Bauern so kämpft wie Erich Pörtl. (Beifall bei der ÖVP. - Abg. Ing. Peinhaupt: „In Vorarlberg haben sie einen ganz guten Landesrat!“) Nehmen Sie das zur Kenntnis. Er hat es zustandegebracht, daß wir nun schon etliche Jahre zum Beispiel einen Milchzuschuß seitens des Landes gewähren. Das war gar nicht umstritten, in allen möglichen Fraktionen. Er hat es zustandegebracht, daß wir gerade in der Regierungssitzung am Montag einen erheblichen Beitrag zur Sicherung der Schweinebauern seitens des Landes mit Hilfe der Landesregierung, des Finanzreferenten und der Frau Landeshauptmann leisten konnten. Das ist nicht alles, aber das ist sehr viel, was hier geschieht. Ich lasse es einfach nicht zu, daß wir in einer Situation, von der wir sagen müssen, meine Damen und Herren, und ich weiß sehr genau, wovon ich hier spreche, daß keine andere Berufsgruppe, umwen es immer gehen würde, es sich gefallen lassen würde, einen derartigen Einkommensverlust, wie ihn jetzt die Schweinebauern und insbesondere die kleinen Schweinebauern zur Kenntnis nehmen müssen, nichts anderes tun, als polemische Schuldzuweisungen an den Agrarlandesrat und insbesondere an die Volkspartei. Das ist unstatthaft, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP. - Abg. Mag. Bleckmann: „Gegen wen demonstriert ihr dann?“) Frau Kollegin Bleckmann, ich hätte persönlich ein Erlebnis mit einem Abgeordneten der SPÖ, ich nenne ihn nicht, ich schätze ihn, der einmal hier gesagt hat (Abg. Mag. Bleckmann: „Ihr gebt ja nicht einmal eine Antwort!“): Wenn sozusagen der ÖAAB oder die FCG im ÖGB die Mehrheit hätten, dann wäre das der Totengräber für die Gewerkschaftsbewegung. Er hat sich entschuldigt, ist vorbei. Aber es ist heute von hier aus vom letzten Redner das Wort Totengräber wieder gefallen, und es ist das Wort Alzheimer gefallen. Was bilden Sie sich denn ein, meine Damen und Herren? (Beifall bei der ÖVP.)

Wo sind wir denn? Mit all Ihrer Polemik, die Sie in den letzten Jahren und Jahrzehnten aufgeführt haben, haben Sie es nicht zustandegebracht, den Bauernstand zu spalten. Das tut Ihnen ja weh, daß Sie als Zaungast zur Kenntnis nehmen müssen, daß die Kampfslust da

ist, wenn es um die Existenz geht, und daß die Bauern in der Volkspartei ihre Heimat haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich sage Ihnen, diese Volkspartei ist keine Klassenkampfpartei, und wir werden weiterhin die Schutzmacht für die Bauern sein, und wir werden weiterhin für den kleinen Mann kämpfen im Sinne der sozialen Gerechtigkeit. Deswegen sage ich Ihnen, das, was wir für die Schweinebauern zustandegebracht haben, das, was wir für die Milchbauern zustandegebracht haben, das, was wir jetzt für die Hofübernehmer im Sinne des Antrages, einen bestimmten Beitrag zur Sozialversicherung zu leisten, wenn Sie mittun, zustandebringen werden, ist ein erheblicher Beitrag des Landes, und dafür danke ich der Landesregierung, und dafür sind auch wir in den Beschlüssen zuständig, den wir für die Bauern leisten. Wir können stolz sein darauf. (Beifall bei der ÖVP.)

Das ist der eine Punkt. Der zweite Punkt, meine Damen und Herren: Wir wissen, daß all diese Bemühungen nur ein bißchen mehr als ein Tropfen auf den heißen Stein sind. Das wissen wir schon. Aber seien wir uns doch einig, meine Damen und Herren, daß es gerade in dieser Situation darum geht, daß wir nicht sagen, es war falsch, der EU beizutreten, daß wir nicht sagen, die EU-Osterweiterung kommt nicht in Frage, sondern daß wir sagen, wir wissen, daß es Strukturanpassungen gegeben hat, die schmerzlich sein werden, gerade für die Bauern (Abg. Mag. Bleckmann: „Wir wissen, daß die ÖVP daran schuld ist!“), gerade auch für die Arbeitnehmer. (Abg. Mag. Bleckmann: „Wir werden es den Bauern sagen!“) Wir sagen daher, es führt zwar kein Weg daran vorbei, daß es auf Sicht die EU-Osterweiterung geben wird und geben muß, und da debattieren wir ja gar nicht, meine Damen und Herren, denn das ist ja selbstverständlich. Aber wir reden darüber, wann das ist, wir reden darüber, welche Übergangs- und Absicherungsmaßnahmen es geben soll.

Und gerade deswegen hat die Bundesregierung in einem Memorandum, das Frau Landeshauptmann Klasnic zur Debatte gestellt hat, verlangt, besondere Maßnahmen in Höhe von jährlich 2 bis 4 Milliarden für die grenznahen Regionen. Ja, meine Damen und Herren, das alles sind Maßnahmen, die wir gesetzt haben und wo Sie sich dann irgendwo auf den Zug draufgesetzt haben, damit Sie auch irgendwie dabei sind. Das ist doch die Wahrheit. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich sage Ihnen daher, EU-Osterweiterung ja, aber die Übergangsbestimmungen für die Landwirtschaft, für die grenznahen Regionen, für die Arbeitnehmer müssen zeitlich so festgelegt werden, daß es dem Osten ermöglicht wird, sich an das Niveau des Westens heranzutasten, denn das Ziel kann insgesamt nur sein, daß das Niveau des Ostens an das des Westens letztlich herankommt, und nicht umgekehrt, denn das würde zu Kaufkraftverlusten führen, und das wissen wir alle, die niemandem, auch der Wirtschaft nicht, nützen würde und daher nur schaden würde, aber ein klares Ja weiterhin dazu, daß wir die Bauernschaft, meine Damen und Herren, in dieser für sie bedrohenden Zeit nicht im Stich lassen. Wir stehen an ihrer Seite. (Beifall bei der ÖVP. - 18.07 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich die Frau Abgeordnete Kaufmann zu Wort gemeldet.

**Abg. Kaufmann (18.07 Uhr):** Ob diese kurz oder lang ist, das weiß ich noch nicht. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Es ehrt den ÖAAB, wenn er ausrückt, und es ehrt den Herrn Klubobmann, wenn er ausrückt, den Herrn Landesrat Pötl zu schützen. Ich verwehre mich dagegen, Herr Klubobmann, daß ich mich von Ihnen hinstellen lassen muß, als hätte ich nur Polemik gebracht. Ich habe kritisiert, und zu Recht kritisiert. Ich habe aber sehr wohl auch Vorschläge eingebracht, wie wir glauben, daß man den Bauern helfen kann. Weil wie ihr es glaubt, das haben wir in den letzten Jahren vorexerziert bekommen. Die Zeugen zeigen, wie es dazu gekommen ist, warum es den Bauern so geht, daß man einen falschen Weg gegangen ist. Herr Klubobmann, wenn man nicht bereit ist, einmal auch von einem anderen einen Vorschlag anzunehmen, auch einzugestehen, daß nicht nur die ÖVP für die Bauern Vorschläge hat, sondern daß auch die SPÖ oder auch die FPÖ Vorschläge hat, wie man den Bauern helfen kann, so verwehre ich mich dagegen, daß Sie sagen, da war bis jetzt nur Polemik. Herr Klubobmann, wir, die jetzt hier gesprochen haben, sind alle draußen und haben selbst unsere Betriebe und arbeiten dort. Wir sind alle direkt oder indirekt davon betroffen. Uns geht es nicht so, wie Ihnen, Herr Klubobmann, der immer wohlbehütet in der Partei sein Auskommen gefunden hat. Wir müssen in der Landwirtschaft unser Geld verdienen. Wir müssen das tun. Herr Klubobmann, das haben Sie noch nie müssen. Wir arbeiten draußen, wir müssen in der freien Wirtschaft arbeiten, und der Bauer muß genauso in der freien Wirtschaft sein Geld verdienen. Jeder einzelne von uns, der hier als Bauer ist, muß auch seinen Betrieb draußen führen und wirtschaftlich führen. Das haben Sie noch nie müssen, Herr Klubobmann. (Beifall bei der SPÖ. - 18.09 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nunmehr hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Zitz zu Wort gemeldet.

**Abg. Mag. Zitz (18.10 Uhr):** Herr Präsident, sehr geehrte Regierungsmitglieder, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Gäste!

Ich möchte den Entschließungsantrag, den ich vorher eingebracht habe, zurückziehen. Es gibt eine Einigung mit der SPÖ, Frau Abgeordneten Kaufmann, und mit Ing. Peinhaupt von den Freiheitlichen. Ich möchte einen neuen Antrag bezüglich Schweinefleisch aus naturnaher Produktion und dessen Vermarktung einbringen. Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zur Umstellung hin zu Schweinefleisch aus naturnaher Produktion und dessen Vermarktung zu unterstützen. Das war der Teil eins. Der Teil zwei, zur Antragspolitik der ÖVP in diesem Landtag: Die ÖVP hat am 17. November im Ausschuss einen Antrag, den die Grünen zur Sicherung der Hofnachfolge eingebracht haben, in Richtung Regierung entsorgt. Es war nicht möglich, diesen Antrag dort tatsächlich abzustimmen und eine Positionierung des Landtages zu dieser sozial- und landwirt-

schaftspolitisch sinnvollen Maßnahme zu machen. Heute am Vormittag, und ich bin froh, daß mich der Abgeordnete Peinhaupt dann noch einmal darauf aufmerksam gemacht hat, bringt die ÖVP einen Antrag mit genau diesem Inhalt ein. Das ist ein schweres Foul, wenn Sie hergehen und einerseits Anträge von uns der Regierung zuweisen auf mehr oder weniger Nimmerwiedersehen und aus Phantasielosigkeit und Kreativitätslosigkeit ihres ÖVP-Bauernbundes genau den Antrag in der kommenden Landtagssitzung, heufe, eine Woche nach dem Landwirtschafts-Ausschuss einbringen. Das war der Punkt eins.

Und der Punkt zwei: Die ÖVP serviert uns angesichts der schwierigen Lage einen Beschlußantrag, und da steht ein Punkt drinnen, also da stehen mir die Haare zu Berge. Da steht drinnen: „... an die Bundesregierung heranzutreten, keine Verschärfung der Gewerberechtsbestimmungen für Direktvermarkter.“ Keine Verschärfung der Gewerberechtsbestimmung der Direktvermarkter heißt, daß in der steirischen ÖVP wieder einmal der Wirtschaftsbund den Bauernbund schlägt, daß es wieder einmal so ausschaut, daß Sie nicht bereit sind, den Direktvermarktern mehr an Marktzugang sicherzustellen, und daß Sie nicht bereit sind, die Maßnahmen zu unterstützen, die Sie im „Neuen Land“ und in anderen Publikationen immer wieder Ihren ÖVP-Stammwählern und Stammwählerinnen anbieten. Das und einige andere Punkte, die Sie da servieren, sind Grund, weshalb wir diesen Antrag nicht unterstützen werden. Das ist so ziemlich das läppischste, was ich seit langem gehört habe. Sie schreiben nicht rein, die Gewerberechtsbestimmungen für Direktvermarkter sind so, zu lockern, daß es menschenwürdig ist, daß es sozial würdevoll ist und nachvollziehbar ist, in der Steiermark und in Österreich Bauer oder Bäuerin zu sein. Sie schreiben rein, „keine Verschärfung der Gewerberechtsbestimmungen“. Das ist dermaßen defensiv und gekoppelt mit der Phantasielosigkeit, daß Sie unsere Anträge im Ausschuss der Regierung zuweisen auf Nimmerwiedersehen und unseren Antrag dann am Vormittag einbringen, ganz unauffällig mit einer neuen Bezeichnung, daß ich nur sagen kann wie vorher, dieses Copyright einer Agrarpolitik, die von der ÖVP mitgetragen wird, ist auf den Kosten von bäuerlichen Betrieben, die ökologisch und nachhaltig wirtschaften, es ist auf dem Rücken von Konsumenten und Konsumentinnen, die sich eine nachvollziehbare Agrarproduktion wünschen, und es ist auf dem Rücken von Steuerzahlern und Steuerzahlerinnen, die das unsinnige Subventionssystem auf der EU-, auf der Bundesebene und auf der Landesebene leider Gottes mitstützen müssen mit ihren Steuergeldern. Danke schön! (18.15 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nunmehr erteile ich dem Herrn Abgeordneten Grabner das Wort.

**Abg. Dipl.-Ing. Grabner (18.15 Uhr):** Frau Landeshauptmann! Frau Landesrat! Meine Damen und Herren!

Der Herr Klubobmann Schützenhöfer hat - wie nicht anders zu erwarten - mit jenem Reflex reagiert, der immer dann eintritt, wenn ein Regierungsmitglied der ÖVP ins Schußfeuer der Kritik gerät und augenscheinlich sachliche Argumentationen nicht dazu führen

klarzustellen, wer trägt denn dann wirklich die Verantwortung für diese Misere. Wer trägt dann wirklich die Verantwortung? Diese Frage ist vom Herrn Klubobmann Schützenhöfer hier gestellt worden, und sie bedarf nach wie vor einer Beantwortung, weil so - bitte - kann es ja nicht gehen, daß man auf der einen Seite sagt, die gesamteuropäische Dimension ist schuld. Wir sprechen von Rußland, wir sprechen von Asien, wir sprechen von den gesamteuropäischen Problemen, wir sprechen aber nicht davon, daß wir es sind, hier vor Ort, die hausgemacht einem Strukturkonservatismus huldigen, dessen Weiterführung der Herr Klubobmann Schützenhöfer hier noch dazu angedroht hat. Ja, meine Damen und Herren, das ist ja nicht weniger als eine gefährliche Drohung, wenn jemand hier hergeht und sagt, diese Politik, die unsere Schweinebauern in diese Malaise geführt hat, soll noch fortgeführt werden. (Beifall bei der SPÖ.)

Ja, meine Damen und Herren, das kann es ja wohl nicht sein, als Hilfestellung hier anzubieten, wir machen so weiter wie bisher. Was ist denn bitte passiert? Haben Sie nicht gehört, meine Damen und Herren, die Sie mit waren beim Kommissar Fischler, was er gesagt hat gleich am Anfang, am 1. Juli dieses Jahres, als wir ihn gefragt hatten, was er davon hält, wie sich denn die „Agenda 2000“ für unsere Bauern auswirken werde? Das erste, was er gesagt hat, meine Damen und Herren, wir müssen ganz einfach zur Kenntnis nehmen, daß der agrarische Sektor jener ist, der im gesamteuropäischen Konzert noch überhaupt nicht auf die Strukturveränderungen reagiert hat. Wortwörtlich protokolliert. Sie werden es nicht vergessen haben, aber Sie haben ganz augenscheinlich nicht die richtigen Schlüsse daraus gezogen. Es ist nicht so, daß wir sagen können, wir haben das nicht gewußt. Und heute ist schon das Wort gefallen, ja das ist über uns hereingebrochen, diese ganze Situation mit dem Preisverfall und mit all diesen europäischen und internationalen Dimensionen am Markt. Sie tun so, als ob das, was das freie Spiel der Kräfte am Markt erbracht hat, dem Sie immer so sehr das Wort sprechen, nunmehr über uns hereingebrochen wäre wie die Pest, und wir können nichts tun dagegen. Ja, meine Damen und Herren, die hohen Funktionäre der Landesvertretung unserer Bauern sind ja eigentlich nur dazu da, um eigentlich in ihrem geschulten Blick das zu erkennen, was sie ganz augenscheinlich nicht erkannt haben. Wo war denn dann die Landesvertretung, als wir schon gesehen hatten, die „Agenda 2000“ mit ihrer Marktliberalisierung führt natürlich dazu, daß von dem letzten Bereich, auf dem noch die Glocke oben gestanden ist, diese Glocke ein bißchen angeklüftet worden ist? Und als dann der rauhe Wind des Marktes durchgeblasen hat, hat es zuerst einmal unsere Schweinebauern erwischt, und die liegen darnieder. Meine Damen und Herren, da kann man nicht so tun und sagen, wir haben alles gemacht. Was haben wir denn gemacht? Wir haben die Tuchent draufgehalten, wir haben nach wie vor nicht reagiert auf die entsprechenden Strukturveränderungen. Es gibt keine Strukturreform, und es gibt auch noch immer keine Ansätze dazu, die für mich erkennen ließen, daß man auch nur bereit war zu erkennen, daß hier grundsätzliche strukturelle Reformen notwendig sind. Und zwar nicht punktuelle Maßnahmen. Jetzt bin ich schon dabei, daß man sagt, versuchen wir wenigstens einmal

eine Reihe von punktuellen Maßnahmen, hier ein bißchen, da ein bißchen, ein bißchen was wird schon helfen. Aber wir müssen einfach einmal zur Kenntnis nehmen, daß es fahrlässig war, wenn zu einem Zeitpunkt, als man schon erkennen konnte, wie der Preis des Schweinefleisches nach unten marschiert, von den Funktionären des Bauernbundes noch eine Kampagne durch das Land gezogen wird, wo man die Schweinebauern noch dazu animiert, ihre Kontingente zu vergrößern, ihre Produktion zu steigern, zu verdoppeln. Ich kenne einen Bauern, der noch am 30. Juli dieses Jahres bei einem Funktionär war, der ihm gesagt hat, gescheit wäre es, wenn du deine 100 Schweine auf 200 Schweine aufstocken tätest. Gott sei Dank hat er das nicht gemacht, sonst wäre er heute auch einer von jenen, die betroffen sind. Bitte, wer so etwas zu einem solchen Zeitpunkt einem Bauern noch empfiehlt, noch dazu als Funktionär, so ein Interessenvertreter handelt grob fahrlässig. Und dort, meine Damen und Herren, liegt die Schuld begraben, dort liegt das Problem. (Beifall bei der SPÖ.)

Oder aber, hat man sich dazu verstiegen zu sagen, na ja, bei den Rindern war es doch so, da hat man in der letzten Zeit über 100.000 Tonnen Interventionskäufe gemacht. Vielleicht gelingt es hier auch, daß man dann die EU dazu bewegt, Interventionskäufe zu tätigen. Ich hoffe doch nicht, daß diese Spekulation es war, die die Funktionäre dazu verleitet hat, unsere Schweinebauern dazu zu animieren, noch zu investieren zu einem Zeitpunkt, wo eigentlich Restriktion schon das Gebot der Stunde gewesen wäre.

Meine Damen und Herren, ich halte das schlicht und einfach für eine Politik, die nicht als Landesvertretung zu bezeichnen ist, wenn man nach wie vor der Masse anstelle der Klasse das Wort spricht, wenn man nach wie vor nicht bereit ist, von einer sozialen Staffelung aller Förderungsinstrumentarien zu reden, wenn man nach wie vor nicht bereit ist, vom Strukturkonservatismus abzugehen, wenn man nach wie vor nicht bereit ist, von der Förderung nach Fläche oder Stückzahl oder Schwanzzahl oder wie das hier der Fall ist, abzugehen und richtiger, es wäre nach dem anfallenden Arbeitsvolumen zu fördern, wenn man nach wie vor meint, man könne auch weiterhin darauf hoffen, daß wir mit den Milliarden der EU alles das zudecken können. Kollege Riebenbauer, wir haben heute noch dazu in der Zeitung lesen müssen, daß die EU-Finanzreferenten der Nettozahlerstaaten die Absicht haben, in wenigen Jahren sogar die Agrarförderungen von 51 Milliarden Euro pro Jahr auf 39 Milliarden pro Jahr zu reduzieren. Jetzt ist ein weiteres Faktum, daß wir das nunmehr wissen. Wir wußten rechtzeitig, daß das, was mit der „Agenda 2000“ einhergeht, ein Problem für unsere Bauern bringt. Wir wissen auch jetzt wieder, Michael Jungwirth hat es heute aus Brüssel berichtet, daß es auch in Zukunft die entsprechenden Probleme geben wird. Das heißt aber bitte, da muß man doch mit Strukturreformen reagieren. Und auf die haben wir hinzuarbeiten, und auf nichts anderes. Auf die haben wir hinzuarbeiten, und da, glaube ich, haben wir sogar in unserem Lande ein gutes Beispiel. Nicht viel anders ist es unseren Weinbauern gegangen. „Masse und nicht Klasse“ war damals das Gebot der Stunde. Und die, die die Masse produziert hatten, haben unsere Klassebauern über-

schwemmt. Ich würde mich sehr, sehr freuen, wenn es unsere Landwirtschaftspolitik zulassen würde, daß die Strukturreform so rasch greift, daß für unsere Schweinebauern auch das eintritt, was für unsere Weinbauern Gott sei Dank eingetreten ist, daß sie aus einer fürchterlichen Malaise heraus sich erlangen haben und nunmehr einen Wirtschaftszweig darstellen, auf den die ganze Steiermark stolz sein kann. Ich würde mir sehr, sehr wünschen, wenn es endlich gelänge, den Strukturkonservatismus unserer Landwirtschaftspolitik zu überwinden. (Beifall bei der SPÖ. – 18.23 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Als nächste zu Wort gemeldet ist die Frau Abgeordnete Dietrich. Sie hat das Wort.

**Abg. Dietrich (18.23 Uhr):** Geschätzter Herr Präsident!

Wie weit hat es eigentlich der Bauernstand unter jahrzehntelanger ÖVP-Dominanz gebracht? Da war einmal eine Aussage vor einigen Monaten vom Herrn Kollegen Brünner, die mich schockiert hat. Es war folgende Aussage, wie er hier mit diesen unzähligen Homosexuellenanträgen gekommen ist und wir gefragt haben: Ist das eigentlich das Thema für das Land Steiermark, um das sich alles drehen muß? Kollege Brünner hat sinngemäß gemeint, naja, Bauernthemen gibt es auch so viele. Eigentlich gibt es schon viel mehr Homosexuelle als Bauern. Ich setze eben dort meinen Schwerpunkt. (Abg. Dr. Flecker: „Frau Kollegin, das ist die unterste Schublade der Argumentation, das ist typisch!“) Das ist wieder einmal typisch, wenn wir an ein Zitat erinnern. Ich habe in der Einleitung gesagt, es hat mich zutiefst schockiert. (Abg. Mag. Bleckmann: „Wenn das einer von euch sagt, ist es okay!“ – Abg. Dr. Flecker: „Das ist so typisch!“)

Herr Kollege Flecker, ich glaube, das ist Ihr Gedankengut. (Abg. Dr. Flecker: „Das hätten wir schon lange hinter uns, wenn ihr es nicht immer bringen würdet!“ – Präsident Dr. Strenitz: „Meine Damen und Herren! Ich würde wirklich bitten, daß Sie die Frau Abgeordnete Dietrich weitersprechen lassen!“) Es kann ruhig ausgesprochen werden, aber ich finde es trotzdem als eine Schande, wie in dieser Gesellschaft mit dem Bauernstand umgegangen wird (Beifall bei der FPÖ.), der letztendlich die Wurzel von uns allen ist, und jeder einzelne stammt irgendwo von einem Bauern ab. Der Bauer ist auch heute noch derjenige, der die Lebensgrundlagen für uns erhält, der die Ernährung garantiert und der mit Almosen abgespeist wird. Nicht umsonst weist der Österreichische Armutsbericht darauf hin, daß auch viele Bauern schon armutsgefährdet sind, neben alten Menschen, Alleinerzieherinnen, Familien mit vielen Kindern. Die Auswirkungen kennen wir ja schon. Viele Höfe finden keinen Nachfolger mehr, und viele Frauen sind nicht mehr bereit, einen Bauern zu heiraten. Sie haben gesehen, wie es ihrer Mutter geht. Sie sagen, nein danke, das will ich mir gar nicht antun. Geschätzte Kollegen von der SPÖ und ÖVP! Sie haben die Bauern in die EU getrieben. Sie waren es, die Milch und Honig versprochen haben, und heute hat der Bauernstand die Auswirkungen zu tragen. Sie haben ein Floß mit den Bauern auf der Hochsee ausgesetzt und wundern sich, wenn sie dem Sturm nicht Widerstand leisten können.

Mit der EU-Osterweiterung ist es wieder einmal ähnlich. Hier im Parlament wird noch gesprochen, ja, aber erst wenn gewisse Voraussetzungen geschaffen sind. In der Zeitung steht, daß der Kollege Abgeordnete Rack gerade in bezug auf die „Agenda 2000“ den bürgerlichen Bereich durchaus akzeptieren kann und weniger Probleme hat, also ist dort der nächste Flopp für die Bauernschaft vorprogrammiert. Am Freitag war die Demonstration der Bauern, weil sie eben zeigen wollen, daß dies eine sehr schwierige Zeit ist und daß sie vielleicht einfach nicht mehr können. Ich glaube, daß die Demonstration sinnvoll ist, aber vier Jahre zu spät. Vor dem Beitritt hätten die Bauern auf die Straße gehen müssen, und da hätten wir demonstrieren müssen. Vielleicht hätte es einen Sinn gehabt, vielleicht hätten wir bessere Verhandlungsergebnisse erzielt. Jetzt geht es nur noch darum, gemeinsam eine Schadensbegrenzung vorzunehmen und gemeinsam zu schauen, daß es doch eine Zukunft für den Bauernstand gibt. Ich bringe aus diesem Grund folgenden Entschließungsantrag ein. Entschließungsantrag der Abgeordneten Ing. Peinhaupt und Dietrich, betreffend Einheitswerte, AMA-Beiträge – degressiver Preisausgleich auf Basis 93. Es wird der Antrag gestellt, der Landtag wolle beschließen: Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert zu erwirken, daß a) die Einheitswertzuschläge, die bis zur Überschreitung des Normalbestandes in der Schweinehaltung erfolgen und die die Schweineproduktion finanziell sehr stark belasten, aufgehoben werden; b) die degressiven Preisausgleichszahlungen in der Höhe von 300 Millionen Schilling für Zuchtsauen auf Basis des Jahres 1993 bis Dezember ausbezahlt werden und für Mastschweine, die vom 1. April bis 1. November 1998 geschlachtet wurden, rückwirkend erstattet werden; c) die AMA-Beiträge für die Dauer der Schweinekrise nicht eingehoben werden. Ich bitte um getrennte Abstimmung. (Beifall bei der FPÖ. – 18.30 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nächster Redner ist der Herr Abgeordnete Riebenbauer. Ich erteile ihm das Wort.

**Abg. Riebenbauer (18.30 Uhr):** Herr Präsident, Herr Landesrat, meine geschätzten Damen und Herren!

Irgendwo ist es doch bezeichnend für die Situation in der Landwirtschaft in der Steiermark, daß es jedesmal, wenn es eine Agrardebatte gibt, hitzige Diskussionen gibt, man versucht, sich gegenseitig die Schuld zuzuweisen, und man spielt Theater, ohne daß man eigentlich den Bauern damit irgend etwas Gutes tut. Geschätzte Damen und Herren von den Freiheitlichen, eine ganz klare Aussage: Ihr tragt Mitverantwortung an der Entwicklung in der Landwirtschaft mit eurem Miesmachen, weil mit Mutmachen wird man auch in Zukunft Landwirtschaften erhalten, und ich werde das auch begründen. (Beifall bei der ÖVP.) Wenn man jeder einzelnen Berufsgruppe, egal welche das ist, immer nur sagt, was dort schlecht ist, was nichts wert ist, dann verliert jeder die Freude. Und das ist eure Mitverantwortung.

Vor kurzem war ich bei einer Bauernversammlung, und bei uns kommen die Bauern noch. Ihr müßt hereingehen mit eurem Schellnegger, damit er hört, was hier gesprochen wird, denn euch geht niemand mehr nach. Ich bin dort gefragt worden, lieber Freund

Riebenbauer, sage mir, wo ist der Unterschied zwischen Kaufmann, Peinhaupt und Pörtl? Und diese Frage war eigentlich für mich sehr einfach zu erklären. Kaufmann kämpft für Schachner, Peinhaupt für Haider und Pörtl mit Klasnic für unsere Bauern in der Steiermark. (Beifall bei der ÖVP. – Abg. Mag. Bleckmann: „Wenn das alles ist, arme Bauern!“ – Allgemeine Heiterkeit. – Beifall bei der FPÖ.) Ich bedanke mich herzlich für eure Beifallskundgebung. Das zeigt, wenn man euch bei der Wahrheit erwischt, dann werdet ihr porös und nervös. (Abg. Mag. Bleckmann: „Heute ist der 24., und nicht der 11. 11.“ – Präsident Dr. Strenitz: Ich war im Augenblick mit den Klubobmännern in Diskussion und konnte daher den Zwischenruf nicht so genau verfolgen. Habe aber den Lautpegel wahrgenommen!“) Ich habe keinen einzigen Menschen beschimpft, damit das klargestellt ist.

Frau Kollegin Dietrich, ich schätze dich sehr, aber ich lasse mir nicht vorwerfen und spreche für unsere Fraktion, daß wir jemandem bei der EU-Abstimmung in der Wahlzelle zu irgend etwas gezwungen haben. (Abg. Mag. Bleckmann: „Aber belogen!“) Bei uns in der steirischen Volkspartei hat jeder das Recht, so zu entscheiden, wie er persönlich will. Das zur Klarheit. (Beifall bei der ÖVP.)

Ihr habt die Bauern in die EU getrieben, habt ihr gesagt. Unsere Bauern haben freiwillig abgestimmt, ob ja oder nein. Ich weiß von keinem, was er gemacht hat und was er nicht gemacht hat.

20 Punkte für die Steiermark, Programm der steirischen Freiheitlichen. Ich kann stundenlang lesen, da steht nichts anders drinnen von den Bauern, nur daß wir die halben Schulen zusperrten sollen, aber sonst schon gar nichts. Es ist euch nichts eingefallen. Wenn euch etwas einfallen würde, könntet ihr nicht soviel kritisieren.

Nächste Klarstellung: Wir haben am vergangenen Freitag demonstriert. Das stimmt. Es war ein Protestmarsch als Aufschrei der Bauern, und ich möchte das klarstellen, bitte, ohne Polemik. Wir haben demonstriert für die Schweinebauern, für die Rinderbauern, für die Obstbauern, für alle Bauern der Steiermark, und das steht auf dem Protestflugblatt klar und deutlich darauf. Es ist ein Aufschrei, um aufzuzeigen, in welcher Situation wir sind. Und es war vor allen Dingen auch ein Aufschrei an unsere Konsumenten, unsere Situation, die manchmal, und ich kann die Konsumenten verstehen, nicht verstanden wird, zu verstehen. Das war der Hintergrund unserer Demonstration. Und, meine geschätzten Damen und Herren, eines noch. Kollege Grabner war es, der glaube ich vorher gesagt hat, na ja, die Bauern können sich nicht wenden, sie passen sich an Strukturen nicht an und so weiter. Meine Damen und Herren, in der Landwirtschaft ist es halt so, daß wir an Grund und Boden gebunden sind und daß ein Wanken oder ein Abgehen von einzelnen Produktionssparten einfach nicht so schnell möglich ist. Das ist unser Problem. Ich bitte, auch das zu berücksichtigen, wenn man uns Vorwürfe macht, wir agieren so langsam und wir sind nicht so, wie sich es manche gerne vorstellen. Ich glaube, vor allen Dingen, und ich sage es ganz ehrlich, solange es den Ausgleich zwischen arm und reich, zwischen Europa und vor allen Dingen der dritten Welt nicht geben wird, solange dies nicht gelingen wird, werden

wir die Überschußproduktion nicht wegbringen und werden wir – und da können wir uns stellen wie wir wollen – sicher keinen hohen Agrarpreis für unsere Produkte haben. Und dieser Ausgleich ist anscheinend leider Gottes in Europa und darüber hinaus nicht möglich.

Ich weiß nicht, warum ihr immer dazwischenschreit. Ich verstehe nicht, warum ihr so porös seid. Schinnerl, schreien sie bei dir im Finanzamt auch immer so, das wäre wirklich kein Wunder.

Und ich möchte noch eines klar und definitiv sagen: Die Frage an uns alle wird sein, und wir alle gemeinsam werden in diesem Landtag, im Nationalrat und werden in Brüssel die Frage zu beantworten haben, wie viele Bauern leistet sich die Gesellschaft? Diese Frage werden wir zu beantworten haben. Und einige der Möglichkeiten, die es geben könnte, haben wir in unserem Entschließungsantrag zusammengefaßt. Ich erspare mir aus Zeitgründen die Einleitung, und ich bringe nur den Antrag.

Der Hohe Landtag wolle beschließen:

Die Steiermärkische Landesregierung wird aufgefordert, erstens folgende Maßnahmen in die Wege zu leiten: Realisierung eines umfassenden Grünlandprogrammes als Ausgleich für den Strukturnachteil, Sicherstellung des ländlichen Wegebauwes mit Schwerpunkt auf Wegeerhaltung, Unterstützung im Ausbau von regionalen Vermarktungsstrategien, Umsetzung eines Förderprogrammes für Energie aus Biomasse.

Zweitens an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, um folgende Maßnahmen zu erwirken: keine Verschärfung der Gewerberechtsbestimmungen für Direktvermarkter – Frau Kollegin Zitz hat darüber kritisiert, wir wissen es genau, daß dies gerade ein Problemfall ist, der für uns alle nicht einfach ist, weil wir am Lande Landwirtschaft und Wirtschaft, sprich Land-Wirtschaft, die Möglichkeiten zu suchen haben, daß auch die Nahversorgung gesichert bleibt – höhere Einspeisetarife nach dem ELWOG, Umsetzung des für die steirische Landwirtschaft notwendigen ländlichen Entwicklungsprogrammes mit Schwerpunkt Sockelbetrag – auch eine Forderung, die von allen gestellt wird –, drittens an die Bundesregierung mit dem Ersuchen heranzutreten, mit der Europäischen Union über folgende Maßnahmen zu verhandeln: Verlängerung der Quotenregelung in der Milchproduktion (Abg. Kaufmann: „Welche Schweine haben Milch? Welche Schweinebauern haben eine Milchproduktion?“) – Das ist schon klar, aber es gibt eine dringliche Fragestunde zur Landwirtschaft, wo alles kritisiert worden ist, was unser Landesrat gemacht hat, wo geschimpft worden ist, weil er nichts zusammenbringt, und das sind unsere Maßnahmen. Wir setzen nicht Maßnahmen nur für die Schweinebauern, wir sind solidarisch mit allen steirischen Bauern, und deshalb dieser Entschließungsantrag. (Abg. Präsident Dipl.-Ing. Vesko: „Tu was außer quatschen!“) Und, Herr Präsident, jetzt höre bitte den letzten Punkt noch an, und dann kannst wieder hinausgehen und mich niederschreien.

Bei der EU-Osterweiterung Bedachtnahme darauf, daß in den Beitrittsstaaten bereits vor Aufnahme dieselben Hygiene-, Umwelt- und Sozialstandards gelten wie in den Mitgliedsländern.

Ich ersuche im Interesse der steirischen Bäuerinnen und Bauern, die auch eine Zukunft brauchen, um Annahme. Und, Frau Kollegin Kaufmann, ein paar Zettel hätte ich für dich gehabt, aber die habe ich dir aus Zeitgründen erspart. Danke! (Beifall bei der ÖVP. – 18.39 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Nunmehr hat der Herr Landesrat Pörtl das Schlußwort.

**Landesrat Pörtl** (18.39 Uhr): Meine Damen und Herren!

Die entscheidende Frage ist in den Raum gestellt worden, wer trägt die Verantwortung. Das ist der zentrale Punkt. Wer trägt die Verantwortung bei guten Preisen, bei guten Marktsituationen, bei guten Leistungen in der Wirtschaft speziell? Das ist die entscheidende Frage. Wer trägt die Verantwortung? Hat jemals der steirische Bauernbund plakatiert, daß es seine Leistung ist, daß wir ein ausgezeichnetes Bildungsinstrumentarium haben, daß wir eine Sparten- und Nischenentwicklung in der Steiermark haben in puncto Wein, in puncto Obst, in puncto Veredelung, in puncto Milch, in puncto Almwirtschaft, in puncto Partnerschaft mit den Verarbeitern, auch mit Markenprogrammen bis zu den Handelsketten mit großen Aktivitäten vor allem im Zugang des Konsumenten, in der Partnerschaft mit Stadt und Land. Wir sind nicht alleine auf der Welt, und daher glaube ich, daß die Agenda 21 für uns eine hochinteressante Geschichte ist, wo bin ich unmittelbar persönlich verantwortlich? Dazu möchte ich auf den „Cocktail“ des Kollegen Grabner noch einmal hinweisen: Reformenveränderung, Wirklichkeiten zulassen und zugleich Konservieren und Bewahren. Wir sind in der seinerzeitigen Marktordnung in einer Käseglocke gesessen mit fixen Regelungen: Maximal 400 Mastplätze bei Schweinen, Milch kontingentiert, Getreidewirtschaftsfonds, Abschöpfung, Abschottung, und was übrig war, haben wir vernichtet. Ist so nicht mehr möglich, seit 1993 gibt es eine völlig neue Situation, gewaltigste Strukturveränderungen in den Verarbeitungsbereichen, denken wir nur im Fleisch-, Milch- und Obstbereich. Heute gibt es bereits viele Partnerschaften von Bauern und Exportorganisationen von privaten Vermarktern, von Bauern und von Genossenschaften – gemeinsam agiert – strategische Allianz. In der Schweineproduktion ist einfach das psychologische Faktum, wenn der Preis gut ist und im Rinderbereich der Preis schlecht ist. Ich denke an die BSE-Situation und an alles, was sich dort an sehr aufwendigen Arbeitsbereichen in der Rinderhaltung abgespielt hat. Kollege Vesko weiß ein Lied zu singen, wie es im Ausseer Land aussieht. Wenn es die fleißigen kleinen Bauern nicht geben würde, die mühsam, zum Teil sogar mit dem außerlandwirtschaftlichen Einkommen ihre Heimat, ihren Lebensbereich eigentlich bewahren und einen Wert kultivieren, über den wir hier überhaupt nicht reden, das ist dann Identität und eigene Kraft. Ich möchte daher wirklich bitten und ersuchen, und ich verstehe auch, daß die Versuchung wahnsinnig faszinierend ist, vor allem neue Ängste zu orten. Wir haben hier keinen Unterschied. Ich habe miterlebt mit den AMS-Vertretern, daß dort diese Problematik im Arbeitsmarkt der Unselbständigen, genauso in der mittelständischen

Wirtschaft, wie in der Landwirtschaft, diese Frage der Erweiterung eine Herausforderung für uns ist, uns Zeit lassen. Und da lasse ich mir von niemandem etwas dreinreden. Wenn irgendein hitziger Diplomat irgendwo ein Denkmal haben will, soll er es haben, aber nicht in dieser Frage. Das steht für uns sehr klar fest. Daher ein Ja zu einem gemeinsamen Europa, aber mit Voraussetzungen, die für unser Land positive Entwicklungen bringen. Die neuen Beitrittsländer schaffen mit dem Beitritt gleichzeitig einen Beitrag zur Friedenssicherung für die nächsten Jahrzehnte. Um eines möchte ich bitten, daß wir vor allem das, was wir im Land leisten, uns nicht zerschlagen, nämlich der Bauer als Unternehmer am eigenen Hof. Die Demonstration ist das Letzte. Wir haben die öffentliche Meinung massiv motiviert. Wenn diese „Agenda 2000“ trotz dieser schon niedrigen Preise wieder von Preisensenkungen redet, dann kann ich nur mehr auf die Straße gehen. Ich möchte daher bitten, daß wir keine Fehlschlüsse in den Raum stellen. Wir haben massiv versucht, in der globalen Auseinandersetzung in den WTO-Verhandlungen unsere multifunktionelle Landwirtschaft in Europa zu positionieren, damit sei eine kleine Chance gegen die Vermarktungsstrukturen der großen Handelsketten haben. Wir müssen aber noch viel mehr tun. Es muß uns allen klar werden, daß es nur mit „Global denken, lokal handeln“ geht. Ich bedanke mich für die Beiträge, möchte aber trotzdem sagen, daß wir uns mit aller Leidenschaft, Frau Kollegin Zitz, jedem Biobetrieb zugewendet haben. Ich möchte einen Betrieb wissen, wo es nicht möglich war, zu fördern. Ich möchte eine Streuobstwiese sehen, die nicht gefördert wurde. (Abg. Mag. Zitz: „Weil die Maßnahmen bei ÖPUL nicht koordinierbar sind!“) Wir haben ein umfangreiches ÖPUL-Programm geschaffen. Wir haben die gefährdeten Tierrassen mit hineingenommen.

Was die sozialen Empfindungen betrifft, so möchte ich folgendes sagen: Wir haben die Kleinerzeugerregelungen im Getreidebereich mit 17,5 Hektar, darüber Ende von gewissen Zuschüssen. Wir haben das Maximum von 90 Rindergroßvieheinheiten, darüber Ende der Zuschüsse, und wollen trotzdem versuchen, daß wir das verlängern. Ich möchte wirklich bitten, daß man nicht pauschal sagt, alles, was derzeit sich bewegt, ist automatisch nichts, wenn im Grunde eine globale Preikatastrophe diese Sparte voll getroffen hat. Ich möchte aber erwähnen, daß in Holland von der Regierung beschlossen wurde, aus anderen Bereichen 25 Prozent dieser Produktion zurückzunehmen. (Abg. Ing. Peinhaupt: „Da haben sie im Vorjahr aufgestockt!“) Die Frage ist, mit welchen Mechanismen kann man die jetzige Preissituation verhindern? Sie haben aufgestockt, weil der Preis so gut war und weil es ihre Verluste bei der Pest an und für sich blitzartig aufholen wollten. Sie haben gedacht, sie fahren nach Asien und nach Rußland, und eigentlich ist dort der Markt nicht vorhanden. Daher stellt sich auch die berechnete Frage, gibt es ein Marktreglement. Die EU sagt locker drüber Nitratrichtlinie. Ich glaube nicht, daß das alleine ausreichen wird. Das ist meine persönliche Meinung. Es wird vielmehr entscheidend sein, mehrere Maßnahmenpakete zu schaffen. Ich hätte einen persönlichen Vorschlag: Jedes Land soll maximal 10 Prozent Überschuß anstreben. Wir nehmen den Kampf auf. Wir werden alle Maßnahmen als mittel-

fristige Lösung selbstverständlich versuchen. Ich möchte mich bei den Regierungsfractionen und bei den Sozialdemokraten bedanken, vor allem in dieser dramatischen Phase diese Beweglichkeit im Budget zu haben. Das gilt für den Bund wie auch für das Land, beim Kollegen Ressel, weil ansonsten hätten wir diese spontane Hilfe bei den degressiven Ausgleichszahlungen unmöglich durchführen können. Wir hoffen, daß der Markt eine andere Kraft ebenfalls noch entwickeln kann. Ich bin trotzdem zuversichtlich, und möchte mit dem abschließen, daß uns eigentlich sehr viele Menschen Signale geben, daß die bäuerliche Landwirtschaft mit ihrer Veredlungsstrategie gut fährt. Denken wir an unsere Tierschutzorganisationen. Diese sind zum Teil bereits Partner im Lebendtransport; in der Frage der Haltungsformen bei aller Auseinandersetzung mit der Intensivnutztierhaltungsverordnung. Das ist – so glaube ich – entscheidend, daß wir diese Signale einer bäuerlichen natürlichen Bewirtschaftung und einer artgerechten Tierhaltung, vor allem mit Marken und vor allem mit Nähe zum Konsumenten, mit Nachvollziehbarkeit nützen und damit eigentlich eine Voraussetzung vorfinden, die sich mittelfristig positiv ausüben sollte. Jetzt könnte ein Zwischenruf kommen mit dem Delikatessenladen. Im eigenen Haus, in der eigenen Region haben wir es geschafft. Wir haben das Kernöl positioniert, wir haben einige Dinge stark positioniert. Wir haben uns auch in den Fachgeschäften richtig positioniert. Aber in der Massenüberproduktion, im Wettbewerb, ist diese These mit dem Delikatessenladen nur mit gewaltigen Markenschüben im Grunde die Chance, und der gemeinsamen Strategie, zu erreichen. Ich bedanke mich für diese Beiträge, bedanke mich aber nicht für die Kritik, die ich persönlich gar nicht annehme. (Beifall bei der ÖVP. – 18.50 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Meine Damen und Herren, wir haben keine weiteren Wortmeldungen. Wir kommen zu den Abstimmungen.

Erstens über den Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Maßnahmen zur Sicherung der steirischen Schweineproduktion.

Wer diesem Antrag zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Gegenprobe.

Der Antrag hat die mehrheitliche Annahme gefunden.

Zweitens über den Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend existenzsichernde Maßnahmen für die Schweinebauern.

Wer zustimmt, den bitte ich um ein Handzeichen. Danke. Gegenprobe.

Auch dieser Antrag wurde mit Mehrheit angenommen.

Drittens über den Entschließungsantrag der FPÖ, betreffend Einheitswerte, AMA-Beiträge – degressiver Preisausgleich auf Basis 93.

Bei diesem Antrag werden die Punkte a, b und c getrennt abgestimmt.

Wer dem Punkt 3 a dieses Entschließungsantrages zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Punktes 3 a fest.

Punkt b dieses Antrages: Bei Zustimmung bitte um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Konstatiere die mehrheitliche Annahme des Punktes 3 b.

Punkt c: Bei Zustimmung bitte um ein Handzeichen. Gegenprobe.

Ich stelle die mehrheitliche Annahme des Punktes 3 c fest.

Viertens lasse ich abstimmen über den Entschließungsantrag der Grünen, der SPÖ und der FPÖ, betreffend Schweinefleisch aus naturnaher Produktion und dessen Vermarktung. Wer dem zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Ich stelle die einstimmige Annahme des Antrages fest.

Meine Damen und Herren, bei Punkt fünf, beim Entschließungsantrag der ÖVP haben wir ein kleines Problem. Es hat gemäß Paragraph 2 Absatz 2 der Geschäftsordnung der Präsident die Geschäftsordnung wahrzunehmen, Sie werden mir diese Entscheidung leider nicht abnehmen können, ich möchte sie Ihnen aber doch in den Grundzügen vortragen. Der Paragraph 51 über Entschließungsanträge sagt, daß Entschließungsanträge in Ausübung der Vollziehung des Landes und so weiter dann beantragt werden können, soweit sie mit diesem ersten Antrag in inhaltlichem Zusammenhang stehen; und da scheiden sich die Geister. Auf der einen Seite befaßte sich der inhaltliche Teil des FPÖ-Antrages ausschließlich in seinen neun Punkten mit Schweinen, Schweinebauern, Schweinepreisen, Schweineproduktion. Der Antrag, der von der ÖVP vorgelegt wurde, ist ein umfassender Antrag, der sich mit verschiedenen Teilen der Situation der ländlichen Bevölkerung und der Bauernschaft insgesamt befaßt. Es gibt welche in diesem Haus, die sagen, daß hier kein inhaltlicher Zusammenhang bestehen würde. Ich, meine Damen und Herren, obwohl ich kein Agrarfachmann bin, hätte aus diesem Teil des ÖVP-Antrages drei Punkte herausgeholt, von denen ich glaube, daß sie jedenfalls in inhaltlichem Zusammenhang mit dem ursprünglichen FPÖ-Antrag stehen. Das wären nämlich die Punkte unter erstens die Unterstützung im Ausbau von regionalen Vermarktungsstrategien, die auch auf Schweinebauern Anwendung finden können, bei Punkt zwei, der im Zuge der Diskussion von der Frau Abgeordneten Zitz kritisierte Punkt, keine Verschärfung der Gewerbebestimmungen für Direktvermarkter und bei Punkt drei, der letzte Punkt, bei der EU-Osterweiterung Bedachtnahme darauf zu nehmen, daß in den Beitrittsstaaten bereits vor Aufnahme dieselben Hygiene-, Umwelt- und Sozialstandards gelten wie in den Mitgliedsländern. Soweit die Sicht eines inhaltlichen Zusammenhanges eines Nichtagrarfachmannes, wie ich es bin. Ich würde diesen Vorschlag machen. Falls die Klubs oder die Damen und Herren Klubobmänner anderer Meinung wären, würde ich zunächst die Diskussion zu einer Geschäftsordnungsdebatte zulassen. Wird dazu das Wort gewünscht? Herr Klubobmann Schützenhöfer.

**Abg. Schützenhöfer** (18.55 Uhr): Meine Damen und Herren!

Wir sind der Meinung, daß der Antrag insgesamt zulässig ist, selbstverständlich weil wir insbesondere die Schweinebauern, aber nicht nur die Schweinebauern meinen. Aber damit nicht ein Geschäftsordnungsstreit auch noch zur Emotion dazukommt, würde ich, wenn die Fraktionen einverstanden sind, den Punkt „Sicherstellung des ländlichen Wegebaues mit Schwerpunkt auf Wegeerhaltung“ aus diesem Entschließungsantrag herausnehmen, schweren Herzens, denn auch ein Schweinebauer braucht Wegeerhaltung, wenn er zum Beispiel Direktvermarkter ist, aber gut, „Höhere Einspeistarife nach dem ELWOG“ herausnehmen und die „Verlängerung der Quotenregelung in der Milchproduktion“ herausnehmen. Ich habe das Signal vom Klubobmann der SPÖ und ich weiß es jetzt nicht bei euch, ich habe mich kurz erkundigt und konnte sonst mit den anderen noch nicht reden. Aber ich würde bitten, daß man zumindest über diese drei Punkte reduziert abstimmt. (18.56 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Ich danke für diese Wortmeldung. Nunmehr erteile ich der Frau Klubobfrau der freiheitlichen Fraktion das Wort. Bitte, Frau Abgeordnete Bleckmann.

**Abg. Mag. Bleckmann** (18.57 Uhr): Mir geht es hier um eine generelle Gleichberechtigung und Gleichbehandlung. Man kann bezüglich Beschlüssen der Liberalen zum „steirischen Herbst“, wenn es um das Kunsthaus geht, nicht sagen, daß sie nicht zugelassen werden. Und dann kann eine größere Fraktion sehr wohl Anträge einbringen, die zugelassen werden, obwohl sie keinen sachlichen Zusammenhang haben. Mir geht es hier wirklich um eine Gleichbehandlung, die für alle gelten soll. Und es ist scheinbar der ÖVP noch nie passiert, so wie es der SPÖ und uns einmal passiert ist, daß ein Antrag nicht abgestimmt worden ist. Jetzt trifft es einmal die ÖVP. Die drei Punkte, wie der Präsident gesagt hat, werden zugelassen. Insofern wäre ich mit dem einverstanden, was der Präsident gesagt hat und würde darum bitten, egal wie es jetzt aussieht, daß wir getrennt abstimmen, weil wir finden, daß eben die anderen Bereiche keinen sachlichen Zusammenhang haben. Und wenn, bin ich schon dafür, daß wir gleiches Recht für alle haben, wie für die kleinen Fraktionen so auch für die großen Fraktionen. (Beifall bei der FPÖ und dem LIF. - 18.57 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Als nächster zu Wort gemeldet hat sich der Herr Landesrat Pörtl.

**Landesrat Pörtl** (18.58 Uhr): Wenn wir zum Beispiel in der ELWOG-Frage keine Voraussetzungen schaffen für Biogasanlagen, das sind die tierischen Veredlungsbetriebe, werden sehr viele das einfach nicht machen können. Da gibt es schon Zusammenhänge, wo die biologischen Abfälle über diese Form der Energienutzung eine Chance für solche Betriebe darstellen kann. (18.58 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Als nächster zu Wort gemeldet ist der Herr Klubobmann Dr. Flecker.

**Abg. Dr. Flecker** (18.59 Uhr): Meine Damen und Herren!

Wir kommen offenbar um diese Diskussion nicht herum. Ich bin völlig der Meinung der Frau Klubobmann Bleckmann, daß man kleine Fraktionen gegenüber großen Fraktionen nicht anders behandeln kann. Ich halte es für unzulässig, daß man von vornherein sagt oder Auskunft erteilen läßt, daß eine Frage des „steirischen Herbstes“ in Zusammenhang mit der Kultur und mit dem Kunsthaus nicht zur Abstimmung zugelassen wird. Ich muß ehrlich sagen, wir wußten davon nicht, und wenn, das will ich gar nicht auf den Landtagsdirektor oder auf den damals vorsitzführenden Präsidenten schieben, wenn von dort solche Auskünfte gegeben wurden, dann wurden sie nicht mit uns besprochen. Wir hätten sehr wohl in der Frage Kunsthaus auch einen Zusammenhang mit dem „steirischen Herbst“ zugelassen, und ich glaube, daß man solche Fragen halt auch mit den anderen Fraktionen diskutieren soll, bevor man allzu früh resigniert. Trotzdem bleibt es natürlich aufrecht, daß man sagt, man kann das nicht aufrecht erhalten. Letztlich ist es eine Frage der Findung von Kompromissen. Ich glaube, daß der Weg der ÖVP, einfach alles, was gut, schön und teuer ist, in einen Entschließungsantrag hineinzupacken, nicht der geschäftsmäßige ist. Ich will mich inhaltlich gar nicht einmischen. Ich glaube, daß das nicht korrekt ist, und darum haben wir verhandelt. Ich glaube aber, daß ein Weg des Kompromisses möglich ist. Ich habe dem Kollegen Schützenhöfer, und das sage ich jetzt ganz, ganz offen, gesagt, wenn die Frage des Wegebaues, wenn die Frage der Einspeistarife nach dem ELWOG, und wenn die Milchproduktion zurückgezogen wird, er damit rechnen kann, daß meine Fraktion zustimmt zu den restlichen Sachen. Ich stehe zu meinem Wort, und meine Fraktion steht zu dem von mir gegebenen Wort. Das heißt, daß wir in diesem Rahmen zustimmen. Ich würde aber vorschlagen, daß wir um des guten Friedens Willen zu einer Vorgangsweise kommen, daß wir die einzelnen Punkte abstimmen des neuen Antrags von euch, so daß die FPÖ die Möglichkeit hat, in den drei Punkten, wo sie selber den Zusammenhang sieht, ihr Abstimmungsverhalten zu präzisieren. Wir nehmen zur Kenntnis, daß die FPÖ die anderen Punkte deswegen nicht akzeptiert, weil sie ihrer Meinung nach nicht im sachlichen Zusammenhang stehen, und so ersparen wir uns die inhaltliche Diskussion. Ich glaube, das wäre eine Vorgangsweise, die wir miteinander tragen könnten. Ich würde daher bitten, daß wir so vorgehen. (19.02 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Zu Wort gemeldet hat sich die Frau Abgeordnete Mag. Bleckmann.

**Abg. Mag. Bleckmann** (19.02 Uhr): Es muß leider zur Klarstellung sein. Allein das, was Landesrat Pörtl sagte, zeigt, daß es hier einen größeren Diskussionsbedarf gibt, insbesondere bei den einzelnen Punkten, die vom Herrn Präsidenten genannt wurden, Parteienverhandlungen einberuft. Wir wollen uns Gedanken über die Zukunft der Bauern machen beziehungsweise sehr wohl einmal genauer in einem Ausschuß über die Zukunft der Bauern seitens des Landtages diskutieren. Ich würde daher bitten, daß die ÖVP diesbezüglich so

handhabt. Wenn sie es nicht tut, dann bin ich schon gespannt auf die Diskussion, die dann draußen stattfinden wird. Denn das sage ich heute und jetzt und das auch zur Geschäftsordnung, ich bin schon gespannt, was ich lesen werde. Dann wird es wieder heißen, die Freiheitlichen stimmen der Umsetzung eines Förderungsprogrammes für Energie aus Biomasse nicht zu. Wenn wir hier nicht zustimmen, dann deshalb, weil es inhaltlich nicht dazupasst. Wir werden lesen, der Umsetzung des für die steirische Landwirtschaft notwendigen ländlichen Entwicklungsprogrammes mit Schwerpunkt Sockelbetrag stimmen die Freiheitlichen nicht zu. Das ist dann die Art und Weise, wie unter Umständen vorgegangen wird, eine gute Idee, wie wir dazu inhaltlich stehen. Es geht mir hier nicht – bitte aufpassen, denn das ist mir echt wichtig – um die inhaltliche Ablehnung von diesen Punkten. Es geht uns darum, daß diese Punkte eben inhaltlich nicht dazupassen. Ich möchte das klarstellen, damit es auch alle verstehen und alle wissen. Ich bin schon sehr gespannt, was ich dann draußen – so wie ich es in der letzten Zeit von der ÖVP erlebt habe – lesen werde, wenn wir dem nicht zustimmen. (19.03 Uhr.)

**Präsident Dr. Strenitz:** Gibt es noch eine weitere Wortmeldung zur Geschäftsordnung? Das ist offenbar nicht der Fall. Ich danke allen Damen und Herren, die in dieser Diskussion sehr sachlich und mit dem Bemühen um Kompromiß gesprochen haben. Wahrscheinlich wird die Frage, wo ein innerer Zusammenhang zwischen der Situation der Schweinebauern und dem Bemühen um die Bauernschaft insgesamt besteht, niemals endgültig gelöst werden können. Ich werde aus meinem Verständnis heraus nach dieser Diskussion die Punkte, wie es auch beantragt wurde, einzeln zur Abstimmung bringen, und die drei Punkte, die ich ursprünglich vorgeschlagen habe, ergänzen, um die restlichen Punkte des ÖVP-Antrages jedoch gestrichen, um die Punkte, wie sie Schützenshöfer und Flecker vorgeschlagen haben. Im Klartext: Ich lasse jetzt über jeden Punkt einzeln abstimmen und werde ihn solcherart verlesen.

Wer dem Punkt „Realisierung eines umfassenden Grünlandprogrammes als Ausgleich für den Strukturnachteil“ zustimmt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Punktes.

„Unterstützung im Ausbau von regionalen Vermarktungsstrategien“. Wer stimmt zu? Gegenprobe.

Das ist die einstimmige Annahme des Punktes.

„Umsetzung eines Förderprogrammes für Energie aus Biomasse“. Bei Zustimmung bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Punktes.

„Keine Verschärfung der Gewerberechtsbestimmungen für Direktvermarkter“. Wer stimmt zu? Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Punktes.

„Umsetzung des für die steirische Landwirtschaft notwendigen ländlichen Entwicklungsprogrammes mit Schwerpunkt Sockelbetrag“. Wer stimmt zu? Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Punktes.

Schließlich „Bei der EU-Osterweiterung möge darauf Bedacht genommen werden, daß in den Beitrittsstaaten bereits vor Aufnahme diesselben Hygiene-, Umwelt- und Sozialstandards gelten wie in den Mitgliedsländern.“ Wer stimmt zu? Gegenprobe.

Das ist die mehrheitliche Annahme des Punktes.

Wir haben somit die Dringliche Anfrage der freiheitlichen Fraktion erschöpfend behandelt.

Bei den Tagesordnungspunkten 13 und 14 ist ein innerer sachlicher Zusammenhang gegeben. Ich schlage daher im Einvernehmen mit der Präsidialkonferenz vor, diese zwei Tagesordnungspunkte gemeinsam zu behandeln, jedoch über jeden einzelnen Tagesordnungspunkt getrennt abstimmen zu lassen.

Falls Sie meinem Vorschlag zustimmen, ersuche ich um ein Zeichen mit der Hand.

Ich stelle die Annahme fest.

### **13. Bericht des Ausschusses für Gesundheit, Sport und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 208/6, der Abgeordneten Mag. Hartinger, Mag. Bleckmann, Ing. Schreiner und List, betreffend Leistungsdokumentation im Rahmen der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung.**

Berichterstatteerin ist die Frau Abgeordnete Mag. Hartinger. Ich erteile ihr das Wort.

**Abg. Mag. Hartinger** (19.07 Uhr): Der Ausschuß für Gesundheit, Sport und Spitäler hat in seiner Sitzung am 17. November 1998 über den Antrag, Einl.-Zahl 208/6, der freiheitlichen Abgeordneten, betreffend Leistungsdokumentation im Rahmen der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung, beraten. Bei der Abstimmung wurde der gegenständliche Antrag von der Ausschlußmehrheit abgelehnt. Der Ausschuß für Gesundheit, Sport und Spitäler stellt den Antrag, der Landtag wolle beschließen: Der Bericht des Ausschusses für Gesundheit, Sport und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 208/6, der Abgeordneten Mag. Hartinger, Mag. Bleckmann, Ing. Schreiner und List, betreffend Leistungsdokumentation im Rahmen der leistungsorientierten Krankenanstaltenfinanzierung, wird zur Kenntnis genommen. (19.08 Uhr.)

**Präsident:** Danke, Frau Abgeordnete.

### **14. Bericht des Ausschusses für Gesundheit, Sport und Spitäler über den Antrag, Einl.-Zahl 403/6, der Abgeordneten Mag. Hartinger, Dipl.-Ing. Vesko, Mag. Bleckmann, Schinnerl und Ing. Peinhaupt, betreffend qualitätssichernde Maßnahmen in den steirischen Krankenanstalten.**

Berichterstatteerin ist ebenfalls die Frau Abgeordnete Mag. Hartinger. Ich erteile ihr das Wort.

**Mag. Hartinger** (19.08 Uhr): Mündlicher Bericht zur Einl.-Zahl 403/6. Auch hier hat der Ausschuß für Gesundheit, Sport und Spitäler in der Sitzung am 17. November 1998, betreffend qualitätssichernde Maßnahmen in den steirischen Krankenanstalten, beraten. Bei der Abstimmung wurde der gegenständliche Antrag von der Ausschlußmehrheit abgelehnt.